



Stephan Leibfried, Peter Gaetgens (Vorbereitung)

Michael Zürn (Moderation)

Nach der Exzellenzinitiative – Zukunft des Wissenschaftssystems

Streitgespräche in den Wissenschaftlichen Sitzungen der Versammlung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 29. November 2013 und am 27. Juni 2014

Berlin, 2014

ISBN: 978-3-939818-51-9

(Debatte ; 13)

Persistent Identifier: [urn:nbn:de:kobv:b4-opus-26362](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:b4-opus-26362)

Die vorliegende Datei wird Ihnen von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter einer Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 3.0 Germany (cc by-nc-sa 3.0) Licence zur Verfügung gestellt.



Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

Debatte

Heft 13

Herausgeber der Reihe „Debatte“: Der Präsident der
Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften
Redaktion: Renate Nickel unter Mitarbeit von Kathrin Künzel
Satz: Kathrin Künzel
Umschlagentwurf: Carolyn Steinbeck · Gestaltung
Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei Potsdam

© Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin 2014
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des
Herausgebers gestattet.

ISBN: 978-3-939818-51-9

NACH DER EXZELLENZINITIATIVE – ZUKUNFT DES WISSENSCHAFTSSYSTEMS

Streitgespräche in den Wissenschaftlichen Sitzungen der Versammlung
der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften
am 29. November 2013 und am 27. Juni 2014

Vorbereitung: Stephan Leibfried und Peter Gaehtgens

Moderation: Michael Zürn

Inhalt

ERSTER TEIL

Wissenschaftliche Sitzung der Versammlung der Akademiemitglieder
am 29. November 2013

Michael Zürn

Eröffnung 9

Stephan Leibfried

Was kommt nach der Exzellenzinitiative? 12 Thesen. 12

Peter Gaehtgens

Leitbegriffe der Entwicklungsperspektive
des Wissenschaftssystems: Quo vadis? 18

Cornelis Menke

Die Perspektive(n) des wissenschaftlichen Nachwuchses. 24

Diskussion 29

Mitchell Ash

Die Perspektiven der Hochschulen 36

Dagmar Simon

Die Perspektiven der Außeruniversitären:
Geliebte Kooperationspartner, versäulte Einrichtungen,
Leistungsträger des deutschen Wissenschaftssystems?
Randnotizen zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrats 42

<i>Hans Meyer</i>	
Die Perspektiven des Bundes und die anstehende Föderalismusreform	47
Diskussion	51
ZWEITER TEIL	
Wissenschaftliche Sitzung der Versammlung der Akademiemitglieder am 27. Juni 2014	
<i>Michael Zürn</i>	
Einführung	61
<i>Wolfgang Peukert</i>	
Clusterforschung in der Exzellenzinitiative – Eine ingenieurwissenschaftliche Perspektive	65
Diskussion	74
<i>Karl Ulrich Mayer</i>	
Kollateralschäden föderaler Wissenschaftspolitik	80
Diskussion	92
<i>Jürgen Mittelstraß</i>	
Was ist, ist vernünftig? – Zur Zukunft des deutschen Wissenschaftssystems	99
Diskussion	106
<i>Michael Zürn</i>	
Schlussbemerkung	114
DIE AUTORINNEN UND AUTOREN	115

ERSTER TEIL

Wissenschaftliche Sitzung der Versammlung der Akademiemitglieder
am 29. November 2013

Michael Zürn

Eröffnung

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das Thema unserer heutigen Debatte lautet „Nach der Exzellenzinitiative – Zukunft des Wissenschaftssystems“. In den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD wurden auf diesem Gebiet wichtige Beschlüsse gefasst und zumindest rhetorisch ein deutliches Bekenntnis zur Bedeutung der Forschung niedergelegt. Im Koalitionsvertrag wurde festgehalten, dass Bildung, Wissenschaft und Forschung von überragender Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung, für gleiche Lebenschancen aller Menschen und für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft sind, und dass die klare Prioritätensetzung zugunsten von Bildung, Wissenschaft und Forschung in den nächsten Jahren fortgeführt und verstärkt werden muss. Mit Blick auf die konkreten wissenschaftspolitischen Maßnahmen und Programme allerdings, die ins Auge gefasst wurden, kommt dann ein gerüttelt Maß an „weiter so“-Mentalität zum Ausdruck. Da heißt es, wir wollen die Dynamik der Exzellenzinitiative, des Hochschulpaktes und des Paktes für Forschung und Innovation erhalten, deren Leistungen für das Wissenschaftssystem weiterentwickeln, und die Wissenschaftsförderung insgesamt ausbauen. Dieser Kontinuitätslogik folgend lauten die Überschriften: „Fortsetzung des Hochschulpakts“, „Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative“, „Fortsetzung des Paktes für Forschung und Innovation“, „Verbesserte Grundfinanzierung der Hochschulen“. Im Detail bleibt aber – für Koalitionsverträge nicht untypisch – vieles im Ungefähren. Zum Hochschulpakt lässt sich sehr wenig Konkretes finden, die Programmforschung soll deutlich ausgebaut werden, was in Verbindung mit der Forschung für Energieversorgung, Klima und Ressourcen durchaus einen großen Teil des Gesamtbudgets für Forschung und Entwicklung vereinnahmen könnte. Bei der Exzellenzinitiative ist unklar, wie und in welchem Ausmaß sie fortgesetzt werden soll. Eine dritte Runde in der bekannten Form wird es wahrscheinlich nicht geben, gleichzeitig ist aber das Angebot des Wissenschafts-

rates etwa für „Liebig-Zentren“ nicht aufgegriffen worden. Für den Pakt für Forschung und Innovation ist bei grober Berücksichtigung der genannten finanziellen Eckpfeiler höchstens noch eine Steigerung des finanziellen Zuschusses um 3 % pro Jahr drin, ohne dass diese Zahl genannt wurde – es wird in der Tat überhaupt keine Zahl genannt, und bei der Grundfinanzierung der Universitäten findet sich kein Bekenntnis zur Abschaffung von Art. 91b GG in dem Vertrag. Fraglich ist also, wie diese Grundfinanzierung verstärkt werden soll, denn die Programmpauschale ist ja gerade keine Verstärkung der Grundfinanzierung. Und mit diesen eher ungefähren Überlegungen folgt der Koalitionsvertrag auch dem Tenor des Wissenschaftsrates, der in seinen „Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems“ auch eine behutsame Weiterentwicklung der stattgefundenen Veränderungen empfiehlt. Die Neuerungen, die dort vorgeschlagen wurden – „Merian-Professuren“ und „Liebig-Zentren“ – finden sich wie gesagt im Koalitionsvertrag nicht wieder.

Man kann das nun, und das will ich explizit betonen, alles positiv bewerten – eben als einen behutsamen Umgang mit einem System, das in den letzten zwei Jahrzehnten kräftigst durchgeschüttelt wurde. Es spricht manches dafür, dass nun Entschleunigung und Konsolidierung gefragt sind. Gleichzeitig drängt sich aber natürlich der Eindruck auf, dass der Koalitionsvertrag und das Gutachten des Wissenschaftsrates eigentlich das Fehlen eines Plans, institutionelle Ratlosigkeit und Uninspiriertheit zum Ausdruck bringen. Nach der Begeisterung darüber, dass mit der Exzellenzinitiative und anderen Programmen eine enorme Dynamik entstanden ist, fehlt nun ein Plan, eine Vorstellung davon, wohin diese Dynamik gelenkt werden soll.

Vor diesem Hintergrund kann man es, so glaube ich, als Glücksfall bezeichnen, dass aus der interdisziplinären Arbeitsgruppe (IAG) „Exzellenzinitiative“ der BBAW, koordiniert und zusammengehalten von Stephan Leibfried, nach einer längeren Arbeitsphase erste Zwischenergebnisse in Form von acht Arbeitspapieren vorliegen. Die Befunde der IAG sollen heute in Ausschnitten präsentiert und hier mit Ihnen diskutiert werden. Es geht dabei um eine doppelte Frage: Wie hat sich die Leistungsfähigkeit des deutschen Wissenschaftssystems im Zuge der Veränderungen im letzten Jahrzehnt entwickelt? Welche Effekte lassen sich beobachten? Sind wir auf dem richtigen Weg? Und dann vor allem: Was muss jetzt getan werden, um die angestoßenen Verbesserungen zu sichern und die Dynamik in die richtigen Bahnen zu lenken? Für die Diskussion

dieser Fragen gibt es kaum einen besseren Ort als die Akademie. Sie werden heute stichwortartig mit den Ergebnissen der Arbeit der IAG „Exzellenzinitiative“ konfrontiert und dazu eingeladen, diese Anstöße kritisch zu diskutieren. Wir wollen beides: Eine notwendige Diskussion befeuern, aber selbst auch für die weitere Arbeit der IAG lernen.

Wie immer bei solchen wissenschaftlichen Sitzungen der BBAW gilt ein striktes Zeitregime. Es sind insgesamt sechs Vorträge vorbereitet, alle maximal zehn Minuten, und ich bitte um Verständnis dafür, wenn ich erforderlichenfalls unhöflich die Zeitkarte hochhalte. Wir werden nach einer ersten Reihe von drei Vorträgen 25 Minuten Zeit für die Diskussion haben. Dann folgen nochmals drei Vorträge à zehn Minuten und weitere 25 Minuten für die Diskussion. Wir hören nun zunächst in der ersten Runde Stephan Leibfried, Sprecher der IAG „Exzellenzinitiative“ und Wisdom-Professor an der Jacobs University in Bremen. Er fragt: „Was kommt nach der Exzellenzinitiative? 12 Thesen“. Danach spricht Peter Gaehtgens, früherer Präsident der FU Berlin und der Hochschulrektorenkonferenz. Er trägt vor zum Thema „Leitbegriffe der Entwicklungsperspektive des Wissenschaftssystems: Quo vadis?“. Im Anschluss hieran folgt ein Vortrag von Dr. Cornelis Menke, Philosoph und Dilthey-Fellow an der Universität Bielefeld. Er spricht für die Junge Akademie zum Thema „Die Perspektive(n) des wissenschaftlichen Nachwuchses“. Diese drei Referenzen bitte ich jetzt, nacheinander ihre Thesen vorzutragen.

Stephan Leibfried

Was kommt nach der Exzellenzinitiative? 12 Thesen

Die Präsentationen in der Versammlung der BBAW-Mitglieder heute sollen eine erste Diskussion über die Zukunft des Wissenschaftssystems anregen, dessen Perspektiven angesichts der demnächst auslaufenden Bund/Länder-Programme und sich neu bildender politischer Koalitionen derzeit noch ungeklärt sind. Die BBAW sollte in einer solchen Diskussion eine wissenschafts-politische Meinung entwickeln und als Institution „sprechfähig“ werden. Der Moderator der Veranstaltung wird daher versuchen, aus den Beiträgen der Teilnehmer einen Grundkonsens – falls erkennbar – heraus zu destillieren und diesen „zur weiterer Verwendung“ auszuformulieren.

Die kurzen Impuls-Beiträge (maximal 10 Minuten) sollen die Entwicklungsperspektive des deutschen Wissenschaftssystems mit Blick auf Chancen und Risiken der jeweils betrachteten Institutionen (Hochschulen, außeruniversitäre Wissenschaftseinrichtungen, Förder- und Beratungsinstitutionen usw.), ihre Aufgabenstellung, Strukturen und Stärken/Schwächen behandeln. Zielvorgaben der Perspektive scheinen zu sein: Wachsender internationaler Wettbewerb und hoher Innovationsbedarf, allenfalls gleich bleibende, wenn nicht schrumpfende Ressourcen (bei zunehmender Studentenzahl), konfliktträchtiges Bund/Länder-Verhältnis, eher skeptisch-zurückhaltende Unterstützung der Öffentlichkeit für das Anliegen Wissenschaft sowie Hoffnungen auf und Erwartungen des Wissenschaftlernachwuchses an eine chancenreiche Beschäftigungsperspektive.

Die in den Impulsreferaten anzuschneidenden Fragen liegen auf der Hand: Welche Entscheidungen oder Änderungen wären nötig bzw. wünschenswert, um die Leistungssteigerungen und Effizienzgewinne der letzten Jahre zu sichern, zu verstetigen oder gar zu verstärken? Sind Spitzenforschung und Exzellenz, Schwerpunktbildung, mehr Kooperationen und Differenzierung die richtigen Schlagworte, was bedeuten sie und wie kann man sie befördern?

Ist das Gesamtsystem für die zu erwartenden Rahmenbedingungen richtig aufgestellt? Welche politischen Vorgaben werden benötigt? Wie lassen sich Autonomie- und Strategiefähigkeit der Institutionen verbessern? Brauchen wir eine Optimierung von Governance und struktureller Organisation? Sind weitere Bund/Länder-Programme nach Art der Exzellenzinitiative und des Pakts für Forschung und Innovation die Lösung? Welche Aussagen dazu liefern die vorliegenden Perspektivpapiere der Wissenschaftsorganisationen einschließlich des Wissenschaftsrats?

A. Die allgemeine politische Ausgangslage für die Exzellenzpolitik

These 1 (Weiter!): Ohne eine Fortsetzung der Exzellenzinitiative (2006–2017) ab 2018 würde der Aufschwung, den das deutsche Wissenschaftssystem seit 2006 genommen hat, schlagartig gestoppt. Das kann sich ein rohstoffarmes Land in Zeiten zunehmender globaler Konkurrenz (eigentlich) nicht (mehr) leisten.

These 2 (Bundesleistungen: Pakt der Pakte?): Das Bundesengagement in der Wissenschaft ist massiv, allerdings in lauter auslaufenden Pakten: im seit 2006 auslaufenden *Hochschulbau* – \sum ca. 3,5 Mrd. Euro von 2009–2013; bis 2015 im *Pakt für Forschung und Innovation* – \sum 2001–2015 3,5 Mrd. Euro; bis 2017 in der *Exzellenzinitiative* – \sum ca. 4,6 Mrd. Euro von 2007–2017; bis 2020 im *Hochschulpakt* – \sum ca. 7 Mrd. Euro für 2011–2015. Da kommt Einiges zusammen (s. a. DUZ 8/2013, S. 28–29). Das muss, so auch der Wissenschaftsrat (WR) in seinen Empfehlungen vom Juli 2013 zu den „Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems“, als „Zukunftspakt“ oder „Pakt der Pakte“ in einem Gesamtzusammenhang gesehen und ausgebaut werden.

These 3 (Bund wird immer zentraler): Ohne ein massiveres Engagement des Bundes in der Forschungs- und Universitätspolitik führt in Deutschland kein Weg zu einer Lösung. Da die Universitäten zentral für das Wissenschaftssystem sind und sie allesamt schon seit Jahrzehnten immer weiter unter ihr Grundausrüstungsniveau gefahren werden, muss der Bund entweder die Länder so entlasten, dass sie die Grundausrüstung leisten können und *müssen* oder er muss selber direkt in die Grundfinanzierung eintreten.

These 4 (Sackgasse Art. 91b GG): Die Fixierung auf eine Änderung des Art. 91b GG (mit oder ohne „Bildung“?) ist allseits verfehlt, denn die Forschung muss und kann in jedem Fall deutlich mehr und anders vom Bund gefördert werden. Allerdings wäre eine klarstellende Änderung („und Einrichtungen“) anzuraten. Ob dafür eine Zweidrittelmehrheit erreicht werden kann, steht auch 2014 in den Sternen, wenngleich die Große Koalition darüber im Hintergrund schon eine Einigung erzielt zu haben scheint. Im Bund-Länder-Verhältnis war die Wissenschaftspolitik schon einmal ab den 1950er Jahren mehrere Jahrzehnte durch die Frage blockadegeneigt, ob die Wissenschafts- und Bildungskompetenzen nicht zusammen zu sehen sind (s. dazu den Beitrag von Uwe Schimank in der Reihe „Wissenschaftspolitik im Dialog“ 11/2014). Solche hartnäckigen Blockadeneigungen können wir uns heute nicht mehr leisten.

These 5 (Themenverdrängung durch die Bugwelle „Länderfinanzausgleich“): Den Ländern wird in der kommenden Legislaturperiode das Hemd näher sein als der Rock. Sprich: Die anstehende Reform des Länderfinanzausgleichs bis 2020 betrifft die Länderfinanzierung insgesamt und wird den sektoralen „Wissenschaftsfinanzausgleich“ nolens volens an den Rand drängen, wenn nicht die große Politik – Bundeskanzler und Ministerpräsidenten – 2014 auf Chefebene einen klaren Gegenakzent setzt. Im Länderfinanzausgleich im engeren Sinne geht es um ein Ausgleichsvolumen von ca. 7 Mrd. Euro/Jahr (in allen seinen Stufen aber um über 50 Mrd. Euro) und derzeit beim „Wissenschaftsfinanzausgleich“ auch um ca. 7 Mrd. Euro, also auch um erhebliche Summen für die Länder. Die Verhandlungen darüber werden bald zeigen, ob das Thema hinreichend ernst genommen wird.

B. Einige organisationspolitische Weichenstellungen im Wissenschaftssektor

These 6 (gesteigerte DFG-Rolle und ihre Folgen): In den meisten Reformkonzepten kommt der DFG eine immer zentralere Rolle zu, da sie so ausgestattet werden soll, dass sie die erste (Graduiertenschulen) wie die zweite Förderlinie (Cluster) ganz oder teilweise übernehmen kann. Beide Linien zielten aber auf dauerhafte Strukturreform in Universitäten durch Strukturbildung über klare, nachhaltige Schwerpunktbildung.

- Das kann die DFG nur leisten, wenn sie teilweise von der Projekt- zur Strukturförderung übergeht, also Langfrist- bis Dauerförderung ins Auge fasst. Solange Art. 91b GG nicht geändert ist, wird es immer nur um lange Fristen gehen, aber eben ggf. um mehrere Jahrzehnte.
- Das bedeutet in jedem Fall eine große Herausforderung für die Steuerungs- und Konfliktverarbeitungskapazität einer Selbstverwaltungsorganisation.
- Das Hauptgeschäft der DFG liegt jedoch weiter zwischen Einzelförderung und Sonderforschungsbereichen samt geisteswissenschaftlichen Instrumenten. Welche Folgen hätte es, wenn die DFG zusätzlich zu den Forschungszentren so top heavy werden würde?
- Die DFG müsste bei großen Formaten auch lernen, „Unikate“ zu fördern. Das gelingt nicht, wenn man a) „große Themen“ nur ausschreibt und sie b) nur fördert, wenn mindestens 4 bis 8 Universitäten dafür in Frage kommen. Weit „offenere“ Formate sind da erforderlich.

These 7 (Konzentration auf die Brücke außen-innen?): Seit 2007 stand die Förderung an der Schnittfläche von außer- und inneruniversitärer Forschung im Vordergrund, wobei in Deutschland die außeruniversitäre Forschung (HGF, MPG, WGL, FhG 2011 5,45 Mrd. Euro; Ausgaben für Forschung in den Universitäten ca. 11,2 Mrd. Euro; Verhältnis ca. 1:2) besonders stark ausgebaut ist und immer schon vom Bund qua Mission mitfinanziert wurde (ca. zu 50–90 %). Ob es weise ist, diese Brückenbildung durch rein inneruniversitäre „Liebig-Zentren“ (WR) in den Hintergrund zu schieben oder ob man nicht „außen“ und „innen“ im Kombipack langfristig über „Universitätscluster“ („Zöllnerplan“) zusammenbinden oder noch einen „dritten Weg“ finden müsste, ist heute eine der zentralen Weichenstellungen. Eine Brücke kann man allerdings nur dort bauen, wo diese Passformen auf beiden Seiten ausgeprägt sind, was in den Geistes- und Sozialwissenschaften nur sehr begrenzt der Fall ist. Da sind „Liebig Zentren“ oder Ähnliches das Panier. Insoweit käme z. B. Bremen in den Meereswissenschaften (Cluster & DFG-Forschungszentrum samt Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven) und in den Sozialwissenschaften (Graduiertenschule & SFB) als Exzellenzstandort jedenfalls zweimal in Frage.

C. Zu den Zuschnitten zukünftiger Exzellenzförderung

These 8 (Pauschalen oder Exzellenzpolitik?): Die Programmpauschalen massiv zu erhöhen und die Exzellenzinitiative fortzusetzen, dürfte eine finanzpolitische Überforderung sein. Man wird im öffentlichen System wohl auf das Exzellenzpfund setzen müssen.

These 9 (Exzellenzregionen): Nimmt man die Empfehlungen des Wissenschaftsrates für den Trend, so sind Bundesuniversitäten „out“. Ist das unter dem Gesichtspunkt der internationalen Sichtbarkeit für den deutschen Standort wirklich zu empfehlen? Oder sollte man nicht 3 bis 5 Exzellenzregionen für eine besondere Bundesförderung ins Auge fassen? Das könnte zum Beispiel München, Berlin, Aachen-Jülich, Rhein-Neckar und Dresden betreffen.

These 10 (Gleichbehandlung?): Annette Schavans Versprechen lautete: Gleiche Chancen auf eine zweite Förderphase ab 2018 auch für die fünf frischen Erstexzellenzen von 2012 (Bremen, HU Berlin, Köln, Leipzig, Tübingen). Das wurde in den WR-Empfehlungen (durch die nicht-begünstigten Länder) gestrichen: Die Fortsetzungschancen bei Clustern und Graduiertenschulen wären hingegen über die DFG gegeben. Ist das noch ein korrektes Verfahren?

These 11 (Gestaltungsgefälle Forschung – Lehre): Während der Bund die Forschungspolitik weitgehend durchgestaltet hat, ist ihm das bei der Lehre, trotz Bachelorwelle und Hochschulpakt – also trotz massiver Finanzhilfen mit Bundesmitteln –, nicht nachhaltig gelungen. Die Barriere des Art. 91b GG ist zu hoch und sein Gestaltungsinteresse bei der Lehre zu gering.

These 12 (Offenheit): Was immer man tut, die Bewegung nach oben („Aufstieg“) wie nach unten („Abstieg“) sollte in der Forschung (auch bei langen Fristen, bei Dauer) durch eine breite Regelberichterstattung und -begutachtung offen bleiben. Das gilt für Exzellenzregionen, Universitätscluster, „Liebig-Zentren“ und auch für andere Förderformate.

Literatur

Zur Einführung:

„Die Revolution ist abgesagt“. In: Deutsche Universitätszeitung (DUZ) 8/2013, S. 28–29.

Weiterführende Literatur:

Wissenschaftsrat (2012): „Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems“, Drs. 3288-13:
<http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/3228-13.pdf>.

Gaetgens, P. (2012): Die Exzellenzinitiative im Kontext Bund/Länder finanzierter Forschungsförderprogramme (Wissenschaftspolitik im Dialog 1), Berlin.

Zöllner, E. J. (2013): Masterplan Wissenschaft 2020 (Wissenschaftspolitik im Dialog 8), Berlin.

Und natürlich die weiteren Arbeitspapiere der BBAW-Reihe von „Wissenschaftspolitik im Dialog“: http://www.bbaw.de/publikationen/wissenschaftspolitik_im_dialog

Peter Gaehtgens

Leitbegriffe der Entwicklungsperspektive des Wissenschaftssystems: Quo vadis?

Das Auslaufen mehrerer Bund/Länder-Programme („Paket der Pakte“)¹ zur Forschungsförderung in den kommenden Jahren und insbesondere das Ende der Exzellenzinitiative und des Pakts für Forschung und Innovation in den Jahren 2015 bzw. 2017 hat die Dringlichkeit politischer Entscheidungen über die weitere Entwicklung des Wissenschaftssystems und insbesondere seine Finanzierung zunehmend deutlich gemacht. Im Blick auf die 2013 anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen haben alle Wissenschaftsorganisationen ihre Erwartungen in Grundsatzpapieren formuliert. Im Juli 2013 schließlich verabschiedete der Wissenschaftsrat seine Empfehlungen zur „Perspektive des deutschen Wissenschaftssystems“, ausgelöst nicht nur durch das Ende der Pakte, sondern auch durch die erkennbar schwierige Finanzierungsperspektive angesichts der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise, der Schuldenbremse in Bund und Ländern sowie bereits öffentlich diskutierter konkurrierender Bedürfnisse in anderen Politikfeldern.

Diese Konstellation erfordert auch im Interesse der Planbarkeit wissenschaftlicher Projekte zeitnahe politisch-strategische Entscheidungen, zumal die für 2017 vorgesehene Evaluation der Exzellenzinitiative zu spät kommen würde, um als Entscheidungshilfe fungieren zu können. Schon jetzt stellen sich im Grunde – auch angesichts des mit der Globalisierung wachsenden Wettbewerbs auch in der Wissenschaft – im Wesentlichen die folgenden drei Fragen:

- Ist das deutsche Wissenschaftssystem mit Hochschulen und außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen optimal strukturiert?
- Wie kann das Engagement von Bund und Ländern im föderalen System optimal gebündelt werden?

¹ Gaehtgens, P. (2012): Die Exzellenzinitiative im Kontext Bund/Länder-finanzierter Forschungsförderprogramme (Wissenschaftspolitik im Dialog 1), Berlin.

- Gibt es im Gesamtsystem vermeidbare Effizienzverluste und wie können sie reduziert werden?

Angesichts des erheblichen auch internationalen Echos und der sich bereits abzeichnenden Wirkungen der beiden wichtigsten Bund/Länder-Programme für die Forschung scheint eine Fortsetzung unausweichlich. Aber Modalitäten und Volumen dieser Förderungen bedürfen auch wegen einiger nicht-intendierter, aber unerwünschter „Nebeneffekte“ einer sorgfältigen Prüfung sowohl der erreichten Forschungsergebnisse als auch der strukturellen Veränderungen im System; eine erste Übersicht dazu, wenngleich noch keine Bewertung, wurde bereits durch die Berichte der Wissenschaftsorganisationen an die GWK erreicht.²

Wünschenswert wäre schließlich ein Abgleich der durch die Bund/Länder-Programme bewirkten Effekte auf der Systemebene mit den damit angestrebten wissenschaftspolitischen Zielvorstellungen. Diese allerdings sind auch in der retrospektiven Wertung wenig spezifisch, gehen von einem aus vergleichenden Rankings abgeleiteten Rückstand der Forschungsleistung insbesondere der deutschen Universitäten im internationalen Vergleich aus und formulieren als allgemeines Ziel den „Anschluss an die internationale Spitze“. Insofern sind die Leitbegriffe von Interesse, an denen sich die Perspektivempfehlungen der Wissenschaftsorganisationen und insbesondere des Wissenschaftsrats für die weitere Entwicklung nach dem Ende der Laufzeit dieser Forschungsförderprogramme orientieren.

Zunächst dürfte überraschen, dass – im Gegensatz zu der von Öffentlichkeit und Politik konstatierten Situation vor Beginn der Exzellenzinitiative und des Pakts für Forschung im Jahre 2005 – insbesondere der Wissenschaftsrat feststellt,

„... die verfügbaren Zahlen ... legen nahe, dass Deutschland mit Blick auf wissenschaftliche Leistungsfähigkeit und internationale Attraktivität eine gute Position einnimmt ...“.³

² Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) (2011): Pakt für Forschung und Innovation, Monitoring-Bericht, Heft 23.

³ Wissenschaftsrat (2013): Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems, S. 24.

Der Wissenschaftsrat zitiert hierzu ein Gutachten,⁴ das allerdings nicht die Forschungsleistung der deutschen Wissenschaft im engeren Sinne bewertet, sondern das Innovationssystem insgesamt – vor allem im Blick auf industrielle Verwertung und Vermarktung von Forschungsergebnissen – sowie die dazu etablierten Mechanismen wissenschafts- und wirtschaftspolitischer Entscheidungsfindung. Der Wissenschaftsrat schließt aus den Befunden des Gutachtens, eine „grundlegende Systemreform“ sei nicht erforderlich. Vielmehr sei es notwendig,

„... das System auf seinem hohen Leistungsniveau strukturell und finanziell weiterzuentwickeln, ohne vorhandene Stärken zu gefährden ...“.

Damit wird der Frage nach der „optimalen Aufstellung“ des Wissenschaftssystems für den intensiver werdenden internationalen Wettbewerb ausgewichen. Es sollte daran erinnert werden, dass dieses System sich insbesondere durch eine reiche außeruniversitäre Forschungslandschaft kennzeichnet, deren Abgrenzung vielfach zu der Kritik geführt hat, das System sei infolge zu starker „Versäulung“ zu wenig effektiv. Trotz der hierzu vorliegenden Bedenken⁵ wird dieses Thema nicht aufgegriffen, wohl auch infolge der mittlerweile intensivierten Kooperationsbeziehungen und strukturellen Vernetzungen, die eine der Wirkungen von Exzellenzinitiative und Pakt für Forschung und Innovation sind.

Mit dem zentralen Begriff seiner Empfehlungen, der „Weiterentwicklung“ sowohl des Wissenschaftssystems insgesamt als auch der Forschungsförderungsprogramme von Bund und Ländern liefert der Wissenschaftsrat das Stichwort für die auf die Bund/Länder-Programme bezogene Formel des später zwischen CDU, CSU und SPD ausgehandelten Koalitionsvertrages:

„Zukunft des Wissenschaftssystems ...: ... Wir wollen die Dynamik der Exzellenzinitiative, des Hochschulpaktes und des Pakts für Forschung und

⁴ Polt, W. et al. (2009): Das deutsche Forschungs- und Innovationssystem. Ein internationaler Systemvergleich zur Rolle von Wissenschaft, Interaktionen und Governance für die technologische Leistungsfähigkeit. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 11-2010, Wien.

⁵ Kratky, C. (2011): Forschungsförderung und Politik. In: Kooperation und/oder Wettbewerb?, Österreichischer Wissenschaftsrat, S. 59–72.

Innovation erhalten, deren Leistungen für das Wissenschaftssystem weiterentwickeln und die Wissenschaftsförderung insgesamt ausbauen ...“⁶

Das erwünschte Ziel hinter dieser politischen Absichtserklärung bleibt freilich undeutlich; der Begriff „Weiterentwicklung“ liefert insbesondere dann keine inhaltliche Perspektive, wenn er weder auf die spezifische Struktur des deutschen Wissenschaftssystems Bezug nimmt, noch sich auf eine empirische Leistungsanalyse als Beleg und Begründung von Maßnahmen stützen kann. Das kann nicht befriedigen, zumal das deutsche Wissenschaftssystem sich in einem zunehmenden mindestens europäischen, wenn nicht globalen Wettbewerb befindet, in dem es gerade durch die Fördermaßnahmen seit 2005 deutliche Erfolge, z. B. bei der Rückholung bereits im Ausland tätiger Nachwuchswissenschaftler, erreicht hat. Weder der Wissenschaftsrat noch die Empfehlungen der anderen Wissenschaftsorganisationen gehen jedoch auf die europäische Perspektive der Entwicklung des Wissenschaftssystems („European Research Area“) ein. Dies bestätigt die Beobachtung, dass die deutsche Wissenschaft in der Gesamtbetrachtung trotz zahlreicher internationaler Kontakte und Kooperationen doch immer noch sehr selbstbezogen ist.

Seine Empfehlungen unter dem allgemeinen Leitbegriff der „Weiterentwicklung“ konkretisiert der Wissenschaftsrat vor allem durch die Empfehlung stärkerer institutioneller Differenzierungen innerhalb des Systems. Die bereits bestehende funktionale und institutionelle Vielfalt solle weiterentwickelt werden, weil

„...Profilierung der unterschiedlichen Akteure und ihr arbeitsteiliges Zusammenwirken sowohl einen effektive Umgang mit der Vielzahl und Mannigfaltigkeit der an das Wissenschaftssystem gerichteten Anforderungen als auch eine umfassende Bearbeitung wissenschaftlicher Fragestellungen (gewährleistet) ...“⁷

Den außeruniversitären Forschungsorganisationen wird eine Verstärkung ihrer in Ansätzen vorhandenen Arbeitsteiligkeit und Schärfung der Forschungsprofile empfohlen und durch spezifische Hinweise erläutert. Insbesondere

⁶ Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode, 2013, S. 26.

⁷ Wissenschaftsrat (2013): Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems, S. 26.

aber das Hochschulsystem, so der Wissenschaftsrat, solle sich dieses wissenschaftspolitische Entwicklungsziel zu eigen machen, um die „konstitutive Rolle“ der Hochschulen als „Organisationszentrum des Wissenschaftssystems“ besser wahrzunehmen. Dafür sind eine nachhaltige Finanzierung, eine Pluralisierung der Förderinstrumente und -optionen sowie die inhaltliche Differenzierung im Hinblick auf alle Leistungsdimensionen – Forschung, Lehre, Transfer und Infrastrukturleistungen – und deren zahlreiche Untergliederungen erforderlich.

Folgt man diesen Leitbegriffen als zentrale wissenschaftspolitische Aufgabenstellung, so stellt sich die Frage nach ihrer Erreichbarkeit und den dafür erforderlichen Rahmenbedingungen mit einiger Schärfe. Der Wissenschaftsrat listet einige davon auf:

- unzureichende Strategie- und Handlungsfähigkeit der Hochschulen;
- nicht genügend disponible Mittel für planvolle Entwicklung und strategische Handlungsfähigkeit;
- Anreize zu einer Orientierung in Richtung auf andere Leistungsdimensionen außer der Forschung;
- erschwerte Institutionalisierung leistungsstarker, durch Drittmittel finanzierter Strukturen infolge befristeter Förderung.

Als Folge der Bund/Länder-finanzierten Förderprogramme für die Forschung, aber auch als Folge von Defiziten bei den oben genannten Rahmenbedingungen haben sich innerhalb der Hochschulen Strukturen entwickelt, die der disziplinen-orientierten Struktur der Universität und ihrer Governance fremd sind. Diese Strukturen – Cluster, Kollegs, Zentren, Graduiertenschulen etc. – entziehen sich durch eigenständige Entscheidungsmechanismen und externe Finanzierung den „betrieblichen“ Verfahrens- und Entscheidungsregeln der Universität,⁸ dies wird als eine wichtige Voraussetzung ihrer Leistungseffizienz gesehen und daher von ihren Mitgliedern befürwortet, aus den sie umgebenen Hochschulstrukturen aber mit Zurückhaltung, ja Skepsis gesehen.

⁸ Reichert, S., Winde, M. & V. Meyer-Guckel (2012): Jenseits der Fakultäten, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

De facto kopieren zunehmend diese neuen Strukturen, die quer zu den Fakultäten liegen und auch von gesellschaftspolitischen Einflussnahmen deutlich weniger tangiert werden, die Charakteristika außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Es wird sich mithin die für die Gesamtleistung des Systems wichtige Frage nach der Systemeffizienz stellen: Entstehen hier Effizienzverluste im Wissenschaftssystem als indirekte Folge der deutlichen Intensivierung der Kooperation zwischen der außeruniversitären Forschung und der Forschung in den Hochschulen oder wird die Effizienz des Systems insgesamt dadurch eher reduziert?

Cornelis Menke

Die Perspektive(n) des wissenschaftlichen Nachwuchses

Mit dem Begriff „wissenschaftlicher Nachwuchs“, über dessen Perspektive ich sprechen soll, kann man nicht recht glücklich sein – aufgrund der Konnotationen des Ausdrucks (es sind immerhin zumeist promovierte Wissenschaftler, die „Nachwuchs“ genannt werden), besonders aber aufgrund der unklaren Denotation des Ausdrucks – es ist nicht immer ganz klar, wer genau damit bezeichnet werden soll.

Im 19. Jahrhundert sprach man sinnvoller von „akademischem Nachwuchs“; gemeint waren damit zumal Privatdozenten, also Hochschullehrernachwuchs. „Wissenschaftlicher Nachwuchs“ hingegen kann Privatdozenten ebenso meinen wie Juniorprofessuren, Postdocs und Doktoranden. Bisweilen dient der Ausdruck auch etwas spezifischer zur Bezeichnung nur derjenigen jüngeren Wissenschaftler, die eine Berufslaufbahn als Wissenschaftler im Auge haben (sei es als Akademiker oder in der Industrie); dann wiederum bezeichnet er die Akademiker an Universitäten, die nicht entfristet beschäftigt sind (in diesem Sinn gibt es interessanterweise etwa in Großbritannien oder Frankreich kaum wissenschaftlichen Nachwuchs). Wenn man über die „Perspektive des wissenschaftlichen Nachwuchses“ spricht, muss man also mit einer Begriffsbestimmung beginnen.

Ich werde zwei Begriffsbestimmungen zugrunde legen. In einem ersten Teil möchte ich kurz auf die Perspektiven (im doppelten Wortsinn) unverstetigter Wissenschaftler eingehen. In einem zweiten Teil hingegen möchte ich den Ausdruck „wissenschaftlicher Nachwuchs“ und damit meine Aufgabe anders verstehen und nicht über die, aber über eine Perspektive jüngerer Wissenschaftler sprechen und Ihnen die Kernaussagen des jüngst erschienenen Positionspapiers der AG „Wissenschaftspolitik: Nach der Exzellenzinitiative“ der Jungen Akademie vorstellen.

1.

Die Berufsperspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses haben sich in den vergangenen Jahren verschlechtert. Betrachtet man Vollzeitstellenäquivalente, standen 2010 an deutschen Universitäten 125.000 wissenschaftliche Mitarbeiterstellen 24.000 Professuren gegenüber; die 125.000 Mitarbeiterstellen entsprechen einem Personalbestand von 156.000 Wissenschaftlern – im Jahr 2000 waren es noch 108.000. Es gibt also einen starken Anstieg der Zahl der Wissenschaftler an Universitäten, dem freilich kein vergleichbarer Anstieg der Zahl dauerhafter Stellen gegenübersteht.

Hinter der Zahl von 156.000 Wissenschaftlern verbergen sich nicht allein promovierte Wissenschaftler, sondern auch Doktorandinnen und Doktoranden, die auf Mitarbeiterstellen beschäftigt sind. Nicht alle werden dabei überhaupt die Absicht haben, in der (akademischen) Wissenschaft bleiben zu wollen. Doch auch wenn man diejenigen Stellen betrachtet, die sich direkt für den Hochschullehrerberuf qualifizieren sollen, findet man einen starken Zuwachs: Die Zahl der Juniorprofessuren stieg von ca. 100 im Jahr 2002 auf über 1.200 im Jahr 2010; ähnliches gilt für die Zahl der Nachwuchsgruppen – der Emmy Noether-Gruppen an Universitäten, aber auch etwa der Nachwuchsgruppen an Forschungsinstituten. 2010 wurden insgesamt über 750 Nachwuchsgruppen gefördert.

Die Zahlen machen deutlich, dass sich für einen großen Teil des wissenschaftlichen Nachwuchses keine Perspektive im Wissenschaftssystem finden wird – die Universitäten wären sonst auf lange Zeit auf eine Generation von Wissenschaftlern festgelegt. Das Resümee, das ich hieraus ziehen möchte, ist eine negative Empfehlung: Wie immer man die Zukunft des Wissenschaftssystems nach dem Auslaufen der Bund/Länder-Pakte gestalten möchte – es sollte nicht auf einem Weg geschehen, der dauerhaft mit einem so großen Anteil befristeter Stellen einhergeht.

2.

Die Junge Akademie hat im vergangenen Jahr die Arbeitsgemeinschaft „Wissenschaftspolitik: Nach der Exzellenzinitiative“ gegründet, um die Frage zu diskutieren, was nach der Exzellenzinitiative und dem Auslaufen der drei

weiteren großen Bund/Länder-Pakte zur Förderung der Wissenschaft kommen soll. Die Arbeitsgemeinschaft hat in diesem Monat ein Positionspapier mit dem Titel „Nach der Exzellenzinitiative: Personalstruktur als Schlüssel zu leistungsfähigeren Universitäten“ vorgelegt, deren Kernaussagen ich im Folgenden kurz referieren möchte.

Zwei Bemerkungen vorweg: Zum einen beschränken wir uns in dem Papier – wie der Titel sagt – auf die Situation der Universitäten. Zum anderen gehen wir von der Annahme aus, dass sich die Grundfinanzierung der Universitäten angesichts der Lage der Länderhaushalte nicht wesentlich erhöhen wird (so wünschenswert dies wäre).

Die Universitäten stehen in unseren Augen vor drei Kernproblemen:

Das erste Problem ist die mangelnde Attraktivität der Stellen an Universitäten. Über die problematischen Berufsperspektiven jüngerer Wissenschaftler habe ich oben schon etwas gesagt. Hinzu tritt bei dem Großteil dieser Stellen die fehlende Unabhängigkeit: Sie sind, wenigstens formal, weisungsgebunden (eine Ausnahme stellen nur Juniorprofessuren, Nachwuchsgruppenleiterstellen sowie wenige Projektleiterstellen dar). Aber auch Professuren an deutschen Universitäten sind im internationalen Vergleich nicht unbedingt attraktiv. Dies liegt nicht zuletzt an einer sehr hohen Belastung mit Lehr-, Verwaltungs- und Prüfungsaufgaben, die sich nicht delegieren lassen. Eine Umfrage unter Hochschullehrern aus dem Jahr 2011 kam zu dem Ergebnis, dass im Durchschnitt nur 20 % der Arbeitszeit von Professorinnen und Professoren für die Forschung zur Verfügung steht; Verwaltung und Lehre nehmen jeweils doppelt so viel Zeit in Anspruch. Dies ist im internationalen Vergleich sehr viel, und dies ist vermutlich ein Grund, warum der Anteil von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Ausland, die Professuren an deutschen Hochschulen (hier sind Fachhochschulen inbegriffen) bekleiden, mit 6 % gering ist.

Als Zeichen für die geringe Attraktivität der Stellen im internationalen Vergleich wird häufig ein weiteres Indiz angeführt, nämlich die Zahl der Grantees des European Research Council (ERC). Deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind etwa bei der Einwerbung von Starting Grants sehr erfolgreich – mit 55 Bewilligungen in diesem Jahr gegenüber etwa 22 Bewilligungen von Projekten von Forschern aus dem Vereinigten Königreich. Bemerkenswert

ist aber, dass von den 55 Deutschen 22, also 40 %, an Universitäten oder Forschungsinstituten im europäischen Ausland arbeiten; von den 22 erfolgreichen britischen Forschern arbeiten hingegen alle bis auf 2 im Vereinigten Königreich.

Das zweite Kernproblem der Universitäten sehen wir in der Forschung. Die deutschen Universitäten sind nicht schlecht: Im Academic Ranking of World Universities, das sogenannte Shanghai Ranking, finden sich zwar bekanntermaßen nur wenige deutsche Universitäten unter den ersten 100; betrachtet man aber die ersten 500, findet sich Deutschland mit 38 Universitäten gleich hinter den Vereinigten Staaten und China. Dennoch könnte die Dynamik der Forschung größer sein. Neue Forschungsgebiete können Universitäten auf zwei Arten aufnehmen: Zum einen können Wissenschaftler ihre Ausrichtung ändern, zum anderen können Wissenschaftler neuberufen werden. Der zweite Weg ist der wichtigere – die geringe Zahl von Professuren an Universitäten aber führt zu vergleichsweise wenigen Neubesetzungen und damit selteneren thematischen Neuausrichtungen.

Das dritte Problem besteht darin, dass die Universitäten auf die Betreuung der stark gestiegenen Zahl an Studentinnen und Studenten nicht hinreichend vorbereitet sind. Betrug die Zahl der Hochschulabsolventinnen und –absolventen im Jahr 2000 noch 177.000, schlossen 2010 schon 295.000 Personen ein Hochschulstudium ab – die Zahl hat sich also innerhalb von zehn Jahren fast verdoppelt (betrachtet sind hier allein Erstabschlüsse). Das Verhältnis von Professoren zu Studierenden liegt gegenwärtig bei 1:60, das des wissenschaftlichen Personals insgesamt zu Studierenden bei 1:13. Doch zeigt dieses zweite Verhältnis nicht, dass die Betreuungsrelation gut wäre, denn ein großer Teil des wissenschaftlichen Personals auf Qualifikations- und Projektstellen trägt nur in einem geringen Umfang zur Lehre bei.

Unser Lösungsvorschlag für diese drei Kernprobleme folgt dem Ansatz, die Lage in den Universitäten zu verbessern, nicht die Lage in Instituten an Universitäten. Wir schlagen eine Umwandlung der aus dem Grundhaushalt der Universitäten finanzierten Mitarbeiterstellen vor. Nimmt man die Fächergruppen Humanmedizin und Ingenieurwissenschaften aus, so stehen an Universitäten (in Vollzeitstellenäquivalenten) 18.000 Professuren sowie weitere 1.000 Juniorprofessuren 50.000 aus dem Grundhaushalt finanzierte Mitarbei-

terstellen gegenüber; hinzu kommen weitere 75.000 Mitarbeiterstellen, die aus Drittmitteln finanziert werden. Würde man die aus dem Grundhaushalt finanzierten Mitarbeiterstellen in Professuren umwandeln, ließen sich auf diese Weise ohne zusätzliche Kosten etwa 20.000 volle Professuren sowie 10.000 Juniorprofessuren schaffen. Diese Umstellung müsste sich über einen längeren Zeitraum von etwa 25 Jahren erstrecken, um die Universitäten nicht auf eine Generation von Forschern und Forschungsthemen festzulegen.

Eine solche Umstellung würde einen wichtigen Beitrag zur Lösung der drei genannten Hauptprobleme der Universitäten liefern. Erstens würde es zu einer gesteigerten Attraktivität der Stellen an Universitäten führen. Jüngere Wissenschaftler fänden bessere Berufsperspektiven vor und wären zugleich früher unabhängig; Professorinnen und Professoren würden entlastet, insofern sich Verwaltungs-, Begutachtungs- und Prüfungsaufgaben auf eine deutlich größere Zahl von Personen verteilen.

Auch die Bedingungen für die Forschung an Universitäten würden sich durch die Umstellung verbessern: Die größere Zahl von Professuren an einem Institut würde Schwerpunktsetzungen in der Forschung durch Berufungen in verwandten oder sogar überlappenden Forschungsfeldern erleichtern – dies gerade auch an kleineren Universitäten oder Instituten – und damit zugleich den wissenschaftlichen Austausch unter Kollegen steigern.

Nicht zuletzt würde die vorgeschlagene Umstellung der universitären Lehre dienen – zum einen quantitativ durch die Umwandlung von Stellen mit einem reduzierten in Stellen mit vollem Lehrdeputat, zum anderen qualitativ dadurch, dass der Einzelne leichter forschungsnahe Lehrveranstaltungen anbieten könnte. Die Universitäten wären so auf die stark gestiegene Zahl der Studentinnen und Studenten besser vorbereitet.

Diskussion

MICHAEL ZÜRN Drei schöne Vorträge – ganz herzlichen Dank. Und alle waren in der Zeit. Es stehen nun im Raum: die Forderung nach der Ziel-diskussion, die Forderung nach mehr Ressourcen und weiterem Wettbewerb und die Forderung nach der Umgestaltung der Personalstruktur. Die Diskussion kann beginnen. Herr Münch, bitte.

RICHARD MÜNCH Ja, wie Sie schon gesagt haben, das hat alles sehr gut zusammengepasst und ich würde genau das in den Vordergrund stellen, was Herr Menke angesprochen hat. Bei allen Initiativen und Fragen – also wie sichern wir, dass weitere Finanzierung vorhanden ist – ist immer das Entscheidende, was für Wirkungen das auf den Erkenntnisfortschritt und auf die Diversität im System als Voraussetzung für offene Wissensevolution hat. Dazu gehört insbesondere ein relativ schneller Generationenwechsel – das ist der entscheidende Punkt, den Herr Menke auch in den Mittelpunkt gestellt hat. Das möchte ich ausdrücklich unterstützen. Daran sollten wir in der Diskussion anknüpfen.

STEFAN MÜLLER Ich möchte der Behauptung, die man ja auch öfter in der FAZ lesen kann, durch die Exzellenzinitiative würde so ein Riesenberg an befristeten Wissenschaftlern geschaffen, die anschließend arbeitslos sind, energisch widersprechen. Herr Gaehtgens hat es ja auch bereits gesagt, es geht um Leuchttürme. Ich denke, viele hier im Raum – und das gilt auch für mein Fach, die Mathematik – haben als Postdocs Zeit im Ausland an eben solchen Leuchttürmen verbracht und es ist völlig klar, dass Institute wie das Courant Institute in New York natürlich sehr viel mehr Leute als Postdocs durchgeschleust haben als sie je permanent einstellen können. Ich denke aber, diese Zeit war für die Betroffenen immer ein großer Gewinn. Wir sehen das konkret auch bei unserem Cluster so. Wir haben verschiedene Formate von Stellen geschaffen und wir verfolgen die Laufbahn der Leute und sehen,

dass sie sich hervorragend entwickeln. Ich kann das jetzt nicht für alle Fächer sagen, dafür habe ich keine Daten. Aber ich glaube, es ist wichtig auch für unsere Gemeinschaft insgesamt, der Behauptung, wir würden sozusagen einen negativen Beitrag für den Nachwuchs leisten, einmal energisch zu widersprechen.

CORNELIS MENKE Zunächst möchte ich sofort einräumen, dass sich die Lage in den einzelnen Fächern sehr unterschiedlich darstellen kann und man sie entsprechend unterschiedlich bewerten muss und es kann sehr gut sein, dass etwa die Mathematik in dieser Hinsicht eine Ausnahme darstellt. Es stimmt auch, dass durch die Exzellenzinitiative kein Berg an Stellen geschaffen wurde. Nur ein Teil der neugeschaffenen Stellen geht auf die Exzellenzinitiative zurück; insgesamt aber hat sich die Zahl befristet beschäftigter Wissenschaftler im letzten Jahrzehnt gravierend erhöht.

Der zweite Punkt – zu der Situation in Amerika. Es stimmt natürlich, dass es dort Postdoc-Programme gibt. Aber die meisten Postdocs in Amerika sind an ganz wenigen Forschungsuniversitäten konzentriert. Sie werden also etwa an der Minnesota State University oder anderen vermutlich keine große Zahl an Postdocs finden. Postdocs kommen häufig mit einer Auslandsfinanzierung – auch aus Deutschland – an die Universitäten, forschen dort für zwei, drei Jahre, in ganz wenigen Disziplinen auch mal sechs oder sieben, bevor sie Assistant Professor werden. Aber es ist tatsächlich die Übergangszeit nach dem PhD bis zur Aufnahme eines Assistant Professorship und nicht wie in Deutschland für die gesamte Zeit, wo wir also an jeder Universität einen großen Teil der Postdocs im Mittelbau haben. Es ist einfach eine kleinere Anzahl an Universitäten, an der man die Postdocs tatsächlich findet – das kann man nicht für alle Universitäten verallgemeinern. Das würde auch nicht funktionieren, das geht nur für einen kleinen Teil der Universitäten.

CHRISTOPH MARKSCHIES Ich wollte *erstens* eine Zustimmung zu Herrn Menke und dem von der AG „Wissenschaftspolitik: Nach der Exzellenzinitiative“ der Jungen Akademie vorgelegten Positionspapier signalisieren, dann aber *zweitens* auf ein Defizit der Debatte aufmerksam machen. Zunächst die Zustimmung: Es wirkt mindestens auf ausländische Gäste etwas grotesk, dass das historisch gewachsene System der Assistierenden an Lehrstühlen hierzulande auch zu einer relativ großen Menge von Managementaufgaben führt, die sich lediglich auf einige wenige, nämlich auf die, die die Lehr-

stühle innehaben, konzentrieren. Denn die Professorinnen und Professoren sind für die Ausübung dieser Fülle von Managementaufgaben in der Regel nicht ausreichend qualifiziert, wenn sie ihre erste Professur antreten. An diesem Punkt haben wir noch das klassische alte System der Universität vor den Umwälzungen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts bewahrt, zugespitzt formuliert: ein System, das den Idealen des romantischen Geniekultes verpflichtet ist. Man meint, dass ein fachlich genialer Mensch auch das Charisma der Leitung seines Lehrstuhls und der damit verbundenen Fülle administrativer Aufgaben besitzen wird. Ich glaube wie Sie, lieber Herr Menke, dass dieses klassische deutsche Modell eines Lehrstuhls und seines dem Ideal nach genialen Inhabers (seltener: seiner Inhaberin) dort, wo es noch in Geltung steht, keine Zukunft mehr haben sollte. Es überfordert auch an dem von mir eben genannten Punkt sehr viele Menschen, die sich in diesem System befinden. Denn die Fähigkeit zu leiten und zu administrieren, ist eine Profession, die von den meisten schlicht und einfach erlernt werden müsste. Es gibt an diesem Punkt nur wenige Naturbegabungen und diese Naturbegabungen müssen keineswegs automatisch auch herausragende Forscher- und Lehrpersönlichkeiten sein, wie dies (implizit dem romantischen Geniekult verpflichtet) lange gern angenommen wurde. Für einen solchen Lernvorgang braucht es aber Zeit. Wenn man nun nicht flächendeckend alle Professorinnen und Professoren neben Kompetenzen für Lehre und Forschung auch noch Leitungs- und Administrationskompetenzen vermitteln will (beispielsweise, weil Karrieren nicht noch länger dauern dürfen, bis sie auf eine Professur führen), hilft in einer komplexer gewordenen Universitätsstruktur wie auch in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen Arbeitsteilung: Die bisher weitgehend unselbständigen Assistierenden müssen, um auch an diesem Punkt die Professorinnen und Professoren zu entlasten, viel stärker autonomisiert werden – genauso, wie es das Positionspapier der AG der Jungen Akademie fordert. Nun wird man aber aus dem Kern dieses Lehrstuhlsystems nicht wirklich eine große Reformfreudigkeit bei der Aufgabe, bislang abhängig beschäftigte Assistierende zu autonomisieren, erwarten können. Nur wenige sind so souverän, dass sie – ich formuliere einmal sehr polemisch – ihre abhängig Beschäftigten in die Freiheit entlassen. Man müsste also mit den Mitgliedern von Universitätsleitungen und Universitätskuratorien darüber reden, wie dieses System verändert werden kann und wie man beispielsweise bei Berufungsverhandlungen auf Forderungen nach einer entsprechenden personellen Ausstattung reagiert. Soweit meine nachdrückliche Zustimmung.

Was mich hingegen verwundert, ist, dass ein Stichwort in den bisherigen Präsentationen gar nicht auftaucht – ein Stichwort, das mir immer sehr einleuchtend erschien und das aus der Systemevaluation der DFG und der MPG aus dem Jahre 1999 stammt, nämlich das Stichwort *Risiko*. Damals hatte eine international zusammengesetzte Gruppe von Gutachtenden empfohlen, stärker auf risikoreiche Vorschläge zu setzen (Forschungsförderung in Deutschland. Bericht der internationalen Kommission zur Systemevaluation der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft, Bonn 1999, im Internet zugänglich unter [20.02.2014] http://www.dfg.de/download/pdf/dfg_im_profil/reden_stellungnahmen/archiv_download/forschungsfoerderung_Deutschland.pdf, z. B. S. 43f.). Ich finde, dass die von mir nachhaltig begrüßte Exzellenzinitiative dessen ungeachtet wieder im Blick auf die Themen eher risikoarme Projekte gefördert hat – schon allein deswegen, weil sie so große Forschungszusammenhänge wie die Cluster intendiert. Wenn zehn Menschen einen Antrag von 226 Seiten samt Anlagen mit vielen Fußnoten verfassen, dann fällt es ihnen naturgemäß schwer, einen experimentellen und risikoreichen Gedanken in diesem Format nicht abzuschwächen, zu disziplinieren und in einem bestimmten Sinne konventionell zu machen. Je länger der Wettbewerb dauerte, desto größer wurde auch die Tendenz, bestimmte in der ersten Runde etablierte Strukturen in neuen Anträgen zu imitieren (natürlich nicht einfach blind zu kopieren). Außerdem muss ein Gedankengebäude, das eine so große Zahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammenfügt, eine gewisse überdisziplinäre Konventionalität und Selbstverständlichkeit aufweisen. Wieder etwas polemisch formuliert: Masse ist für das kleine, feine Experiment eben immer etwas gefährlich. Auf der anderen Seite: Es gibt ja inhaltlich wunderbar risikoreiche Projekte im Rahmen der Exzellenzinitiative; und auch ein Exzellenzcluster mit dem langweiligsten Thema von einem Antrag in die Realität zu befördern, ist in gewissem Sinne ein hohes Risiko.

Mir geht es nicht um eine Schelte des Wettbewerbs, sondern um seine Zukunft: Ich sehe das wunderbar charakteristische Bild vor meinen Augen, das Herr Leibfried in eine seiner vielen schönen Bildersammlungen aufgenommen hatte: den großen Sitzungsraum der DFG in der Bonner Kennedyallee mit den gigantischen Mengen von Antragsstapeln auf Tischen. Wir kennen es alle und wissen: Man hätte einen Wettbewerb mit derartigen Dimensionen wahrscheinlich kaum anders organisieren können. Jetzt aber darf und muss man fragen: Wie könnte es denn gelingen, dass bei einer anstehenden Fort-

setzung der Exzellenzinitiativstrukturen noch deutlich risikobereiter gefördert wird und wir wegkommen von solchen sehr langen, Risikoarmut befördernden Anträgen? Wie kommen wir dahin, dass nicht mit über zweihundert Seiten einfach nur begründet wird, dass über eine relativ große Anzahl von Forschenden ein pazifizierender Umbrella-Term oder ein Ensemble solcher Termini aufgespannt wurde – ein letztes Mal sehr polemisch: „Das Eigene und das Fremde“ oder „Mündlichkeit und Schriftlichkeit“; wir kennen ja alle so überschriebene Projekte (wobei ich gar nicht bestreiten will, dass unter solchen Umbrella-Terms hervorragende Arbeit geleistet wurde, übrigens gerade auch in den Strukturen, auf die meine Titel anspielen). Noch einmal: Wie kommen wir zu mehr wirklich aufregenden, risikoreichen Themen in den Nachfolgeförderungen der Exzellenzinitiative?

HORST BREDEKAMP Es ist alles zu unterstreichen, was gesagt wurde. Aber es bleibt die nicht auflösbare Paradoxie, dass einerseits der deutsche Ausbildungsstandard immer wieder beklagt wird, andererseits aber ebenso häufig das Lamento zu hören ist, dass Absolventen vor allem in den angelsächsischen Raum abwandern. Beides passt nicht zusammen, denn letztere würden sich in einer durchaus harten internationalen Konkurrenz nicht durchsetzen können, wenn sie das hiesige Ausbildungssystem so unbedarft gelassen hätte. Mein Verdacht ist, dass wir hier die Diskussion um die Sprachvielfalt fortführen könnten. Die Dominanz der englischen Sprache unterminiert das Ansehen und das Selbstbewusstsein der Nicht-Muttersprachler: Wenn die deutsche Sprache Englisch wäre, dann gäbe es weitaus mehr deutsche Nobelpreisträger. Andererseits aber vermittelt sie denen, die nicht auf das Englische fixiert sind, mehr Fachwissen und vor allem zusätzliche methodische und historische Perspektiven. Die Dominanz der englischen Sprache macht die Welt der Angelsachsen kleiner.

Wir hatten neulich einen Kongress über Synästhesie. Am Ende sagte eine englische Professorin der Medizin: „What you have here is paradise; we lost it 10 years ago“. Sie meinte eine Interdisziplinarität, die immer als ein Fetisch gefordert, selten aber wirklich real umgesetzt wird. Sie ist in den angelsächsischen Ländern aus institutionellen wie fachlichen Gründen stark reduziert, weil entgegen anderslautenden Äußerungen der Markt offenbar anderes fordert, aber auch, weil es kaum Wissenschaftler gibt, die auf zwei Füßen stehen, wie es bei uns schon durch die Habilitation systematisch gefordert wird. In diesem Rahmen, der auch ohne die Habilitation gefüllt wird, weil er

eingübt und intuitiv abverlangt wird, entsteht die Bedingung einer übergreifenden Inspiration, die nach Inhalten und weniger nach Organisationen fragen lässt, weil sie gelernt hat, verschiedene Perspektiven einzunehmen: sowohl sprachlich wie auch fachlich.

Und vielleicht ein Wort zu Herrn Markschies. Die Exzellenzinitiative ist zum Teil mit hohem Risiko verbunden – ich spreche aus Erfahrung. Es sind außerordentlich risikoreiche und sogar höchst riskante Unternehmungen und keinesfalls nur aufgeblasene Routineunternehmungen, die – ich spreche ebenfalls aus Erfahrung – gerade aus dem Grund gefährdet sein können, wenn ausländische Gutachter hinzugezogen werden, die unsere Kultur einer vielfach entfalteten Perspektivität als exotisch empfinden müssen.

MICHAEL ZÜRN Ich meine, der Beitrag stärkt geradezu die Überlegung, dass wir nach wie vor sehr wenig empirische Grundlagen haben für unsere Einschätzungen. Es ist in der Tat so, dass es sich als ein Rätsel darstellt, dass deutsche Antragsteller bei diesen ERC-Grants relativ erfolgreich sind, dann aber nicht in Deutschland bleiben. Dies kann wohl nicht einfach auf die mangelnde Unabhängigkeit zurückgeführt werden, weil die ERC-Grants die Unabhängigkeit ja rechtlich festgeschrieben haben. Dieselbe Unabhängigkeit hätten die Antragsteller auch an deutschen Universitäten rechtlich abgesichert. Damit ist überhaupt nicht in Frage gestellt, dass es viele Gründe geben mag, warum die Plätze im Ausland attraktiver sind. Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass wir genau an dieser Stelle in der Tat teilweise enorme empirische Lücken haben. Herr Markschies, es ist natürlich richtig, dass die Exzellenzanträge viel Zeit in Anspruch nehmen. Aber es sollte auch gesagt werden: Umgerechnet gab es pro Seite noch nie soviel Geld von der DFG wie bei der Exzellenzinitiative.

MARTIN QUACK Zu diesem interessanten Punkt der Abwanderung guter Wissenschaftler aus Deutschland ins Ausland muss man natürlich im Gegenzug auch nach der Zuwanderung aus dem Ausland nach Deutschland fragen. Es ist selbstverständlich in der Wissenschaft, dass es hohe Flexibilität guter Wissenschaftler gibt und wenn die Abwanderung durch die Zuwanderung ausgeglichen wird, dann wäre das völlig in Ordnung. Also nur die eine Zahl zu nennen, ist einfach ungenügend. Und das Zweite, was ich zu Herrn Markschies sagen würde ist: Er hat sich dazu geäußert, dass – ich sage das jetzt verkürzt – die Universitäten unprofessionell gemanagt werden, weil die Pro-

fessoren dafür nicht ausgebildet und deshalb nicht qualifiziert sind. Da ist Einiges dran wahr. Ich kann trotzdem davor warnen, die akademische Selbstverwaltung aufzugeben zugunsten einer bürokratischen Verwaltung. Nach meiner Erfahrung ist das zweite System noch viel schlechter.

CHRISTOPH MARKSCHIES Genau das wollte ich nun gerade nicht sagen, lieber Herr Quack, sondern ich bezog mich auf den Vorschlag der Arbeitsgruppe der Jungen Akademie in ihrem Positionspapier, der das Geschäft der Leitung und Administration auf mehr Schultern auch von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern verteilen will. Das finde ich an dem Vorschlag sinnvoll – also gerade nichts aufgeben zugunsten einer bürokratischen Verwaltung! Ich würde gern auch noch einmal was zur Bemerkung von Horst Bredekamp sagen. Ich glaube, Sie haben Recht, lieber Herr Bredekamp, ich habe an mindestens einem Punkt nicht genügend differenziert. Nach meinem unmaßgeblichen Eindruck unterscheiden sich im Blick auf das inhaltliche Risiko in den geisteswissenschaftlichen Projekten die Runden des Exzellenzwettbewerbes. Der Exzellenzwettbewerb ist nämlich zunehmend, was die Themen in den Geisteswissenschaften angeht, auch risikofreudiger geworden. Wenn die Beobachtung nicht täuscht – aber es gilt natürlich jetzt genau das, was Herr Zürn im Blick auf die empirischen Daten gesagt hat: das sind *meine* Individualbeobachtungen –, ist der Wettbewerb wegen der Kritik am geringen Anteil von Geisteswissenschaften in der ersten Runde dann in der zweiten experimentierfreudiger geworden. Mein Votum ging eigentlich nur dahin zu sagen, es wäre schön, wenn das noch einmal deutlich gesteigert und nicht einfach in die Routine eines permanenten Wettbewerbs mit unendlich viel Papier und vielen eher langweiligen Themen überführt würde.

MICHAEL ZÜRN Wenn jetzt momentan kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, steigen wir mit vollem Tempo in die zweite Runde ein. Sie wird bestritten zunächst von Mitchell Ash, Wissenschaftshistoriker an der Universität Wien, mit seinem Vortrag über „Die Perspektiven der Hochschulen“. Es folgen die Vorträge von Dr. Dagmar Simon vom Wissenschaftszentrum Berlin „Über die Perspektive der Außeruniversitären“ und dann, last but not least, Professor Hans Meyer, ehemaliger Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin über „Die Perspektive des Bundes und die anstehende Föderalismusreform“.

Mitchell Ash

Die Perspektiven der Hochschulen

Da ich außerhalb Deutschlands tätig bin, spreche ich hier naturgemäß weniger aus der Sicht der deutschen Hochschulen als über die künftigen Perspektiven derselben in der Folge der Exzellenzinitiative und der weiteren hochschul- und wissenschaftspolitischen Neuerungen der letzten Jahre. Ich beginne mit knapp formulierten Thesen über die gesellschaftlichen Funktionen der Hochschulen, insbesondere der Universitäten, in Deutschland – und nicht nur dort.

Der zentrale Punkt ist dabei im Plural des Wortes „Funktionen“ bereits enthalten – so banal er sich anhören mag, so wichtig ist es, ihn trotzdem hervorzuheben. Dass Fachhochschulen nicht in erster Linie Forschungseinrichtungen sein sollten, wissen wir, obwohl diese Gewissheit langsam ins Wanken gerät. Aber dasselbe gilt auch für die Universitäten. Sie sind im Laufe der modernen Geschichte sehr wohl zu bedeutenden Forschungseinrichtungen geworden; sie waren aber niemals *nur* Forschungseinrichtungen, sie sind es auch jetzt nicht und werden auch in Zukunft nicht nur Forschungseinrichtungen sein.

In der Sprache der Theorie sozialer Systeme formuliert, ist es eigentlich nicht möglich, die Universitäten einem sozialen Teilsystem eindeutig zuzuordnen, denn sie gehören vielen Teilsystemen gleichzeitig an. Für die große Mehrheit der Studierenden – und ihre Eltern, die nun mal allesamt potentielle Wähler und auch deshalb von hochschulpolitischer Bedeutung sind – sind sie wohl in erster Linie nicht wegen der wissenschaftlichen Forschung, sondern als Zertifizierungs- und damit als Chancenverteilungseinrichtungen da. Für die Wirtschaft sind sie Lieferanten qualifizierter Arbeitskräfte (Spötter sagen dazu: ein Parkplatz für noch nicht Arbeitslose), aber auch selbst regional wichtige Arbeitgeberinnen sowie Orte potenziell verwertbarer Innovationen. In den nostalgischen, gar utopischen, doch nicht deshalb minder wichtigen Träumen vieler Lehrenden wie einiger Studierenden und Absolventinnen und Absolventen sind sie vielleicht auch noch kulturell als Orte der Gedanken- und

Forschungsfreiheit wie (zumindest idealiter) als Instanz der „Erziehung zur Mündigkeit“ (Adorno) von zentraler Bedeutung.

Wohl wegen dieser schwer zu bewältigenden Multifunktionalität changieren die Hochschulen, insbesondere die Universitäten, in der eben beschlossenen Koalitionsvereinbarung wie in sonstigen politischen Stellungnahmen zwischen dem Bildungs- und dem Wissenschaftsbereich hin und her. Das kann von Vorteil sein – so kommen Universitäten für Förderungen von mehreren Seiten in Frage.

Hat die Exzellenzinitiative (im Weiteren: EI) hier etwas Neues bewirkt oder den für diese Institutionen konstitutiven, vielschichtigen Zielkonflikt nur noch verschärft? Die Antwort lautet: JEIN!

Die Exzellenzcluster und Graduiertenschulen stehen da – die Verstärkung der Spitzenforschung geschieht also an mehreren Dutzend Einrichtungen und nicht nur an den „Gewinnern“ der 3. Förderlinie, die im Rampenlicht der medialen Aufmerksamkeit stehen. Aber ebenso gerechtfertigt ist der Hinweis darauf, dass die EI und der berüchtigte „Bologna-Prozess“, der eine grundlegende Neustrukturierung der Studiengänge auf allen Ebenen, vor allem im Rahmen der grundständigen Lehre mit sich gebracht hat, nicht getrennt voneinander, sondern an denselben Institutionen *gleichzeitig* geschehen sind. Dies gilt natürlich auch für diejenigen Hochschulen, die durch die EI am stärksten gefördert werden. Des Weiteren werden an allen Universitäten, die im Rahmen der 3. Förderlinie der EI gefördert wurden und werden, auch Lehramtsstudien angeboten, die wohl kaum jemand mit Spitzenforschung in Verbindung bringen würde. Doch keines der geförderten Konzepte der 3. Förderlinie sieht die Abschaffung dieser Lehramtsstudien an den betreffenden Universitäten vor. Der eingangs genannte Zielkonflikt scheint also durch die EI keinesfalls gelöst, sondern vielmehr verschärft worden zu sein.

Dass die Exzellenzförderungen der EI von vornherein auch eine der grundständigen Lehre und der Ausbildung jedenfalls des wissenschaftlichen Nachwuchses hätte sein müssen, ist inzwischen vielfach erkannt und Ansätze zum Umdenken sind sichtbar geworden. Der sogenannte „Pakt“ für die Lehre und die Richtlinien der 2. Runde der EI tragen dem nun endlich Rechnung. Nach der im Juli 2013 erschienenen Stellungnahme des Wissenschaftsrates zu

den Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems sollen nun innovative Lehrkonzepte in Zukunft ebenso prämiert werden, wie neue Forschungsansätze und Projekte. Allerdings wird dort ebenfalls und konsequenterweise festgehalten, dass die Förderung von differenzierten Profildbildungen in der Lehre nur dann erfolgreich sein wird, wenn sie durch eine „nicht einseitig nur auf die ‚besten Köpfe‘ zielende Auswahl der Studierenden“ begleitet wird.¹ Jedenfalls an solchen Stellen wird ein gewisses Abrücken vom Ziel der Exzellenzförderung oder zumindest die Einsicht bemerkbar, dass die beiden Zielsetzungen Diversity und Exzellenz auf einmal nur schwer erreichbar sein mögen.

Was besagt das alles für die Frage nach einer Differenzierung im Hochschul- und Wissenschaftssystem, die durch die EI bewirkt werden sollte? Unter „Differenzierung“ kann vieles verstanden werden: der Begriff meint zunächst eine Differenzierung zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung, die man im deutschen Lande mit dem bekannten Stichwort „Versäulung“ umschreibt. Er kann aber auch eine Differenzierung zwischen Einrichtungen desselben Typs, hier also zwischen Universitäten, oder eine Differenzierung zwischen forschungsstarken und weniger forschungsstarken Fakultäten und Fächern innerhalb derselben Einrichtung bedeuten; für beides lautet das Stichwort „Profilbildung“.

So gesehen sollte die EI laut ihrer programmatischen Schriften Kooperationen zwischen Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft, also in dieser Hinsicht eine teilweise Entdifferenzierung, sprich: Entsäulung im Wissenschaftssystem, unterstützen. Das ist in vielen Fällen auch geschehen. Am Spektakulärsten sind Neugründungen wie das KIT, in denen eine Hochschule und eine außeruniversitäre Einrichtung miteinander zusammengehen, aber es gibt eine Vielzahl weiterer, weniger aufs Ganze zielende Beispiele.

Was die anderen beiden Bedeutungsebenen des Begriffes Differenzierung betrifft, hat die EI eine Differenzierung zwischen forschungsstarken und weniger forschungsstarken Hochschulen keinesfalls bewirkt, sondern eine

¹ Wissenschaftsrat (2013): Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems. Köln, S. 41. Allerdings ist wenig später im selben Papier (S. 48) von einer Gewinnung der „besten Köpfe aus dem In- und Ausland für eine wissenschaftliche Tätigkeit“ die Rede.

solche, die seit langem schon vorhanden war, sichtbar gemacht und politisch sanktioniert bzw. sanktionieren sollen. Ein Drittel der Universitäten wagten nicht einmal, einen Antrag im Rahmen der EI zu stellen; sie haben damit ihre eigentliche Rolle als regionale Einrichtungen mit bestimmten, aber begrenzten Stärken und eben nicht als Spitzenforschungseinrichtungen erkannt und dem entsprechend gehandelt.

An den durch die EI geförderten Hochschulen sind dann neue Strukturen neben den Fakultäten entstanden, die erhebliche Auswirkungen auf die Governance hatten und haben; auch diese Entwicklung trägt zu einer Differenzierung sowohl zwischen den Universitäten als auch innerhalb derselben bei. Ob diese durchaus interessante Mischung aus funktionalen Differenzierungen der verschiedensten Art zwischen wie auch innerhalb der Hochschulen und einer Entdifferenzierung hinsichtlich der Beziehungen zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung in dieser Form von den Autorinnen und Autoren der EI tatsächlich intendiert war, steht auf einem anderen Blatt.

Endlich komme ich zum Thema der Zukunft. Im Koalitionsvertrag ist – fast wortgleich mit den bereits zitierten Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom Juli 2013 – davon die Rede, die „Dynamik“ der EI zu erhalten, indem die Förderlinien, „die sich besonders bewährt haben“, weitergeführt und perspektivisch verstetigt werden können.² Fragen wir, wer das bezahlen soll und bedenken wir, dass die EI durch einmalig gewährte Sondermittel des Bundes ermöglicht wurde, scheint das auf eine erhebliche und zwar längerfristige Aufstockung der DFG und damit auf einen relativen Machtzuwachs bei ihr im System der Forschungsförderung³ hinauszulaufen; ansonsten wäre dies nur mit einer erheblichen Reduzierung der Einzelprojektförderung zu haben. Schon jetzt ist es so weit, dass wissenschaftlich überzeugende Anträge zunehmend abgelehnt werden müssen.

Für mich fast noch wichtiger ist es, dass weder in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates noch im Koalitionsvertrag die Rede davon ist, *welche* der Förderlinien als „erfolgreich“ einzustufen sein mag. Von der 3. Förderlinie ist

² Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode. 28.11.2013, hier: S. 26f.

³ Siehe hierzu den Beitrag von Stefan Leibfried, These 6.

jedenfalls nirgends die Rede. Die wohlwollende Auslegung dieser Unterlassung wäre, dass man der für 2015 geplanten Evaluierung der EI nicht vorgreifen will. Ich halte hingegen die Vermutung für erwägenswert, dass mit solchen bewusst vagen Formulierungen das Ende der 3. Förderlinie und somit auch der EI selbst als verzahnter, in festen Perioden auszurichtender Wettbewerb vorbereitet werden soll.

Jedenfalls im Hinblick auf die 3. Förderlinie mag das verständlich sein. Der Medienrummel um die EI hat sich allzu sehr auf diese konzentriert, weil damit „Gewinner“ und „Verlierer“ leichter auszumachen sind. Für die „Verlierer“ der ersten und vor allem der zweiten Runde der EI war das natürlich unangenehm; erst recht war es das für die Länder, deren Hochschulen niemals zum Zuge gekommen sind, deren Gelder die EI aber indirekt mitfinanzieren. So gesehen beläuft sich das Ergebnis der 3. Förderlinie wie auch der EI insgesamt auf eine Rücknahme des Finanzausgleichs der Länder bzw. auf eine nicht als solche gekennzeichnete finanzielle Förderung der „Geberländer“ über den Bund hinaus. Das können die im Rahmen der EI weniger stark geförderten Länder wohl kaum auf Dauer mittragen.

Gleichwohl: Soll die oben formulierte Vermutung wahr sein, wäre es meines Erachtens eine traurige Sache. Wie alle wissen, die sich mit der Geschichte der Universitäten im internationalen Vergleich befassen: Das Ziel, Universitäten zu schaffen, die jedem Vergleich vielleicht nicht mit Stanford, aber sicherlich mit den besten staatlich geförderten Universitäten im Ausland standhalten, ist in fünf oder gar zehn Jahren nicht erreichbar, sondern erfordert vielmehr signifikante strategische Investitionen über mehrere Jahrzehnte. Just dann, nachdem man in Deutschland es endlich wagen wollte, damit anzufangen, die ohnehin vorhandenen Unterschiede der Leistungsfähigkeit und funktionalen Stärken unter den Universitäten zur Kenntnis zu nehmen und derartige Spitzeneinrichtungen schaffen zu wollen mithilfe von strategischen Konzepten, welche die Universität als Ganzes im Blick haben sollen, wie im Rahmen der 3. Förderlinie vorgesehen war, bläst man anscheinend zum Rückzug. Nun will man anscheinend weg von der allseits sichtbaren Spitze und hin zur Breite gehen. Gute, sogar sehr gute Forschung und Lehre will man überall haben, zumindest an einigen Instituten an mehreren Universitäten. Im Mittleren Westen meines Heimatlandes sagt man dazu „We've got some pretty good schools here“ und deutet damit an, dass „pretty good“ „good enough“ sein

soll.⁴ Wenn das tatsächlich so gemeint ist, dann wäre es nur fair und transparent, sich dazu offen zu bekennen.

Wie immer die Antwort auf diese Frage lauten mag, möchte ich noch einen weiteren Punkt zu denken geben: Jede Förderung der Hochschulen – hier meine ich Fachhochschulen und Universitäten –, wenn sie im Sinne einer Qualitätssteigerung zielführend sein soll, muss eine Förderung der ganzen Institution in allen ihren gesellschaftlichen Funktionen sein. Das bedeutet Exzellenz in der Forschung, doch nicht auf Kosten der grundständigen Lehre. Und wenn schon „Exzellenz“ auch in der Lehre gewollt ist, dann sollte diese mit Bedacht darauf, wo und wie genau diese zu fördern sein soll, und auch mit der gebotenen Flexibilität angestrebt werden. Eine Verbesserung der Betreuungsrelation vor allem in den sogenannten Massenfächern ist da sicherlich nötig, aber keinesfalls genug.

Last not least: Der Koalitionsvertrag enthält eine lange Liste der Themenfelder, in denen man die Forschung verstärken will. Es sind allesamt anwendungsorientierte Felder; die Liste ähnelt den Prioritätensetzungen der Rahmenprogramme der Europäischen Union. Gerade eine solche Programmierung der Forschung hemmt die Grundlagenforschung, schwächt die Geistes- und Sozialwissenschaften, tötet die „kleinen Fächer“ – sofern sie es nicht schaffen, sich in irgendeinem Verbund zu retten –, und schädigt oder beendet Forschungsrichtungen und -traditionen, die bislang Bedeutendes zur Reputation der Wissenschaft in Deutschland beigetragen haben. Will man auch das erreichen, dann sollte man sich dazu ebenfalls offen bekennen.

⁴ Ähnliches steht in dem im Beitrag von Cornelis Menke besprochenen Positionspapier der AG Wissenschaftspolitik: Nach der Exzellenzinitiative der Jungen Akademie. Cornelis Menke u. a. Nach der Exzellenzinitiative: Personalstruktur als Schlüssel zu leistungsfähigeren Universitäten. Berlin 2013. Beispielweise heißt es auf S. 4: „Eine hierarchische Differenzierung der Universitäten gefährdet die Stärken des deutschen Wissenschaftssystems. Diese liegen besonders in einer hohen Qualität von Forschung und Lehre in der Breite, von der auch die Wirtschaft profitiert – es mögen wenige Universitäten international herausragend sein, aber viele sind sehr gut.“ Der durchaus verständliche Wunsch der jungen Forscher, die wenigen für sie noch besetzbaren Professuren nicht gleich im Voraus durch eine Hierarchisierung der Trägerinstitutionen entwerten zu wollen, dürfte hier deutlich genug erkennbar sein.

Dagmar Simon

Die Perspektiven der Außeruniversitären: Geliebte Kooperationspartner, versäulte Einrichtungen, Leistungsträger des deutschen Wissenschaftssystems? Randnotizen zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrats

Mit 4,8 Mrd. Euro wurden die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die Max-Planck-Gesellschaft (MPG), die Fraunhofer Gesellschaft (FhG), die Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren (HGF) und die Leibniz-Gemeinschaft (WGL) 2010 (Wissenschaftsrat 2013: S. 117) durch Bund und Land gefördert – rund ein Drittel der Summe, die für alle Hochschulen (einschließlich der Fachhochschulen) aufgebracht worden ist (16 Mrd. Euro). Eine nicht geringe Summe, während man seit Jahrzehnten trotz aller zusätzlichen Mittel wie etwa dem Hochschulpakt die chronische Unterfinanzierung der deutschen Universitäten beklagt. Darüber zumindest herrscht unter den unterschiedlichen Akteuren im Wissenschaftssystem Einigkeit.

Die starke und institutionell gefestigte außeruniversitäre Forschungslandschaft in Deutschland ist im Vergleich mit anderen europäischen Staaten oder mit den USA ein strukturelles Merkmal des Wissenschaftssystems, das seinesgleichen sucht. Produkt des deutschen Föderalismus (Hohn 2010) und damit eines spezifischen Bund-Länder-Ausgleichs zur Finanzierung der deutschen Wissenschaft, waren die Außeruniversitären aber auch immer wieder Anlass zu grundsätzlicher Kritik, und das nicht nur aus finanziellen Gründen. Von der Versäulung und Segmentierung der Forschungslandschaft war die Rede, und die „Dominanz von Eigeninteressen“ der Forschungseinrichtungen wurde vor allem in den Systemevaluationen der vier Forschungsorganisationen kritisiert (vgl. auch Internationale Kommission 1999: S. 7). Die entlang der Figur einer Wertschöpfungskaskade angelehnte außeruniversitäre Forschungslandschaft, eine in der Innovationsforschung längst revidierte Vorstellung (Braun-Thürmann 2005) – von der Grundlagenforschung der MPG bis zur industriellen Forschung bzw. Produktentwicklung der FhG – war Gegenstand der Kritik und letzterer wurde empfohlen, die Grundlagenforschung auszubauen, um nicht zur verlängerten Werkbank der Industrie zu werden. Mittlerweile gibt es im Rahmen des Pakts für Forschung und Innovation ein Programm, das

beide Forschungsorganisationen adressiert und die Verbindung von Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung gezielt durch Kooperationsprojekte stärken soll. Neben dieser Kritik an der generellen Aufstellung der außeruniversitären Forschung im deutschen Wissenschaftssystem war die Forderung nach ihrer (partiellen) Rückverlagerung in die Universitäten eine stetige Begleitmusik in der wissenschaftspolitischen Debatte (vgl. u. a. Krull 2005). Auch wird bei jeder Evaluation eines Leibniz-Instituts danach gefragt, ob nicht diese Forschung besser an einer Universität aufgehoben wäre.

Von all dieser grundsätzlichen Kritik liest man in den jüngsten „Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems“ des Wissenschaftsrats, in dem ein Kapitel den Außeruniversitären gewidmet wird, erstaunlicherweise wenig bzw. nichts mehr. Sicherlich ist in den letzten 10 bis 20 Jahren viel passiert. Die Kooperationen zwischen den Universitäten und den vier Forschungsorganisationen wurden institutionell gestärkt: durch gemeinsame Berufungen des Leitungspersonals an den Forschungsinstituten, durch ihre verstärkte Beteiligung an der Lehre, durch gemeinsame Anstrengungen in der Nachwuchsförderung, insbesondere in der Doktorandenausbildung – entweder durch eigene Graduate Schools oder gemeinsam geführte. Auch die Forschungsk Kooperationen wurden intensiviert. In der Exzellenzinitiative mutierten die Außeruniversitäten – allen voran die MPG – bei der Beantragung von Exzellenzclustern zu sehr beliebten und Reputation fördernden Kooperationspartnern (Sondermann et al. 2008).

In den besagten Empfehlungen wird die außeruniversitäre Forschungslandschaft unter „Differenzierung und Profilbildung vorantreiben“ diskutiert, wobei beiden Stichworten insgesamt etwas wie ein Heilsbringer für das gesamte deutsche Wissenschaftssystem anhaftet: auch und gerade für die Universitäten im Rahmen der Exzellenzinitiative.

„...empfiehlt der Wissenschaftsrat, die unterschiedlichen Profile des außeruniversitären Sektors und ihre Gruppierung in unterschiedlichen Dach- oder Trägerorganisationen beizubehalten.“

Unterstellt werden eine funktionale Differenzierung und Profilbildungen, die mehr als rhetorische Figuren und Abgrenzungen bzw. förderpolitisch motivierte Grenzziehungen (so für die Drittmittelakquisition) darstellen. Um

es auf eine platte Floskel zu bringen: Die MPG bringt weiter Nobelpreisträger in der Grundlagenforschung hervor, die FhG Patente und innovative Produkte wie beispielsweise den MP3-Player, HGF und WGL liegen dazwischen und betreiben in unterschiedlichem Ausmaß und auf unterschiedlichen Forschungsfeldern gesamtgesellschaftlich relevante erkenntnis- und anwendungsorientierte Forschung. Es wäre hier anzuraten, Entwicklungen in der Wissenschaft zur Kenntnis zu nehmen, dass sich vor allem auf dem Feld der Forschungs- und Akquisitionsstrategien Angleichungsprozesse vollzogen haben. Die WGL und die HGF tummeln sich in den letzten Jahren verstärkt auf den Märkten der öffentlichen und industriellen Auftragsforschung und entwickeln sich zu Konkurrenten der FhG (Hohn 2010: S. 469). Auch die MPG hat ihre Drittmittelaktivitäten verstärkt und verschließt sich zunehmend wendigen technologieorientierten Projekten (Heinze/Arnold 2008). Auch auf der Ebene der Außenwirkung der MPG wird die gesellschaftliche Bedeutung der Forschung deutlicher als zuvor herausgestellt. Neuere bibliometrische Untersuchungen des Instituts für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (iFQ) weisen darauf hin, dass zunehmend Angleichungsprozesse in der außeruniversitären Forschungslandschaft zu beobachten sind. Welche Konsequenzen diese Entwicklungen möglicherweise für die funktionale Differenzierung haben, ist bislang nicht absehbar, sie sollten aber zur Kenntnis genommen und auch Gegenstand weiterer Forschungen sein.

„Vielfältige partnerschaftliche Kooperationen fördern“

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Kooperationen – institutionelle, personelle – zwischen Hochschulen, zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, zwischen den vier Säulen der außeruniversitären Forschung und auch zwischen Academia und der Wirtschaft stets als ein gewisses Allheilmittel gegen Segmentierungstendenzen gepriesen werden. Hier soll gar nicht in Abrede gestellt werden, dass auf diesem Gebiet in der letzten Dekade viel erreicht worden ist. Jenseits dessen, dass (institutionelle) Kooperationen im Wissenschaftsbereich auch einen Grenzwert erreichen können, funktioniert Zusammenarbeit dann besonders gut, wenn sich Akteure aus unterschiedlichen institutionellen Kontexten auf gemeinsame Referenzsysteme beziehen können. Was nach wie vor fehlt ist die Ermöglichung von Kooperationen und auch von Übergängen zwischen Institutionen der Grundlagen-

forschung und der anwendungsorientierten Forschung und zwischen akademischen Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen. Sie sind in vielen herausragenden Forschungsfeldern eine notwendige Voraussetzung für Innovation. Hier finden wir im deutschen Wissenschaftssystem eher Abgrenzungen und das vorherrschende Reputationssystem belohnt solche Übergänge nicht, im Gegenteil: Für Grundlagenforscher/innen sind Ausflüge in die Anwendungsorientierung oder Produktentwicklung eher schädlich für ihre wissenschaftliche Karriere. Und die Anreiz- und Bewertungsinstrumente wie beispielsweise institutionelle Evaluationen bestätigen dies.

„Eine weitere Profilschärfung scheint derzeit besonders bei der HGF und der WGL angeraten.“

Als entscheidendes Instrument wird die Etablierung und Entwicklung von thematisch fokussierten Forschungsverbänden empfohlen. Unabhängig davon, ob dies tatsächlich zu einer stärkeren Profilbildung beitragen kann, orientiert die Empfehlung auf (Grundlagen-)Forschung, die hohe Anerkennung im Wissenschaftssystem genießt, birgt aber das Problem einer thematischen und strukturellen Engführung in sich. Die dagegen auf das gesamte System bezogene Forderung des Wissenschaftsrats, institutionelle Profile auch in Bezug auf Lehre, Transfer und Infrastrukturen zu stärken, benötigt entsprechende Anerkennungsstrukturen. Denn Untersuchungen von Profilbildungsprozessen von Hochschulen im Rahmen der Exzellenzinitiative zeigen, dass statt Vielfalt im Prinzip eher eine Angleichung unter ihnen stattfindet. Profilbildung verengt sich auf (Grundlagen-)Forschung. In der Regel werden (interdisziplinäre) Forschungscluster oder -zentren in den Universitäten als Metastruktur zu den Fakultäten etabliert (Simon 2014; Rogge et al. 2013) – denn diese Strategie wird durch das Reputationssystem belohnt.

In diesem Zusammenhang fällt auf, dass die Besonderheiten von außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Vergleich zu den Hochschulen, nämlich in der Regel interdisziplinär forschen und Forschungsprogramme zumindest mittelfristig anlegen zu können, im Zusammenhang mit Profilbildung wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dies ist umso erstaunlicher, bieten sie doch zumindest bessere Voraussetzungen für eine entsprechende Governancestruktur.

Insgesamt scheint nach der Lektüre der Empfehlungen des Wissenschaftsrats die außeruniversitäre Forschung ihren Platz im Wissenschaftssystem gefunden zu haben und ihr Beitrag zur Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems wird gewürdigt. Entscheidende Probleme seiner Innovationsfähigkeit scheinen dagegen offensichtlich nicht so dringlich, dass sie auf die Agenda gesetzt werden müssen.

Literatur

Braun-Thürmann, Holger (2005): Innovation. Bielefeld: Transcript-Verlag.

Heinze, Thomas & Nathalie Arnold (2008): Governanceregimes im Wandel. Eine Analyse des außeruniversitären, staatlich finanzierten Forschungssektors in Deutschland. In: KZfSS 60, S. 678–722.

Hohn, Hans-Willy (2010): Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. In: Simon, Dagmar, Hornbostel, Stefan & Andreas Knie: Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 457–477.

Internationale Kommission (1999): Forschungsförderung in Deutschland. Bericht der Internationalen Kommission zur Systemevaluation der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft. Hannover: VolkswagenStiftung.

Krull, Wilhelm (Hg.) (2005): Eckpunkte eines zukunftsfähigen deutschen Wissenschaftssystems. Zwölf Eckpunkte. Herausgegeben im Auftrag einer Kommission ausgewiesener Persönlichkeiten des deutschen Hochschulsystems. Hannover 2005, 31 Seiten.

Rogge, Jan-Christoph, Flink, Tim, Roßmann, Simon & Dagmar Simon (2013): Auf Profilsuche. Grenzen einer ausdifferenzierten Hochschullandschaft. In: Die Hochschule – Journal für Wissenschaft und Bildung, H. 2, S. 69–85.

Sondermann, Michael, Simon, Dagmar, Scholz, Anne-Marie & Stefan Hornbostel (2008): Die Exzellenzinitiative; Beobachtungen aus der Implementierungsphase. iFQ-Working Paper, Nr. 5, 169 Seiten.

Simon, Dagmar (2014): Wie viel Innovation erlaubt das deutsche Wissenschaftssystem? In: Jostmeier, Milena, Georg, Arno & Heike Jacobsen (Hg.): Sozialen Wandel gestalten. Zum gesellschaftlichen Innovationspotenzial von Arbeits- und Organisationsforschung; Dortmund Beiträge zur Sozialforschung, Springer VS, S. 33–44.

Wissenschaftsrat (2013): Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems. Drs 3228-2013, Braunschweig.

Hans Meyer

Die Perspektiven des Bundes und die anstehende Föderalismusreform

Meine Damen und Herren, ich könnte den kleinen Vortrag mit dem Satz beginnen und zugleich beenden: Es wird keine Föderalismusreform geben.

1. Was es geben wird, ist eine Reform der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern, die Auswirkung auch auf die föderale Struktur des Systems haben wird – und auf die Wissenschaft. Die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern müssen nämlich neu geregelt werden, weil 2019/2020 eine Reihe von finanzverteilenden Grundgesetzbestimmungen und Gesetzen sowie von Finanzierungsinstrumenten ausläuft, welche die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern wesentlich berühren. Zusätzlich greift die rabiate Schuldensperre in den Ländern. Sie droht, vor allem den Hochschulbereich zu betreffen, da relevante Einsparpotenziale im Schul- und Polizeisektor, den beiden anderen personalintensiven Sachgebieten der Länder, schwerlich erreichbar sind.

2. Um die Perspektive des Bundes im Komplex „Wissenschaft und Finanzen“ zu verstehen, muss man sich des Systems der Finanzverteilung im Bundesstaat vergewissern. Die Erträge der beiden weitaus größten Steuern, der Umsatz- und der Einkommensteuer, wird zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt. Bei der Einkommensteuer ist die Aufteilung zwischen Bund und Ländern hälftig. Die Quote ist durch die Verfassung festgelegt; das örtliche Aufkommen entscheidet. Die Verteilung des Umsatzsteuerertrages zwischen Bund und Länder wird dagegen durch einfaches Bundesgesetz vorgenommen. Wegen der leichteren Abänderbarkeit sollte sie als Puffer für relevante Änderungen in der Aufgabenbelastung dienen. Für die Verteilung maßgebend ist nicht wie bei der Einkommensteuer das örtliche Aufkommen, sondern die Kopfzahl, also ein Bedarfsgesichtspunkt. Das hat zwischen den Ländern eine auch von den starken Ländern nicht thematisierte ausgleichende Wirkung, weil der Umsatz pro Kopf in starken Ländern höher sein wird als in schwachen. Für die Verteilung werden die Köpfe aber gleich gewichtet.

3. Die Länder können das Aufkommen beider Steuern nicht durch Landesgesetz verändern. Die Relation zwischen Bund und Ländergesamtheit könnte aber bei der Umsatzsteuer durch einfaches Bundesgesetz geändert werden.

4. Seit einiger Zeit ist die Staatspraxis dazu übergegangen, nicht mehr den Prozentsatz zwischen Bund und Ländern zu ändern, sondern *vor* der Verteilung nach den Prozenten eine bestimmte Summe vom Gesamtaufkommen zugunsten der Länder abziehen. Der Verteilungskampf um die Prozentzahlen wird vermieden, vermutlich weil er mit der Anerkennung von Gründen für Ansprüche zu tun hat. Bund und Länder haben nämlich „gleichmäßig Anspruch auf Deckung ihrer notwendigen Ausgaben“ (Art. 106 Abs. 3 Satz 4 Nr. 1 GG). Die Gründe für die Vorwegzuteilungen werden regelmäßig genannt, ohne dass damit eine Verpflichtung der Länder begründet würde, die Summe für den genannten Zweck zu verwenden. Eine Zweckbindung, gegen die sich die Länder immer wehren, tritt damit nicht ein.

5. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass ebenso verfahren wird, wenn der Bund gemäß dem Koalitionsvertrag den Ländern „in den nächsten vier Jahren“ mehr Geld zur Grundfinanzierung ihrer Hochschulen zur Verfügung stellen wird. Dass dies entgegen dem Anschein, den die Formulierungen des Art. 91b GG erwecken, vertretbar wäre, ist in Heft 2 von „Wissenschaftspolitik im Dialog“ unter entstehungsgeschichtlichen wie systematischen Gesichtspunkten begründet worden. Der jetzt schon debattierte Weg über einen Finanztransfer qua DFG, z. B. durch Erhöhung der Allgemeinkosten bei Bewilligung von Forschungsgeldern, kann die Zusage des Koalitionsvertrages nicht einlösen, da sie ausschließlich an Forschung und der Bewertung der Hochschulleistung nur auf diesem Gebiet anknüpft, die Hochschulen aber auszeichnet, dass sie gerade auch Lehre betreiben. Und möglicherweise geben forschungsschwache Hochschulen manchmal eher Anlass zur Unterstützung als solche, die kraft ihrer Forschungsleistung hinreichende Zusatzmittel einwerben können.

6. All das wäre Anlass genug, über unsere föderale Struktur nachzudenken. Die Interessen von Bund und Ländergesamtheit, von finanzstarken Ländern und finanzschwachen Ländern sind aber so divergent, dass schon der Versuch einer konzeptionellen Lösung der Probleme aus Angst vor möglichen Folgen vermieden wird.

7. Schon bei der Detailfrage des neu zu regelnden Länderfinanzausgleichs zeigt sich das Schema des Vorgehens: Landesparlamente und Wissenschaft bleiben außen vor. Es ist eine Agenda der Ministerpräsidenten, zurzeit unter Leitung eines wieder maßvoll finanzstarken Landes, nämlich Hamburg. Auf Bundesseite ist der Ansprechpartner der Bundesfinanzminister. Zwei finanzstarke Länder versuchen zurzeit in dem Tauziehen zwischen starken und schwachen Ländern das Bundesverfassungsgericht auf ihre Seite zu ziehen. Das ist nicht ohne Risiko. Nach geltendem Recht wird nämlich ihre Finanzstärke zu ihren Gunsten fehlerhaft berechnet. Die Einnahmen der Gemeinden eines Landes werden nämlich nur mit 64 % berechnet. Da die Gemeinden finanzstarker Länder in aller Regel finanzstärker sind als die Gemeinden finanzschwacher Länder bedeutet das, dass die finanzstarken Länder ärmer gerechnet werden als sie sind. Es geht dabei durchaus um bedeutende Summen. Von einer übermäßigen Nivellierung der Einnahmen durch den Länderfinanzausgleich kann man also nur sprechen, wenn man dieses Faktum vergisst.

8. Der Koalitionsvertrag schweigt zum Thema, obwohl das Finanzausgleichsgesetz ein Bundesgesetz ist. Der Bund ist Mitspieler aber nicht nur als Gesetzgeber sondern auch als Interessent, da in dem Gesetz auch die Bundesergänzungszuweisungen des Bundes an die Länder festgelegt werden. Die Karten wurden nicht offen gelegt, obwohl oder weil die Koalitionsverhandlungen ungewöhnlich stark mit prominenten Landespolitikern bestückt waren.

9. In der Sache geht der Trend von den Ausgleichsleistungen der starken Länder zu Ergänzungszuweisungen des Bundes an die schwachen Länder. Im letzten Jahr dürfte das Verhältnis pari gewesen sein, obwohl die Bundesergänzungszuweisungen nach der Verfassung die Ausnahme sein sollen.

10. Die Perspektive des Bundes im Wissenschaftsbereich, von dem der Titel spricht, bezieht sich vor allem auf die Gemeinschaftsaufgaben. Das Prinzip ist: Der Bund gibt kein Geld, ohne Einfluss in der Sache zu nehmen. Das in Art. 91b GG angesprochene „Zusammenwirken“ bezieht sich nicht nur auf die Finanzierung. Daher ist das Verhalten des Bundes legitim.

11. Soweit es um die Gemeinschaftsaufgaben des Art. 91b GG geht, hängt das Maß der Einflussnahme vom Gestaltungswillen des zuständigen Ministeriums, dem BMBF, ab. Das Ministerium ist neben dem Verkehrsministerium

das Ressort mit dem höchsten jedenfalls theoretisch „frei“ verfügbaren Etat. Gleichwohl schaffen erst die Etatzuwächse wirklich freie Hand.

12. Man kann vielleicht den Einfluss in einen genuin politischen, also strategische Überlegungen einbeziehenden, und einen bürokratischen, eher auf Detailsteuerung zielenden und dem Tagesgeschäft verhafteten unterscheiden. In beiden Fällen gibt es auf Seiten der Forschungsorganisationen die Möglichkeit von Strategien der Gegenwehr; das größte Arsenal liegt in der intimeren Sachkenntnis des Forschungsfeldes. Im Übrigen ist der Einfluss vor allem der größeren Forschungsorganisationen auf das Ministerium nicht zu unterschätzen.

13. Darf ich am Schluss die vorher berichtete Klage einer Journalistin der FAZ über die mangelnde Inspiriertheit des Koalitionsvertrages zum Anlass nehmen darauf hinzuweisen, dass Koalitionsverträge eher Waffenstillstandsabkommen für möglichst vier Jahre ähneln, sie der Unterbringung der wichtigsten politischen Stichworte jeder Seite dienen, als Vorwand für einen Bruch der Koalition herhalten müssen, wenn eine Seite wichtige Zusagen nicht einhält, und im Zeitablauf zunehmend an Bedeutung verlieren. Für Inspiration ist da wenig Platz. Aber Akademien, vor allem die Berliner, sind bestens geeignet zu Inspirationen, weil sie im System der wissenschaftlichen Institutionen den geringsten Anteil an den zu verteilenden Geldern erhalten. Und es ist nicht zu verkennen, dass Politik der Inspirationen bedarf.

Diskussion

MICHAEL ZÜRN Danke, Herr Meyer, das war ein Aufruf für eine inspirierende und inspirierte Diskussion guter Ideen. Wir haben dies zu leisten, nicht die Politik. Dank auch an die beiden anderen Vortragenden. The floor is open. Herr Münch.

RICHARD MÜNCH Ich möchte gerne das Thema funktionale Differenzierung, das Frau Simon eingebracht hat, kurz aufgreifen. Mit diesem Prinzip soll sich in einem evolutionären Prozess die Differenzierung nach Profilen und Rang herausbilden. Wenn man die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zu den Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems vom Juli 2013 liest, gewinnt man den Eindruck, dass die Verfasser annehmen, dass aus einem natürlichen Selektionsprozess gewissermaßen eine Entwicklung hervorgeht, die auch das Vernünftige zum Wirklichen macht. Jetzt wissen wir aber doch, dass es entscheidend auf die Selektionsfaktoren ankommt. Und wie Frau Simon schon gesagt hat, sind diese insbesondere gegenwärtig einseitig auf Forschung ausgerichtet. Also werden alle versuchen, in dieser Richtung zu punkten, während die Lehre verdrängt wird. Was aber passieren könnte, wäre beispielsweise, dass sich diese Differenzierung über die Stufenfolge von Bachelor-, Master- und Promotionsstudiengängen ergibt, gewissermaßen danach, wer es schafft, über Bachelorstudiengänge hinaus auch Master- und Promotionsstudiengänge anzubieten. Dagegen wirkt aber, wie wir den Bologna-Prozess umgesetzt haben. Wir haben halt den Bachelor auf drei Jahre festgelegt. Besser wäre es gewesen, nach einem vierjährigen Bachelor eine Grenze zu ziehen, die haben wir aber nicht. Wenn eben fast alle Bachelor-Absolventen in den Master wollen, dann entsteht eine Verquickung des alten mit dem neuen System, ohne dass diese Differenzierung über diesen Prozess stattfinden kann, also zwischen mehr lehrorientiert – das wären gewissermaßen Colleges nach amerikanischem Muster – und forschungsorientiert, wo man auch ein Undergraduate Studium haben kann, aber genügend Ressourcen

vorhanden sind, um ein Masterprogramm und ein Promotionsprogramm zu installieren.

LOTHAR WILLMITZER Ich möchte einen Vorschlag machen. Leider ist die Idee nicht von mir. Also wenn ich richtig zugehört habe, dann haben wir doch eine ganze Reihe von Problemen. Das eine besteht natürlich bei der Exzellenzinitiative, bei der sowohl Forschung als auch Lehre bewertet und positiv bewertet werden sollte. Dann wollen wir Exzellenz kreieren. Dann haben wir diese vielen Gremien, wir wissen nicht ganz genau, wie wir entscheiden sollen, diese vielen Bücher, die vielen Papiere usw. Was wäre denn mit folgendem Vorschlag? Wir nehmen einen Teil des Geldes der Exzellenzinitiative und geben es den 15 % der besten Abiturienten. Die erhalten es natürlich nicht für ihre private Tasche, sondern sie nehmen es und suchen sich eine Hochschule aus. Und wenn wir daran glauben, dass junge Leute gut sind und schlaue Kriterien haben, vielleicht sehr individuelle und breite Kriterien haben, dann könnten wir vielleicht vieles sparen: Den sehr komplizierten Entscheidungsprozess, wo ja viele unterschiedliche Interessen und offensichtlich nicht nur die Exzellenz eine Rolle spielen. Wir hätten Lehre und Forschung, wenn wir mal davon ausgehen, dass junge Leute klug genug sind, beides zu sehen oder eben auch unterschiedlich zu gewichten. Wir hätten eine Differenzierung, weil wir davon ausgehen können, dass die Abiturienten unterschiedliche Interessen haben werden. Also ich fand diese Idee einen bestechenden Vorschlag. Man muss es ja nicht gleich auf die gesamten Mittel anwenden, man könnte ja zunächst klein beginnen.

MICHAEL ZÜRN Wenn ich Herrn Menke richtig verstanden habe, hätte er die Befürchtung, dass dieses Geld nicht deutschen Universitäten zugute käme. Herr Stock, bitte.

GÜNTER STOCK Ich würde mich gern einem scheinbaren Randthema der Debatte zuwenden, was Frau Simon aufgeworfen hat, nämlich der Ressortforschung und ich tue das aus drei Gründen. Erstens: Ressortforschung ist nicht gleich Ressortforschung. Es gibt dort „verlängerte Werkbänke“, die gebildet wurden, als es darum ging, die Bürokratien in den Ministerien abzubauen. Daneben gibt es aber richtige Hybride und an dritter Stelle gibt es ganz ausgezeichnete exzellente Forschungsinstitute. Das ist das Erste. Wenn wir über Ressortforschung sprechen, müssen wir wirklich differenzieren, sonst

laufen wir fehl. Der zweite Grund, warum ich den Punkt machen möchte, ist die Aussage in der Koalitionsvereinbarung, die Ressortforschung zu stärken. Ich halte dieses für relativ bedrohlich, und zwar aus meinem dritten Grund. Ressortforschung, Frau Simon, ist nicht zur Politikberatung gedacht. Ressortforschung ist eigentlich gedacht, um gesetzgeberisches Handeln zu unterstützen, wissenschaftlich zu unterstützen. Ich würde nicht zulassen wollen, dass die Politikberatung in eigens dafür abhängig gestalteten Ressortforschungsinstituten stattfindet. Politikberatung ist eine Aufgabe des Wissenschaftssystems und hier eine vornehme Aufgabe der Akademien. Wenn wir es also zulassen, dass Politikberatung im abhängigen Verhältnis disziplinar organisiert wird, dann ist dies das Ende der wissenschaftlichen Politikberatung, so wie wir sie hier in Europa zu definieren haben, eben weil es dort erstens keine wirkliche Autonomie gibt. Ich habe die erste Runde der Ressortforschungsbegutachtung geleitet, ich weiß ziemlich genau, wovon ich spreche. Und zweitens, weil die Qualitätskontrolle in diesen Instituten leider nicht vereinheitlicht durchgeführt wird, sondern in jedem Institut nach eigener Definition. Das klappt manchmal sehr gut und manchmal eben nicht so gut. Deshalb wäre ich sehr zurückhaltend mit der Zuweisung von wissenschaftlicher Politikberatung an Ressortforschung. Genau das ist der Anspruch, mit dem sie auftreten, aber den gewähren wir ihnen nicht, schon gar nicht pauschal.

MICHAEL ZÜRN Dankeschön. Herr Kocka, bitte.

JÜRGEN KOCKA Sowohl Herr Stock wie Herr Meyer haben kurz die Akademien erwähnt. Ich habe eine Frage an die Arbeitsgruppe, vielleicht an Stephan Leibfried: Inwieweit hat sich die Exzellenzinitiative auf die Akademien ausgewirkt? Wir reden innerhalb der Akademie über die Wirkungen der Exzellenzinitiative auf das Wissenschaftssystem heute und in Zukunft. Hat dieses wichtige Phänomen der Reform des Universitätssystems, die aber auch auf die außeruniversitäre Forschung einwirkt, nichts für die Akademien bedeutet, wie es jetzt in dem Bericht erscheint? Sollte sie etwas bedeuten? Sollte die Arbeitsgruppe, die eine Arbeitsgruppe der Akademie ist, nicht das Spektrum ihrer Gegenstände so fassen, dass die Akademien darin vorkommen?

MICHAEL ZÜRN Stephan Leibfried wurde direkt angesprochen, dann Frau Simon, bitte.

STEPHAN LEIBFRIED Also, erstens, haben wir diese Frage bisher nicht betrachtet. Zweitens, außer in den Langfristvorhaben – wo ich aber vermute, dass nur wenige Einflüsse, etwa bei TOPOI, vorhanden sind –, könnte es eigentlich keine Einflüsse geben. Und drittens weiß ich nicht, ob wir so gut beraten sind, das „nicht beeinflussen“ oder das vielleicht doch „am Rande beeinflussen“ systematisch zum Thema zu machen, denn bisher haben wir in diesen Themen nie pro domo, sondern als Neutraler, gesprochen. Wir müssten dann anfangen, pro domo zu sprechen und das wäre vielleicht ein Grund, nicht genauer hinzuschauen, aber es wäre jedenfalls ein Grund, nicht sehr laut darüber zu reden, wenn man doch genauer hinschaut.

MICHAEL ZÜRN Herr Stock, direkt dazu?

GÜNTER STOCK Man kann sagen, es hat keinen direkten Einfluss gegeben. Man kann aber auch sagen, dass der Zeitgeist sich langsam dreht. Es gibt eine aktuelle Begutachtung der Münchner Akademie, in der diese als reine Gelehrtenengesellschaft kritisiert wurde. Was dort im Gutachten gefordert wurde war eine Hinwendung zum interdisziplinären Dialog und zur Forschungsakademie. Des weiteren bin ich der festen Meinung, dass die Akademien durch die Exzellenzinitiative durchaus gewonnen haben, allerdings nur einige – die BBAW auf jeden Fall. Sie hat durch die Teilnahme und die Öffnung für TOPOI hier in einer Weise mitgestaltet, die beispielgebend für die Republik sein kann. Von daher würde ich sagen – das ist ein bescheidener zweiter Teil meiner Antwort, aber ich würde ihn nicht klein reden –, wir haben eine große Verantwortung. Durch das Akademienprogramm sind wir als Akademien eine Kraft. Wenn wir so etwas wie Cluster im geisteswissenschaftlichen Bereich haben – und wir werden sie mehr haben als heute – werden wir ohne Akademien nicht auskommen.

CHRISTOPH MARKSCHIES Wenn ich noch kurz ergänzen darf, so zeigt die Beteiligung der BBAW an TOPOI auch eine Dynamik in den Akademienvorhaben an, nämlich von der ganz klassischen Produktion von Editionen in in edlem Leinen eingebundenen Bänden zu einer Ausweitung, in der das schlichte editorische Geschäft nur ein Teil einer Vernetzung und einer Nutzung des Ganzen in größeren Netzwerkzusammenhängen ist. Es wird also dadurch eine bestimmte Entwicklung befördert, die zu einer besseren Anschlussfähigkeit des Akademienprogramms an andere Teile des Wissenschaftssystems

führt. Man sieht dies auch an der jetzt anstehenden Weiterentwicklung in den Strukturen – Stichwort Berliner Antik-Kolleg –, bei dem die Akademie als Vermittlungsinstanz eine große Rolle spielt.

MICHAEL ZÜRN Frau Simon, Sie waren indirekt zweimal angesprochen.

DAGMAR SIMON Ich wollte noch gern kurz auf Herrn Stock reagieren. Also es ist völlig richtig, dass es eigentlich schon schwierig ist, angesichts des starken Ausdifferenzierungsprozesses, der stattgefunden hat, tatsächlich noch von *der* Ressortforschung zu sprechen und das hat die Evaluation des Wissenschaftsrats sehr schön deutlich gemacht. Aber Ihr entscheidender Punkt war ja die Frage der Politikberatung. Mir ging es auch gar nicht darum, der Ressortforschung die Politikberatung zuzuweisen. Vielleicht ist der Begriff dazu auch ein Stück weit zu allgemein. Aber wenn man sich einmal die Aufgaben oder das Aufgabenportfolio dieser Art von Ressortforschungseinrichtungen anschaut, ist natürlich eine Beratung auf Grundlage etwa von Studien ihrer jeweiligen Ressorts eins der entscheidenden Aufgaben dieser Einrichtungen.

MICHAEL ZÜRN Dankeschön. Herr Mittelstraß, bitte.

JÜRGEN MITTELSTRASS Wenn ich die Aufgabe der Arbeitsgruppe Exzellenzinitiative weiter sehe, nämlich in dem Sinne, dass eine Akademie in grundsätzlicher Weise über das Wissenschaftssystem und dessen Entwicklung nachdenkt, dann habe ich den Eindruck, dass wir schrecklich brav geworden sind – genauso wie das System selbst. Sieht man sich die Empfehlung des Wissenschaftsrates an, liest man das Koalitionspapier, dann ist der Tenor eigentlich der: „was ist, ist gut“ – eine schöne Hegelsche, aber eben auch sehr unambitionierte These. Dabei wissen wir doch alle: Leibniz war eine Verlegenheitslösung; mittlerweile sieht es dagegen so aus, als ob hier der absolute Geist gesprochen hätte. Großforschungseinrichtungen sollten sterblich sein; sie hatten eine gesellschaftliche Aufgabe, wissenschaftlich formuliert. Wenn die gelöst war, sollten sie aufgelöst werden. Diese Chance hat es mit Karlsruhe und Jülich gegeben; die Kernforschungsaufgabe war erledigt; die Chance zur Schließung wurde aber nicht genutzt. Die Universitäten, im Unterschied zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen immer noch erheblich unterfinanziert, stimmen rhetorisch in dieses Lied ein. Sie bezeichnen sich als Kern eines Wissenschaftssystems, was sie aber längst nicht mehr sind.

Sind all dies nicht eigentlich Themen, die man wahrnehmen sollte? Auch in einer analysierenden und beratenden Tätigkeit? Dass sie nicht wahrgenommen werden, hat wohl seinen Grund darin, dass wir alle nicht nur brav geworden sind, sondern auch noch resigniert haben. Mit gewichtigen Gründen? Oder anders gesagt: Sind wir blauäugig, wenn wir meinen, wir könnten an dem System etwas ändern? Dass die Zukunft dieses Systems gerade nicht seine Gegenwart ist? Wenn das wahr wäre, dann frage ich mich, warum wir uns überhaupt dieser analysierenden Aufgabe unterziehen. Am Ende auch nur in den Chor einzustimmen „was ist, ist gut“, wäre mir zu wenig. Die Bemerkung unseres Präsidenten, dass die Akademien der Ort sind oder sein könnten – und vielleicht dann in erster Linie tatsächlich unsere Akademie, weil sie sich bisher immer so verstanden hat –, diese Analyse und vielleicht auch eine Empfehlungsaufgabe wahrzunehmen, wäre doch der eigentliche Punkt, über den wir reden sollten. Es mag wichtig sein, in welcher Weise die Exzellenzinitiative weitergeführt werden soll oder auch wieder nicht. Aber das sind Details, nichts anderes. Und vergessen wir nicht, auch die Exzellenzinitiative war eine Initiative, die sich dem Bestehenden eng angeschmiegt hat. Sie war kein Hebel, um ein System zu verändern; sie hat es sogar in einem gewissen Sinne stabilisiert. Das sind die eigentlichen Fragen, über die wir reden sollten.

MICHAEL ZÜRN Dankeschön. Das war ein letzter Beitrag, der sicherlich nicht ohne Widerspruch bleiben wird. Aber er verweist im Kern auf eine Einschätzung, die in diesem Raum heute weitgehend geteilt zu werden scheint.

Die Klage über die Uninspiriertheit – um den Begriff noch einmal aufzugreifen – nicht nur der Koalitionsverhandlungen, sondern auch der jüngeren Gutachten von anderen Einrichtungen. Wir sind Teil einer Diskussion, die tatsächlich im Moment daran zu leiden scheint, dass wir keine klaren Vorstellungen davon haben, wo es eigentlich mit diesem System hingehen soll – vor allem dann, wenn wir von der Maßnahmenebene auf die Ebene des gesamten Wissenschaftssystems gehen. Die Forderungen, die formuliert worden sind, dass Wissenschaftspolitik doch bitteschön auf der Grundlage von guten empirischen Fundierungen erfolgen sollte, wird sicherlich Unterstützung finden. Sie setzt aber voraus, dass über die Ziele, die mit Reformen zu erreichen sind, im Grunde genommen Einigkeit besteht. Die Diskussion über Zielkonflikte – die ja auch Mitchell Ash angesprochen hat – ist wahrscheinlich eine, der man sich intensiver stellen sollte. Wer beispielsweise noch mehr Exzellenz will, wer noch

spezifischer forschen möchte, wird möglicherweise nicht gleichzeitig die Qualität der Lehre befördern können – zumindest in manchen Disziplinen könnte ein solcher Zielkonflikt bestehen. Wer die Quote der Hochschulabsolventen in Deutschland auf das von der OECD geforderte Level heben möchte, wird möglicherweise nicht mehr die Mittel zur Verfügung haben, um international hochattraktive Studienorte anzubieten. Kurz und gut: Es erscheint mir zunehmend notwendig, dass wir uns verstärkt der Diskussion der Ziele zuwenden, um dann bestimmte Vorentscheidungen darüber zu treffen, was eigentlich erreicht werden müsste. Erst mit einer halbwegs klaren Zielorientierung kann eine empirisch informierte Diskussion über zielführende Maßnahmen stattfinden.

Dennoch scheint es erstaunlicherweise auf der Ebene der Maßnahmen ein hohes Maß an Übereinstimmungen zu geben – sowohl in der jetzigen Diskussion als auch bei verschiedenen Empfehlungen. Es ist es vielleicht wert, diesen leisen Konsens festzuhalten, ganz gleich ob er auf unausgesprochenen, aber doch geteilten Zielorientierungen beruht oder eher Ausdruck einer allgemeinen Uninspiriertheit ist. Erstens: Es darf und es sollte kein abruptes Ende der Exzellenzinitiative geben. Zweitens: Der Bund muss finanziell mehr für die Hochschulen tun. Drittens: Die Universitäten und die Außeruniversitären sollen enger miteinander verzahnt werden oder sich selbst enger miteinander verzahnen. Viertens: Die Lehre muss verbessert werden. Und fünftens muss die Flaschenhalsproblematik der Ausweitung von befristeten Arbeitsverträgen bei relativ konstant bleibenden dauerhaften Stellen angegangen werden.

Daneben gibt es aber auch einige Differenzen, die zunehmen, je konkreter die Maßnahmen diskutiert werden. So taucht beispielsweise immer wieder die Frage auf, welche Rolle eigentlich die DFG spielt, welche Rolle die DFG spielen soll. Wünschen wir uns sie als „Oberwissenschaftsorganisation“, die nicht nur Projektförderung macht, sondern auch über Strukturmaßnahmen entscheidet? In welchem Maße soll das Wettbewerbsprinzip weitergeführt werden, oder wollen wir Risiko und Unikate? Risiko und Unikate sind beides keine Dinge, die so ohne weiteres dem Wettbewerbsprinzip unterworfen werden können – zumindest dann nicht, wenn der Wettbewerb über Indikatoren hergestellt wird. Wie soll die Zusammenarbeit zwischen den Außeruniversitären und den Universitären funktionieren? Soll diese gewissermaßen unter Hegemonie der Hochschulen stattfinden, oder neutral in Form von gemeinsamen Aufgaben und Clustern? Die Diskussion heute hat, glaube ich, darüber hinaus auch ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass die Ressortfor-

schung, welche lange Zeit nicht ausreichend bedacht worden ist, zunehmend wichtiger wird. Und wenn es um die Gesamtverteilung der berühmten 10 Mrd. Euro in den nächsten vier Jahren geht, dann wird mit Sicherheit die Ressortforschung eine Größe sein, die es zu berücksichtigen gilt. Vor diesem Hintergrund denke ich, sollten wir als IAG „Exzellenzinitiative“ als Auftrag mitnehmen, bei der nächsten Gelegenheit in diesem Kreise diese Probleme anzugehen, noch inspirierter zu sein, und vielleicht mit noch grundlegenden Überlegungen und Hinterfragungen aufzuwarten.

Mit diesen Worten möchte ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und natürlich ganz herzlich auch für die Vorträge bedanken. Wir haben es einigermaßen pünktlich geschafft. Dankeschön.

ZWEITER TEIL

Wissenschaftliche Sitzung der Versammlung der Akademiemitglieder
am 27. Juni 2014

Michael Zürn

Einführung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute ist erneut das Thema der Wissenschaftspolitik Gegenstand der Debatte. Lassen Sie mich mit einer Erinnerung beginnen. Es ist inzwischen genau 20 Jahre her: Die Universitäten in den neuen Bundesländern werden mit wenigen Ausnahmen 1:1 dem bundesrepublikanischen Modell nachgebildet; und die Feuilletons sind voll mit Beiträgen, die die Unreformierbarkeit des Wissenschaftssystems und der Universitäten beklagen und sie als endgültig bewiesen ansehen. Heute wage ich die Aussage: Es haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten nur wenige Sektoren in Deutschland in einem solch atemberaubenden Tempo gewandelt wie das deutsche Wissenschaftssystem. Vergleichen Sie es zum Beispiel mit der damals gleichfalls als besonders reformbedürftig angesehenen Organisation des Wohlfahrtsstaates. All die Änderungen, die sich dort ergeben haben, sind im Vergleich zur Wissenschaft schneckenhaft.

Ich sage das zum Einstieg in unsere heutige Debatte, weil die wissenschaftliche Sitzung der Versammlung der Akademiemitglieder zum Thema „Nach der Exzellenzinitiative – Zukunft des Wissenschaftssystems“ im November 2013 – vor allem unter dem Eindruck der sich gerade dem Ende zuneigenden Koalitionsverhandlungen – durch die Klage über die Visionslosigkeit und die Uninspiriertheit der Politik geprägt war. In dieser Debatte wurden die Zwischenergebnisse der IAG „Exzellenzinitiative“ vorgestellt und diskutiert. 12 Thesen zur Lage des Wissenschaftssystems wurden vom Sprecher der IAG, Stephan Leibfried, vorgestellt und die zentralen Leitbegriffe der Entwicklung des Wissenschaftssystems hat Peter Gaethgens entfaltet. Spezifischer ging es dann um die Frage der Föderalismusreform (Hans Meyer) und um ein kostenneutrales Entfristungsmodell für den wissenschaftlichen Nachwuchs (Cornelis Menke). Auch die je eigenen Sichtweisen der Universitäten und der Außenuniversitäten wurden diskutiert (Mitchell Ash, Dagmar Simon).

Die Diskussion brachte einige konkrete Ergebnisse:

1. Es darf und es sollte kein abruptes Ende der Exzellenzinitiative geben.
2. Der Bund muss finanziell mehr für die Hochschulen tun.
3. Die Universitäten und die Außeruniversitären sollen sich selbst enger miteinander verzahnen oder enger miteinander verzahnt werden.
4. Die Lehre muss verbessert werden.
5. Die Flaschenhalsproblematik der Ausweitung befristeter Arbeitsverträge bei relativ konstant bleibenden dauerhaften Stellen muss angegangen werden.

Dissens tauchte vor allem dann auf, wenn es darum ging, diese Ziele zu gewichten und zu priorisieren und natürlich wenn es um die Übersetzung in konkrete Maßnahmen ging. Dementsprechend wurde beklagt, dass es keine übergreifende Strategie gäbe, die sich – so die Einschätzung im November 2013 – in den uninspirierten Ausführungen im Koalitionsvertrag zeige. Nur Hans Meyer wies darauf hin: Wer Inspirierendes lesen möchte, der solle grundsätzlich zu etwas Anderem als zu Koalitionsverträgen greifen.

Inzwischen wissen wir alle mehr. Die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag vom 16. Dezember 2013 zur 18. Legislaturperiode sahen eine Entlastung der Länder in Höhe von 6 Mrd. Euro in der laufenden Legislaturperiode vor, damit sie Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen besser finanzieren können. 3 Mrd. Euro waren für den Hochschulpakt, den Pakt für Forschung und Innovation – also die außeruniversitären Forschungseinrichtungen – und die Exzellenzinitiative veranschlagt.

Es folgte ein monatelanger Streit zwischen den Koalitionsparteien über die Verteilung dieser Mittel. Die meisten Länder drängten auf eine Vergabe des Geldes ohne Zweckbindung, die Bundesregierung hingegen machte deutlich, es werde keine Blankoschecks geben.

Der Kompromiss sieht nun folgende Maßnahmen für den Wissenschaftsbereich vor:

1. Der Bund finanziert außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, den Hochschulpakt, den Pakt für Forschung und Innovation und die laufende Exzellenzinitiative weiter. Dafür werden ca. 3 Mrd. Euro eingesetzt.
2. Der Bund übernimmt die Finanzierung des BAföG vollständig und auf Dauer ab dem 1. Januar 2015. Die Entlastungswirkung für die Länder beträgt auf Dauer 1,17 Mrd. Euro (brutto) pro Jahr. Die Länder werden freiwerdende Mittel zur Finanzierung von Bildungsausgaben im Bereich Hochschule und Schule verwenden, ohne dass da irgendwelche Proportionen festgelegt worden wären.
3. Der Bund soll zukünftig auch die Möglichkeit erhalten, Hochschulen direkt zu fördern. Dazu ist vorgeschlagen worden, Artikel 91b, Absatz 1 GG wie folgt neu zu fassen: „(1) Bund und Länder können auf Grund von Vereinbarungen in Fällen *überregionaler* Bedeutung bei der Förderung von Forschung und Lehre zusammenwirken. Mit Ausnahme der Förderung von Forschungsbauten, einschließlich Großgeräten, bedürfen die Vereinbarungen der Zustimmung *aller* Länder.“

Im Ergebnis heißt das:

1. Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben Planungssicherheit. Den Aufwuchs von nun jährlich 3 % für 5 Jahre für die außeruniversitäre Forschung finanziert der Bund in Zukunft allein.
2. Die Exzellenzinitiative wird bis 2017 fortgeführt, was danach passiert ist offen und dürfte sich mit dem Ergebnis der Evaluation Anfang 2016 vermischen, dürfte also erst in der erste Hälfte 2016 entschieden werden.
3. Die Hochschulen sind davon abhängig, dass die Länder die eingesparten BAföG-Mittel auch tatsächlich den Hochschulen zukommen lassen.

Ob man sich darauf verlassen kann, dass das Geld in den Hochschulen landet, ist weniger klar. Zwei Zitate verdeutlichen dies:

Wolfgang Schäuble (CDU): „Länder können juristisch nicht gezwungen werden, das Geld tatsächlich in Schulen und Hochschulen zu investieren.“

Olaf Scholz (SPD): „Das Bund-Länder-Verhältnis sei von Vertrauen geprägt und das gehe auch nicht anders.“

Und selbst wenn die Länder sich an die Vereinbarung hielten, dann bleibt offen, inwieweit die Schulen oder die Hochschulen oder Dritte (Kittas z. B.) zusätzliche Mittel erhalten. Während in Hessen die schwarz-grüne Regierungskoalition sich auf einen Sonderfonds „Hochschule“ geeinigt hat, in dem alle frei werdende Mittel gebündelt und zu 100 % in Wissenschaft, Forschung und Lehre an den Hochschulen fließen sollen, hat in Schleswig-Holstein Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) gesagt: „Frei werdende Millionen sollen insbesondere in allgemeinbildende Schulen fließen und nur dahin.“ Dabei läge es doch nahe, sich mindestens an den alten Proportionen zwischen Schul- und Hochschul-BAFÖG zu orientieren und die Beträge entsprechend weiter zu leiten.

Vor diesem Hintergrund wollen wir die Diskussion auf der Grundlage von drei Input-Referaten weiterführen.

1. Wolfgang Peukert: Clusterforschung in der Exzellenzinitiative – Eine ingenieurwissenschaftliche Perspektive
2. Karl Ulrich Mayer: Kollateralschäden föderaler Wissenschaftspolitik
3. Jürgen Mittelstraß: Was ist, ist vernünftig? – Zur Zukunft des deutschen Wissenschaftssystems

Nach jedem Vortrag lassen wir Raum für die Diskussion.

Wolfgang Peukert

Clusterforschung in der Exzellenzinitiative – Eine ingenieurwissenschaftliche Perspektive

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich aus dem Blickwinkel der Technikwissenschaften Stellung beziehen zur Cluster-Forschung innerhalb der Exzellenzinitiative. Ich möchte auf die erreichten Erfolge, aber auch auf einige nach wie vor ungelöste, strukturelle Defizite eingehen, wobei ich vorausschicken muss, dass ich nicht für alle Ingenieurwissenschaften sprechen kann, sondern vor allem auf material- und stofflich orientierte Aspekte eingehen werde. Dennoch glaube ich, dass viele meiner Argumente auch in größerem Zusammenhang Gültigkeit besitzen.

Worin besteht die übergreifende Aufgabe der Technikwissenschaften? Technikwissenschaftliche Forschung greift große technologisch relevante Fragen auf. Nehmen wir zwei Beispiele für Cluster-Themen: Der Cluster „Tailor-Made Fuels from Biomass“ in Aachen stellt die Frage, wie man aus Biomasse synthetische Kraftstoffe gewinnen kann. Diese Frage wird in einem höchst interdisziplinären Zusammenhang untersucht von der Pflanze bis hin zur Fahrzeugtechnik. Der Erlanger Cluster „Engineering of Advanced Materials (EAM)“ befasst sich mit der Erforschung und Entwicklung neuer Hochleistungsmaterialien für zukunftsweisende Anwendungsgebiete wie die Elektronik, Optik, Katalyse und den Leichtbau. Die Entwicklung neuer hierarchisch organisierter Materialien erfordert eine wissenschaftliche Gesamtbetrachtung von der Nanoskala bis zum makroskopischen Bauteil. So integriert der EAM grundlagenorientierte und prozesstechnische Kompetenz aus neun Departments der Universität und den beiden Erlanger Fraunhofer-Instituten, dem Max-Planck-Institut für die Physik des Lichtes und ausgewählten Industriepartnern. Auch jedem Nichttechniker ist die Energiewende ein Begriff. Es ist Ihnen allen klar, dass riesige technologische Herausforderungen gemeistert und neue technische Lösungen gefunden werden müssen, um zu nachhaltigen, funktionierenden Innovationen zu kom-

men. Diese Beispiele zeigen, dass große technologische Herausforderungen einer integrierten Forschung im Verbund bedürfen.

Technikwissenschaftliche Fragestellungen kann man vielfach mit dem Bogen von der Idee zum Produkt beschreiben. Technikwissenschaftler greifen neue Prinzipien aus den Grundlagenwissenschaften auf, um sie in marktfähige Produkte umzusetzen. Denken Sie etwa daran, dass vor mehr als 50 Jahren der Laser erfunden wurde; heute ist die Lasertechnologie aus zahllosen Produkten – einschließlich des Laserpointers in meiner Hand – nicht mehr wegzudenken. Aber es gibt natürlich auch den umgekehrten Weg, nämlich, dass aus anwendungstechnischen Fragestellungen ganz konkrete Grundlagenfragen entstehen. Eine der größten Herausforderungen, welche sich aus dem Klimawandel ergibt, ist z. B. die katalytische Aktivierung von Kohlendioxid als Rohstoff für energietragende Stoffe und die chemische Industrie. Technikwissenschaftler denken oft in Wertschöpfungsketten, d. h. es geht um Entwicklungsprozesse von den Grundlagen über Demonstratoren zu Prototypen, welche dann schon nahe an der industriellen Umsetzung sind. Wir spannen speziell in Erlangen den Bogen vom Molekül zum Material, d. h. es geht um Hierarchien, die viele Längen- und Zeitskalen verbinden. Clusterforschung ist besonders für Fragestellungen geeignet, zu deren Lösung viele unterschiedliche Kompetenzen unter dem Dach eines Forschungsclusters zusammenarbeiten müssen. Nehmen Sie die Nanotechnologie als Beispiel. In den 1980er Jahren wurde der Nobelpreis für die Erfindung des Rastertunnelmikroskops verliehen. Nach diesem Durchbruch konnte man Nanostrukturen mit „neuen Augen“ sehen, was zu dem großen Aufschwung der Nanotechnologie beigetragen hat. Die Umsetzung der Nanotechnologie in neue Materialien und letztlich innovative Produkte erfordert die Bewahrung der nanotechnologischen Eigenschaften aus dem kleinen Labormaßstab bis zur technischen Umsetzung. Hier ist insbesondere mein eigenes Fach, die Verfahrenstechnik und speziell die Partikeltechnik als Mittler zwischen den Grundlagendisziplinen und den unterschiedlichen Anwendungen gefordert.

Technologische Entwicklungen sind aber immer auch gekoppelt mit ökologischen Randbedingungen und in enger Verbindung mit der gesellschaftlichen Akzeptanz zu sehen. Dies gilt für die Nanotechnologie ebenso wie für die Energiewende. Hier würde ich mir insbesondere für die Technikwissenschaften wünschen, dass wir uns noch stärker in den Dialog mit Kultur- und Geisteswissenschaftlern einbringen. Technikakzeptanz spielt heute in allen Groß-

projekten eine dominierende Rolle. Wir adressieren dies in der Ausbildung der Studenten, um sie darauf vorzubereiten, im kulturellen Kontext und im Rahmen einer Akzeptanzdebatte mitreden zu können.

Lassen Sie mich aber nun konkret auf die Material- und Prozessforschung eingehen. Die wichtigsten fünf globalen Themenblöcke mit globaler ökonomischer, wirtschaftlicher und technologischer Relevanz sind: Ressourcen und Energie, Transport und Verkehr, Informationstechnologie, Qualität des Lebens sowie die Lebenswissenschaften einschließlich Medizin und Ernährung (s. Abb. 1). Technologische Entwicklung in allen diesen Bereichen hängt meist mit Produkten zusammen, welche in den meisten Fällen neue Materialien nutzen. Man kann sich die Energiewende nicht vorstellen ohne an neue Materialien für Solarzellen, leichtere Batterien oder stoffliche Speicher für energietragende Stoffe zu denken. Eine Vision wäre es, Leichtbaumaterialien für ein Auto zu entwickeln, das genauso sicher ist wie ein jetziges Kraftfahrzeug, aber halb so schwer, und das nur noch ein Viertel des Kraftstoffes verbraucht. Alle diese Materialien entstehen in verfahrenstechnischen Prozessen, welche letztlich Qualität und Wirtschaftlichkeit bestimmen. Damit haben wir eine natürliche Allianz der Materialwissenschaften mit den Prozesswissenschaften, sprich der Verfahrenstechnik, welche im Kern der Erlanger Clusterforschung steht. Die beiden Disziplinen lebten (zumindest in Deutschland) in der Vergangenheit oft nebeneinander her.

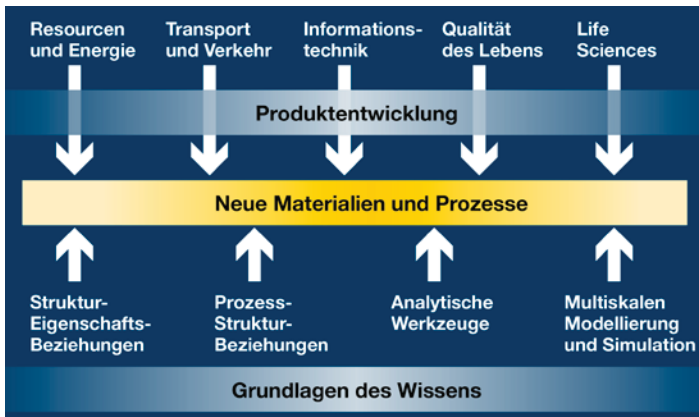


Abbildung 1
Material- und Prozessforschung für moderne Produkte

Die Entwicklung neuer Materialien und Prozesse beruht natürlich auf fundamentalem Wissen aus den Grundlagendisziplinen. Dabei geht es um vier wesentliche Aspekte. Man muss erstens Struktur-Eigenschaftsbeziehungen der Materialien verstehen und steuern, also z. B. die Frage beantworten, wie die Eigenschaft einer Solarzelle, Sonnenlicht in elektrischen Strom umwandeln zu können, mit ihrer inneren Struktur zusammenhängt. Die Herstellung wiederum ist ein komplexer, vielschichtiger verfahrenstechnischer Prozess. Deswegen müssen zweitens Prozess-Strukturbeziehungen entwickelt und verstanden werden. Wer versteht, wie ein Prozess zu einer ganz bestimmten Struktur mit gewünschten Eigenschaften führt, kann Verfahren zu deren Herstellung entwerfen, entsprechende Anlagen und Maschinen bauen und betreiben. Die Materialeigenschaften werden daher drittens mit einer ganzen Palette hoch entwickelter analytischer Werkzeuge charakterisiert. Viertens nutzt man heute die Modellierung und Simulation über alle Skalen, vom Molekül bis zum fertigen Bauteil hinweg, und sogar darüber hinaus bis zur Beschreibung ganzer technischer Systeme. Einerseits erfordern viele analytische Methoden theoretische Unterstützung in der Auswertung und Interpretation, andererseits unterstützen Modellbildung und Simulation den Erkenntnisgewinn und die Auslegung der Verfahren.

Diese strukturellen Überlegungen, zusammen mit den spezifischen Erlanger Stärken, führten zum Erlanger Cluster Engineering of Advanced Materials. Der Grundgedanke ist, dass molekulare und partikuläre Bausteine zu Überstrukturen durch Selbstorganisation zusammengebaut werden, um letztlich in funktionale Bauteile integriert zu werden (s. Abb. 2). Die beiden Demonstratoren rechts im Bild zeigen einen aus Leichtbaumaterialien aufgebauten Roboterarm; die „Trompete“ daneben, ebenfalls ein Produkt des Leichtbaus, ist ein Reaktor zur Freisetzung von chemisch gebundenem Wasserstoff. Sie wurde aus Metallpulvern über additive Fertigung hergestellt und mit einem Katalysator beschichtet. Von unten tritt eine wasserstoffreiche Flüssigkeit ein, oben kommt gasförmiger Wasserstoff heraus.

Es geht ingenieurwissenschaftlich im Grundgedanken immer vom einfachen Baustein hin zum komplexen Bauteil. Dies erfolgt in Prozessketten, in denen aus den Bausteinen zunächst einfache Demonstratoren entstehen. Die nächste Ebene hin zur industriellen Umsetzung wäre ein bereits anwendungsnaher Prototyp, der sich dann letztendlich am Markt behaupten muss. Unser Cluster



Abbildung 2
Hierarchischer Strukturaufbau im Erlanger Exzellenzcluster

adressiert Aspekte, die bis zum Demonstrator gehen, d. h. wir entwickeln, aufbauend auf den Grundlagen der Chemie und Physik, neue technische Konzepte und Methoden, adressieren die Hierarchien vom Molekül zum Bauteil und leiten daraus einheitliche Prinzipien für Produkt- und Prozessdesign ab. Wir verbessern Materialien und Prozesse mit rigoroser mathematischer Optimierung und denken auch ein Scale-up mit, sodass die Konzepte später auch umsetzbar sind. Daraus sind verschiedene Transferzentren entstanden.

Technikwissenschaftliche Forschung bildet somit die Brücke zwischen den Grundlagen – in Erlangen strukturell am stärksten vertreten durch das Erlanger Max-Planck-Institut für die Physik des Lichts – und den anwendungsbezogenen Fraunhofer-Instituten, welche für die Umsetzung in die Industrie stehen, die am Ende der wissenschaftlichen Wertschöpfungskette steht. Alle Partner bedürfen einander. Der fundamentale Max-Planck-Ansatz befruchtet die Wissenschaft an den Hochschulen und eröffnet Potenziale für unterschiedliche Anwendungen, bedarf allerdings auch der Technologieentwicklung an der Universität und der Umsetzungscompetenz von Fraunhofer-Instituten (s. Abb. 3).

Es gibt eine Reihe von Zentren, die aus dem Cluster heraus entstanden sind oder mit denen wir kooperieren. Beispielhaft will ich nur die Kooperation mit den Helmholtz-Zentren Jülich und Berlin nennen, die aus dem Cluster heraus zur

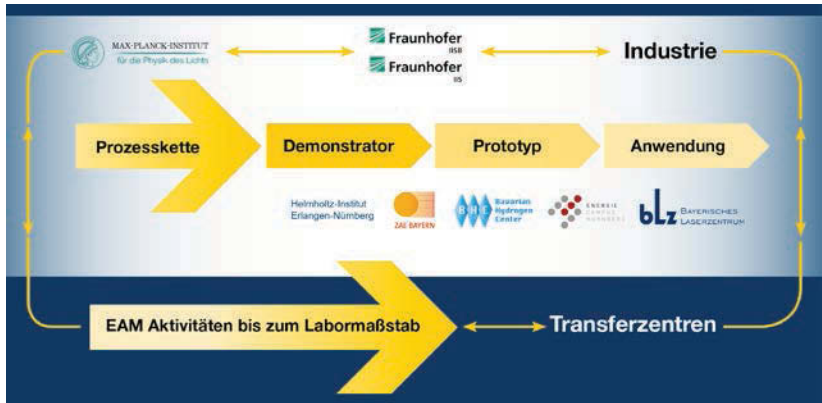


Abbildung 3
Wissenschaftliche Wertschöpfungskette am Beispiel des Erlanger Clusters

Gründung des neuen Helmholtz-Institutes für erneuerbare Energien (HI ERN) geführt hat. Die wissenschaftliche Frage ist hier, wie zeitlich fluktuierende regenerative Energie, in unserem Fall Solarenergie, stofflich so gespeichert werden kann, dass die unvermeidlichen Fluktuationen über stoffliche Energiespeicher ausgeglichen werden können. Dies ist eine der zentralen Fragen der Energiewende, welche nur mit dem Methodenspektrum der Material- und Prozesswissenschaften gelöst werden kann.

In der Exzellenzinitiative und der Definition der Randbedingungen wurde vieles richtig gemacht. Die Ausschreibungen waren klug durchdacht und so offen gestaltet, dass die Universitäten flexibel reagieren konnten, um sich strukturell, personell und natürlich auch wissenschaftlich weiter zu entwickeln. In Erlangen wurde eine interdisziplinäre Kooperation zwischen neun Disziplinen etabliert, der wissenschaftliche Nachwuchs wurde durch die Berufung neuer Professuren und viele andere Maßnahmen erheblich gestärkt. Neue Formen der Lehre wurden über alle Ebenen hinweg erprobt, die Infrastruktur wurde durch neue Gebäude und wissenschaftliche Geräte nachhaltig gestärkt. Wir haben die Clusterforschung von Anfang an als Katalysator aufgefasst, um noch viel mehr daraus zu machen: Neue Universitätszentren wurden gegründet, die Zusammenarbeit mit außeruniversitären Instituten intensiviert, Transferzentren (vom Demonstrator zum Prototyp) wurden gegründet, nationale und internationale Kooperationen wurden ausgebaut.

Um die Exzellenzinitiative weiter entwickeln zu können, ist es wichtig, Defizite anzusprechen, welche die Universitäten in ihren Exzellenzbereichen, aber natürlich auch in ihrer ganzen Breite nicht lösen konnten. Das nach wie vor vorherrschende größte Defizit deutscher Universitäten im Vergleich zu ausländischen Spitzenuniversitäten betrifft das allgemein bekannte, ungünstige Betreuungsverhältnis von Anzahl der Studenten und Anzahl der Lehrer. Hinzu kommt, dass Forschungsstrategie und Kapazitätsverordnung weitestgehend orthogonal zueinander sind. Während durch die Exzellenzinitiative Fachbereiche im Rahmen innovativer Forschungsstrategien strategisch besser aufgestellt und durch neue Professuren gestärkt werden konnten, besteht die Gefahr, dass der Zuwachs durch die Kapazitätsverordnung gekappt wird. Daher wäre zu fordern, dass Professoren – zumindest in Exzellenzbereichen (wenn schon nicht in der ganzen Universität) – im Mittel die volle Lehre zwar erbringen, diese aber im Rahmen der Kapazitätsverordnung nicht voll angerechnet wird. Dadurch kann sich das Betreuungsverhältnis allmählich dem Standard internationaler Spitzenuniversitäten annähern. Größere Flexibilität entsteht auch, wenn einzelne Forscher über einen begrenzten Zeitraum eine Reduzierung der Lehrkapazität wahrnehmen können, und zwar ohne dass ein unmittelbarer Ausgleich durch andere Mitarbeiter des Lehrstuhls, welche meist über Drittmittel finanziert werden, eingefordert wird. Zusammen mit einer professionellen Vorauswahl der Studenten in den Ingenieurdisziplinen könnte so wahrscheinlich auch die hohe Abbrecherquote an deutschen Universitäten reduziert werden.

Eine vermutlich alle Disziplinen betreffende Schwäche sind die Perspektiven für Postdoktoranden. Da die Exzellenzprogramme aufgrund des vorgegebenen engen Zeitrahmens zwischen Genehmigung und Projektbeginn sehr schnell zu schlagkräftigen Einheiten ausgebaut werden mussten, wurden viele Postdoktoranden aus dem In- und Ausland eingestellt. Dies stärkte zwar den zuvor über viele Jahre abgeschmolzenen Mittelbau, der aufgrund der gerade in den Ingenieurwissenschaften oft komplexen Anlagentechnik dringend benötigt wird. Allerdings bleiben die Perspektiven auf Dauerstellen nach Auslaufen der Exzellenzprogramme gering. Eine Verstetigung der Exzellenzinitiative im Sinne von „Liebig-Zentren“, wie sie der Wissenschaftsrat vorgeschlagen hat, würde hier zumindest Linderung verschaffen. Erfahrene Senior scientists werden dringend für den nachhaltigen Betrieb von wissenschaftlichen Großgerä-

ten gebraucht, sie könnten aber auch einzelne forschungsstarke Kollegen in der Lehre entlasten.

Auf das hohe Maß an Interdisziplinarität im Rahmen von Exzellenzclustern bin ich schon eingegangen. So wünschenswert und bereichernd die Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen auch ist, so besteht doch die Gefahr, dass die disziplinäre Verortung geschwächt wird. Als Koordinator habe ich zeitweise mehr als die Hälfte meiner Zeit mit Cluster-Themen zugebracht. Manchmal bin ich daher in meinem eigenen Fach nicht mehr so unterwegs, wie ich mir das wünsche. Letztlich erfordert dies eine ganz persönliche Entscheidung.

Der Aufbau nachhaltiger Strukturen braucht lange Inkubationszeiten. Deswegen ist eine Weiterführung erfolgreicher Initiativen mehr als wünschenswert. Bei Clustern können – viel stärker als beim klassischen Konzept der Sonderforschungsbereiche oder auch bei den kleineren Graduiertenschulen – über eine intelligente Berufungspolitik und erfolgreiche Infrastrukturmaßnahmen bis hin zu neuen Forschungsbauten sehr starke Einheiten entstehen, welche zu weltweit sichtbaren Forschungszentren mit nationaler Bedeutung ausgebaut werden können. Sind die Strukturen einmal aufgebaut und die Grenzen zwischen den beteiligten Disziplinen durchlässig geworden, sollte nach Jahren des Aufbaus wieder stärker die Individualität der einzelnen Forscher ins Zentrum rücken. All diese Aspekte erfordern eine langfristige, institutionelle Förderung.

Die Begutachtung selbst war komplex, aufwändig und teuer. Bei dem hohen Aufwand sind Reibungsverluste bei allen Beteiligten unvermeidlich. Das hohe Engagement kann nicht immer aufrechterhalten werden. Ruhe- und Erholungsphasen und ruhiges, wissenschaftliches Arbeiten darf im „Exzellenzwahnsinn“ nicht untergehen. Rückzugsmöglichkeiten sind in dem offenen Verfahren zwar prinzipiell möglich, werden wegen des hohen Drucks aber vermutlich zu wenig genutzt. Wissenschaftler sind dann am produktivsten, wenn sie frei miteinander interagieren können. Über die Exzellenzinitiative konnten diese Handlungsspielräume geschaffen werden. Sie dürfen danach nicht wieder verloren gehen, sonst wäre vieles umsonst gewesen.

Damit komme ich zum Schluss. Ich glaube sehr daran, dass das Neue an den Grenzflächen geschieht, zwischen den Disziplinen, zwischen Hochschulen und Industrie und vor allem zwischen Menschen unterschiedlicher Denkweisen.

Die Exzellenzinitiative hat große Schritte ermöglicht. Die geförderten Projekte waren oft ein Katalysator für strukturelle, personelle und wissenschaftliche Weiterentwicklung der Exzellenzzentren. Ich hoffe sehr, dass es dabei nicht bleiben wird und der wichtige nächste Schritt zur Verstetigung erfolgreicher Initiativen folgen wird.

Diskussion

MICHAEL ZÜRN Herzlichen Dank. Ich eröffne die Diskussion, Herr Peukert, mit einer Frage. Für die Ingenieurwissenschaften ist die Cluster-Form offensichtlich ganz besonders geeignet. Sie sprachen von den nachhaltigen Strukturen. Das wirft die Frage auf, wie das Verhältnis zwischen der Verfestigung vorhandener Cluster und der Fortführung von Wettbewerben, was ja irgendwann zur Folge haben wird, dass vorhandene Cluster nicht mehr in derselben Weise weitergeführt werden können, gestaltet werden soll. Wo würden Sie aus der Perspektive der Ingenieurwissenschaften die richtige Lösung in diesem Spannungsverhältnis sehen?

WOLFGANG PEUKERT Also zunächst eine Bemerkung zur Klarstellung: Es ist richtig, dass die Ingenieurwissenschaften besonders prädestiniert sind für die Cluster-Forschung. Es ist aber nicht richtig, dass die Ingenieurwissenschaften in besonderer Weise reüssiert hätten. Sie sind nämlich, wenn man die vier großen Gebiete – Lebenswissenschaften, Naturwissenschaften, Geistes- und Sozialwissenschaften und die Ingenieurwissenschaften – betrachtet, die Fraktion, die am wenigsten erfolgreich war, relativ die geringsten Mittel erhalten hat, obwohl sie relativ teure Forschung betreibt. Aber das ist eine andere Frage. Natürlich muss man im Sinne der Nachhaltigkeit immer strenge Kriterien anwenden, damit die Exzellenz durch herausragende Forschungsleistung langfristig bestätigt bleibt. Für die Profilbildung müssen standortspezifische Aspekte wie z. B. die fachliche Ausrichtung neuer Arbeitsgruppen und deren Integration in das Gesamtportfolio der Universität, sowie die Forschungsinfrastruktur, z. B. in Form teurer Instrumente, langfristig entwickelt werden. Dies geschieht bei uns in der Weise, dass wir Querschnittsthemen ausbauen, die wichtige Bereiche der Universität personell und strukturell aufwerten. Der Cluster setzt die vielen Mittel, die wir – u. a. auch von der Universität – bekommen haben, verantwortlich und nachhaltig für die Stärkung beteiligter und angrenzender Disziplinen sinnvoll ein. Viele Kollegen sind jetzt mit Förder-

anträgen deutlich erfolgreicher. Jeder kennt das: Wenn man am richtigen, d. h. an einem starken Standort arbeitet, dann geht vieles manchmal leichter. Daher muss man strategische Querschnittsthemen als tragendes Fundament langfristig stärken. Spezifische Ausprägungen – ob das Batterien, Solarzellen, oder Polymertechnologien für den Leichtbau sind – können und werden sich im Laufe der Zeit ändern. Unser Ansatz zur Nachhaltigkeit ist auch, dass wir zusätzliche Fördermöglichkeiten nutzen. Daher ist eine kritische, aber faire Evaluation so wichtig, sonst entsteht auch nicht dieser große Impact. Gleichzeitig ist die Universität gefordert, die fundamental wichtigen Strukturen aufzubauen, aufrechtzuerhalten und auch langfristig zu gewährleisten. Im Personalbereich ist dies aktuell ein großes Problem. 21 unserer Cluster-Mitglieder haben in den letzten drei Jahren Rufe nach außen bekommen, darunter besonders viele Nachwuchswissenschaftler. Das ist einerseits hervorragend, aber die wichtigsten dieser Leistungsträger würden wir gern am Standort halten, was uns teilweise, aber leider nicht immer gelingt.

MITCHELL ASH Sie haben das Thema der Begutachtung aufgeworfen. Das ist ja von allgemeiner Bedeutung, weil wir jetzt in der zweiten Runde der Exzellenzinitiative sind. Mehrere Cluster werden langsam auf das zehnte Jahr zugehen. Die Frage, die dadurch entsteht, versuche ich jetzt ein bisschen pointiert zu formulieren. Also sehen Sie unter dem Strich den Begutachtungsprozess als etwas Positives in dem Sinne, dass Sie neue Kollegen kennen lernen, die Sie bisher noch nicht gekannt haben und dies längerfristig gesehen einen Gewinn darstellt, trotz der hohen Kosten? Oder ist das eher ein Problem in dem Sinne, dass gerade diejenigen, die sich bei Ihrer Gruppe am besten auskennen, wegen der strengen „Conflict of Interest“-Regelungen gerade nicht begutachten dürfen?

WOLFGANG PEUKERT Sie müssen sehen, wie die Begutachtung konkret gelaufen ist. Sie schreiben einen Antrag mit 120 Seiten, das ist in Ordnung, auch vom Umfang her. Für die Präsentation vor den Gutachtern sind genau 60 Minuten, nicht 61, vorgegeben, um das Konzept vorzustellen. Die anschließende Diskussion in 90 Minuten erstreckt sich von wissenschaftlichen Detailfragen über den Impact auf Universität, Bundesland und lokale Industrie bis hin zu Genderaspekten und der Integration von Nachwuchswissenschaftlern. Danach gibt es noch eine Diskussion an fünf Postern. Da einzelne Gutachtergruppen mehrere Initiativen begutachten, sind zudem viele Gutachter den

Antragstellern unbekannt. In diesem Rahmen kann man keine Beziehung aufbauen, um Ihre Frage, Herr Ash, zu beantworten. Gutachter aus dem Angelsächsischen z. B. haben unsere Mitglieder aus England am Poster zu Randbedingungen des deutschen Universitätssystems gefragt – offenbar waren diese nicht immer klar. Daher würde ich der klassischen Praxis der SFB-Begutachtung – nämlich die Begutachtung des Standortes einschließlich Besichtigung des Arbeitsplatzes und Umfelds – einen ganz klaren Vorzug geben. Denn wie soll man einer großen Gruppe, die aus 20 verschiedenen Gutachtern aus vier Kontinenten besteht, in einer Stunde die komplexe Struktur eines Exzellenzclusters konsistent und nachvollziehbar nahebringen. Dazu braucht man zwei Tage Begutachtung. Mein Vorschlag wäre daher, den Standort als Ganzes zu begutachten.

MICHAEL ZÜRN Damit etwas Fluss in die Diskussion kommt, nehmen wir jetzt zwei Fragen auf einmal, Herr Stock und Herr Schwarz.

GÜNTER STOCK Herr Peukert, wir sprechen ja von einem neuen Wissenschaftssystem, mit dem wir uns in dieser Arbeitsgruppe beschäftigen wollen. Die Frage, die ich habe ist: Besteht – und wenn ja, an welcher Stelle – ein ehrlicher Bedarf, sozialwissenschaftliche Aspekte in eine solche Wertschöpfungskette im Sinne einer Parallelforschung mit einzubeziehen? Oder gibt es diesen ehrlichen Bedarf gar nicht und wir sollten aufhören, von echter Interdisziplinarität zu reden und sagen, wenn Ingenieure und Mathematiker zusammenarbeiten, dann reicht das schon, dann ist das schon gut. Also die Frage wäre, wo in diesem Weltbild müsste eigentlich so etwas wie sozialwissenschaftliche Begleitforschung einen Platz finden?

WOLFGANG PEUKERT Wir versuchen in sehr bescheidenem Umfang über Mittel des Overheads Sozialwissenschaftler und Philosophen der Universität einzubinden, um das Bewusstsein bei unseren Absolventen zu schulen, wie man mit kritischen Fragen in Bezug auf unsere Forschungsthemen umgeht. Wir sind ja auf dem Gebiet Nanotechnologie unterwegs, ein Gebiet, welches wegen möglicher Nebenwirkungen zunehmend kritisch hinterfragt wird. Toxikologische Fragen werden in Projekten mit Medizinerinnen thematisiert. Wir stellen uns so auch kritischen Diskussionen. Akzeptanz ist bei allen großen ingenieurwissenschaftlichen Projekten – von Stuttgart 21 über die Energiewende bis zur Nanotechnologie – ein wichtiges Thema, welches heute von

Anfang an adressiert werden sollte. Aber wir als Natur- und Technikwissenschaftler sind dafür nicht ausgebildet, d. h. wir brauchen den Dialog mit Kollegen der Sozial- und Geisteswissenschaften, um die gesellschaftliche Relevanz unseres Tuns kritisch zu beleuchten.

HELMUT SCHWARZ Herr Peukert, Sie haben ja überzeugend dargestellt, wie sehr Cluster und Zentren dieser Art enorme Ressourcen der Universitäten auch mittel- und langfristig binden. Also mit anderen Worten, es findet auf diesem Wege auch eine Strukturbildung statt. Was passiert mit denjenigen Einrichtungen an der Universität, die sich nicht an dieser Art von Forschung beteiligen? Stirbt dieser Teil weg, stirbt er aus, will man das?

MICHAEL ZÜRN Herr Trabant und Herr Marksches, bitte.

JÜRGEN TRABANT Ja, das ist eine große Frage, die ich auch gehabt hätte. Aber meine Frage zielt auf Ihre Bemerkung, dass Sie international relativ wenig wahrgenommen werden. Woran liegt das? Ist das eine generelle Aussage auch für andere Cluster oder nur speziell für das Ihre?

CHRISTOPH MARKSCHIES Wir diskutieren im deutschen Wissenschaftssystem ja immer wieder einmal die Frage, ob aus zeitlich befristeten Projekten eine auf Dauer gestellte Institution werden soll. Das Thema taucht kaum überraschend auch heute wieder auf. Ich erinnere mich noch gut an die sehr provokanten Formulierungen von Dieter Simon in seinem Ende 1999 verfassten Brevier „Akademie der Wissenschaften – Das Berliner Projekt“ (S. 117f.), in dem er darauf hinwies, dass im 19. Jahrhundert damaligen Paradigmen folgend beispielsweise die Parole ausgegeben wurde, alle griechischen Münzen zu sammeln und im 20. Jahrhundert unter neuen gesellschaftlichen Verhältnissen die Ordre erfolgte, den gesamten Marx und Engels kritisch herauszugeben – und wir merkwürdigerweise diesen Arbeitsaufträgen längst vergangener Generationen immer noch folgen; für die Griechischen Münzen gilt das allerdings inzwischen im Unterschied zu den griechischen und lateinischen Inschriften, die wir gemeinsam mit anderen Institutionen immer noch sammeln, nicht mehr, was man durchaus bedauern kann.

Das war natürlich von Simon höchst provokant formuliert und provozierte entsprechend auch Widerspruch, aber markierte zugleich sehr deutlich ein Problem, das man nicht einfach ignorieren kann. Ich sage das, obwohl ich die

Sammlung der erwähnten lateinischen und griechischen Inschriften für eine auch unter Bedingungen des 21. Jahrhunderts äußerst sinnvolle Daueraufgabe halte und zugleich unsere Akademie für den richtigen Ort eines solchen Unternehmens. Nun kann man freilich die Aufgabe, neu entdeckte griechische oder lateinische Inschriften zu sammeln und kritisch zu edieren, kaum mit einem Cluster von rund siebzig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zum Thema „Mündlichkeit und Schriftlichkeit in Vergangenheit und Gegenwart“ vergleichen. Mich würde also interessieren, lieber Herr Peukert, wie Sie mit diesem Problem umgehen, wenn Sie über die Fortsetzung der Exzellenzinitiative nachdenken. Denken Sie an einen konkreten Endpunkt dieser großen Initiative oder haben Sie im Kern die Hoffnung, nach 2017 könnte es bis zum jüngsten Tage weiter gehen? Und vielleicht auch eine Frage allgemein an die Arbeitsgruppe „Exzellenzinitiative“: Wie gehen Sie denn damit um – ich formuliere das auch einmal sehr provokant –, dass man bei einzelnen Clustern und Graduiertenschulen den Eindruck hat, die seien inhaltlich gleichsam erschöpft, aber selbst nicht wahrnehmen, dass das für eine dauerhafte Institutionalisierung nicht genügend Stoff bietet?

WOLFGANG PEUKERT Drei ganz unterschiedliche Beiträge. Ich versuche es ganz kurz zu machen. Strukturbildung: Wir verstehen unsere Aktivitäten so, dass wir mit den Mitteln auch über den Cluster hinaus in die Universität wirken, z. B. durch nachhaltige Verbesserung der wissenschaftlichen Infrastruktur. Der Anteil neuer, durch unser Cluster berufener Professuren liegt bei etwa 2 % der Gesamtuniversität. Da diese durch Umschichtung verstetigt werden, erfordert dies eine maßvolle und flexible Anpassung, welche z. T. durchaus auch kontrovers diskutiert wird. Internationale Wahrnehmung: Ich glaube, ich habe mich nicht ganz richtig ausgedrückt. Wir werden international schon sehr gut wahrgenommen. Die Ingenieurwissenschaften in Deutschland werden allerdings in ihrer spezifischen Arbeitsweise (z. B. aufwendige experimentelle Arbeiten in Technika) nicht immer hinreichend gesehen. Unsere Arbeiten erfordern zum Teil mehrere Jahre Vorlaufzeiten für den Aufbau größerer Apparate und Anlagen sowie erheblichen Aufwand für deren Betrieb. Vergleichbares leistet man sich z. B. in den USA selten, daher wird dort eher modellorientiert mit einfacheren Apparaturen an kurzfristigeren Zielen gearbeitet. Die strukturellen Eigenheiten und spezifischen Stärken werden im Ausland noch zu wenig wahrgenommen. Und schließlich die Kontinuität: Ja, unser Anspruch reicht über 2017 hinaus. Wir wollen kein Strohfeuer. Wir

wollen unsere Strategien, bei aller dynamischen Anpassung, langfristig weiterverfolgen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Bei unseren Untersuchungen in ganz verschiedenen Projektbereichen stellten wir fest, dass die Herstellung dünner Filme aus Flüssigkeiten ein großes, übergreifendes Thema für uns ist. Dabei wurde uns auch klar, dass dieses Thema an anderen Standorten bisher nicht in breitem Umfang adressiert wurde. So sind neue Forschungsansätze entstanden, welche in einem kürzlich genehmigten Forschungsneubau, verstärkt durch neue Professuren, langfristig weiter verfolgt werden sollen. Dieses Thema entwickelt einen der übergreifenden Schwerpunkte der Universität Erlangen – die Material- und Prozessforschung – sinnvoll weiter. Es wäre völlig falsch, diese Entwicklungen nach zehn Jahren zu beenden. Sicher gibt es auch Cluster, welche weniger übergreifend strategisch, sondern sehr spezifisch auf ein aktuelles, zeitlich begrenztes Thema hin fokussiert sind und daher durchaus auslaufen können, wenn das Thema erschöpft ist. Übergreifende Initiativen im Fokus der Wissenschaftsschwerpunkte der jeweiligen Universität sollten die Chance erhalten ihre Konzepte dynamisch weiter voran zu treiben. Diesen Anspruch versuchen wir umzusetzen.

MICHAEL ZÜRN Herzlichen Dank. Zu der von Herrn Marksches aufgeworfenen Frage der Verstetigung solcher Cluster noch eine Anmerkung aus der Arbeitsgruppe heraus. Ich bin mir sicher, es gibt einen hohen Konsens darüber, dass es keinesfalls darum gehen kann, all das, was jetzt in der Exzellenzinitiative gefördert wird, eins zu eins in eine weitere Phase zu nehmen. Ich glaube, es stellt sich vielmehr die Frage, wie man diejenigen identifizieren kann, bei denen Nachhaltigkeit erzeugt werden muss.

Wenn man über die Frage spricht, wer wie übernommen werden kann, dann sind wir bei der Leibniz-Gemeinschaft angekommen. Karl Ulrich Mayer, vier Jahre lang war er deren Präsident, spricht nun zu den Kollateralschäden der föderalen Wissenschaftspolitik. Herr Mayer, Sie haben das Wort.

Karl Ulrich Mayer

Kollateralschäden föderaler Wissenschaftspolitik

Einleitung

In den 1990er Jahren war es nicht nur Usus, dass der Bundespräsident einmal jährlich den Wissenschaftsrat in Würdigung seiner Arbeit zu einem Abendessen einlud, sondern er hat davor auch die drei Vorsitzenden zu einem wissenschaftspolitischen Gespräch gebeten. Bei einer solchen Begebenheit beklagte ich mich bei Roman Herzog über die engen Grenzen, die die föderale Verfasstheit der Bundesrepublik für eine wirksame Wissenschaftspolitik setze. „Junger Mann“, war seine (sinngemäße) Entgegnung, „vergessen Sie es, daran lässt sich nichts ändern, damit muss man leben.“

In der Zwischenzeit haben sich aber drei Dinge geändert:

1. Mit dem Ende des Hochschulrahmengesetzes und der Bundesbeteiligung an dem Hochschulbau, der Neufassung des Art. 91b GG sowie dem BVG-Urteil zur Habilitation haben sich ab 2006 die formalen Möglichkeiten des Bundes verringert, in die Wissenschaftspolitik einzugreifen (Seckelmann 2012).
2. Gegen jede Erwartung ist es aber mit der Exzellenzinitiative gelungen, die Förderung von Hochschulen in den drei Programmen überwiegend nach Leistungskriterien auszurichten und damit die schon vorher bestehende Differenzierung der Hochschulen erheblich zu verstärken – und das weitgehend unabhängig von Länderinteressen (Leibfried 2010).
3. Und ganz aktuell: Für eine Verfassungsänderung, die es dem Bund erlauben würde, Forschung und Lehre an den Hochschulen institutionell zu fördern, gibt es seit der Vereinbarung der Parteivorsitzenden der Koalition vom 26. Mai 2014 und dem Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 16. Juni ein neues Gelegenheitsfenster.

Auf diesem Hintergrund möchte ich heute über Kollateralschäden föderaler Wissenschaftspolitik (bzw. Nicht-Politik) sprechen und dieses Thema auf zwei Problemstellungen konzentrieren:

1. die Karrierechancen junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
2. das Verhältnis zwischen außeruniversitärer und universitärer Forschung.

Was bedeutet der Föderalismus auf dem Feld der Wissenschaftspolitik? Ein System von checks und balances, das erratische Politikveränderungen und extreme Lösungen verhindert? Eine Politikfalle (Fritz Scharpf) des kleinsten gemeinsamen Nenners, in diesem Fall der finanziellen Interessen der Länder oder des finanziell schwächsten Gliedes? Eine Dauererpressungssituation des Bundes durch die Länder? Oder eine Abdankung der Politik (insbesondere der Parlamente) zugunsten ad hoc agierender nachgeordneter Fachbeamten oder abgekoppelter Föderalismusbürokratien?

1. Die Karrierechancen junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Die Erreichung der beiden wichtigsten Ziele der Wissenschaftspolitik – die internationale Leistungsfähigkeit der Forschung und die Qualität der Ausbildung an Hochschulen – müssen in ihrer Umsetzung und Durchsetzung durch ein gemeinsames Nadelöhr: die Entwicklungschancen und Karrierebedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Ich konstatiere hier einen mehrfachen Notstand:

1. Die Anzahl der innerhalb der nächsten Jahre absehbar besetzbaren Professorenpositionen steht in einem krassen Missverhältnis zu dem durch die Studierendenzahlen ebenfalls absehbaren Bedarf. Dies schlägt sich nieder in der rasanten Verschlechterung der Betreuungsrelationen Professur je Studierende, die an manchen Hochschulen bereits zwischen 1:70 und 1:80 liegen.
2. Der überwiegende Teil aller zusätzlichen Programme der Wissenschaftsförderung wie der Exzellenzinitiative, der Landesexzellenzprogramme, aber auch der Programmförderung fließt in die Förderung von Doktoranden und von durch Projektmittel finanzierte Postdoktoranden. Dies ist häufig

mit dem *carrot stick* der Chancen einer wissenschaftlichen Karriere verbunden – bei Doktoranden gilt dies zum Teil, bei Postdoktoranden wohl häufig. In keinem fortgeschrittenen Land gibt es ein solches zahlenmäßiges Missverhältnis zwischen Wissenschaftlern in der Ausbildung und verfügbaren Positionen.

Das Menetekel einer krassen Diskrepanz zwischen Talentpool und Chancen erscheint schon auf der Wand. Deutschland ist mit 604 ERC Starting Grants zwar am erfolgreichsten unter allen EU Ländern, aber mit 383 arbeiten davon nur eine gute Hälfte der Preisträger in Deutschland, nur Österreich und Polen haben ein schlechteres Verhältnis – bei viel kleineren Zahlen: Österreich 26 von 57, Polen 14 von 17 (Wirtschaftswoche Nr. 23, 02.06.2014, Quelle: EFI-Gutachten 2014).

3. Die Neuordnung der Karrierewege der Nachwuchswissenschaftler blieb in den 1990er Jahren stecken und die diesbezüglichen Empfehlungen des Wissenschaftsrates (Wissenschaftsrat 2001) blieben ohne große Resonanz – u. a. wegen der gescheiterten Abschaffung der Habilitation und dem Insistieren der Ingenieure und z. T. der Juristen auf große Mitarbeiterstäbe an ihren Lehrstühlen. Die Folge ist eine vollkommen disparate und undurchschaubare Vielzahl von Karrierewegen – herkömmliche Lehrstuhlmitarbeiter, Forschungsstellen, halbe bis ganze Stellen in der Graduiertenförderung, eigen eingeworbene DFG-Stellen, Juniorprofessuren, unabhängige Nachwuchsgruppen. Diese Heterogenität der Qualifizierungswege wurde noch verstärkt durch die Einführung der B.A./M.A.-Studiengänge und das Nebeneinander des Promovierens in Graduiertenkollegs und Graduiertenschulen, Drittmittelprojekten und Lehrstuhlstellen und von weiterführender Qualifizierung mit oder ohne Habilitation.

Diese Situation macht es nicht nur für diejenigen schwer, welche innerhalb dieses System gestartet sind, sondern noch viel mehr jenen, die von außerhalb – aus dem Ausland oder von außeruniversitären Forschungseinrichtungen – versuchen, sich in eine Hochschullehrerlaufbahn einzufädeln.

Man hätte nun vermuten können, dass dieses Thema Nummer 1 der Prioritäten der gegenwärtigen Wissenschaftspolitik sein würde. Weit gefehlt, in den Abstimmungen zwischen den Koalitionsparteien sowie zwischen Bund und Ländern scheint dieses Problem nicht einmal artikuliert zu werden. Im Koalitionsvertrag erscheint es nur in dem gewerkschaftlich motivierten

Nebenkriegsschauplatz einer geplanten Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, in der Koalitionsvereinbarung vom 26. Mai überhaupt nicht. Immerhin spricht Sigmar Gabriel das Problem in seinem Antwortbrief an die Allianz an und die SPD will laut letztem Wissenschaftsforum dazu noch im Herbst Vorschläge machen (Raatz 2014).

Das ist ein wahrer Kollateralschaden des Föderalismus: Der Bund könnte handeln, hat aber keine Zuständigkeit und keine Kreativität und keinen politischen Willen, entsprechende Programme aufzusetzen. Die Länder setzen aller Voraussicht nach ihre Prioritäten auch mit den jetzt jährlich frei werdenden 1,17 Mrd. Euro der BAföG-Entlastung anders.

Die Lösungen sind ziemlich klar. Sie sind in der letzten Debatte von dem Vertreter der Jungen Akademie, Cornelis Menke, hier vorgetragen worden: eine Abschaffung des Lehrstuhlprinzips, eine Erhöhung der Anzahl der Professuren und die flächendeckende Einführung von Tenure-Track-Systemen (Menke u. a. 2013).

Aber ist das Problem tatsächlich so groß und verschwindet es nicht von selbst? Als Argumente werden hier häufig vorgetragen,

1. dass es für ausgebildete Nachwuchswissenschaftler einen hohen Bedarf und eine hohe Nachfrage auch außerhalb der Wissenschaft gäbe;
2. dass zwar nicht in den unmittelbar nächsten Jahren, aber doch absehbar die Zahl der Studierenden aus demografischen Gründen abnehme;
3. dass es für die absehbar frei werdenden Professuren ein etwa hinreichendes Angebot an berufungsfähigen Wissenschaftlern gäbe.

Zu 1.: Die gegenwärtig über 26.000 Promotionen pro Jahr (Destatis 2012, Fachserie 11, Reihe 4.2 „Prüfungen an Hochschulen“: S. 10 [inkl. Medizin]) werden absehbar entsprechend dem raschen Anwachsen der Promovierendenzahlen (über 200.000 im WS 2010/11, siehe Statistisches Bundesamt 2010: S. 18) stark anwachsen. Gegenwärtig ist dies kein sozialpolitisches Problem, denn es dürfte sich grosso modo um gut genutzte Lebenszeit handeln. Ob es aber auch dann einen so großen Bedarf außerhalb der Wissenschaft gibt und ob es sinnvoll ist, so viele Höchstqualifizierungen zu produzieren, die diese spezifischen Qualifikationen dann nicht verwenden können, dürfte zweifelhaft sein.

Zu 2.: Demografisch begründete Untertunnelungsfantasien sind schon in den 1970er Jahren gescheitert. Es ist zweifelhaft, ob die Studierendenzahlen so weit sinken werden, um stagnierende Professorenzahlen zu rechtfertigen.

Zu 3.: Will man einen eventuellen *mismatch* zwischen dem Angebot an wissenschaftlichem Nachwuchs und den absehbar verfügbaren Professuren abschätzen, ist man auf vorsichtige Schätzungen angewiesen. In einer „Karriereverlaufsperspektive“ stellt sich das wie folgt dar:

Die heutigen Anwärter auf Professuren haben ihren Universitätsabschluss um das Jahr 2002 gemacht. Damals gab es (ohne Mediziner) ca. 107.000 Absolventen. Von diesen wurden vier Jahre später, also 2006, etwa 15 % promoviert (um 16.000, wiederum ohne Mediziner, siehe Statistisches Bundesamt 2012a: S. 10–13). 2012 wurden dann etwa 1.000 berufungsfähig (781 Habilitierte und schätzungsweise ein Sechstel der 1.304 Juniorprofessuren [Statistisches Bundesamt 2012b: S. 32f.]). Hinzu kommen alle diejenigen, die sich mit der Leitung einer Nachwuchsgruppe für eine Professur qualifiziert haben. Diese Zahl lag 2009 insgesamt bei ca. 550 Personen (Gülker 2010). Inzwischen dürften es fast doppelt so viele sein. Daraus ergeben sich weitere 100–200 Berufungsfähige. Dem standen 770 W2-Vakanzen und 695 W3-Vakanzen gegenüber (GWK 2013: Tabelle 5.4: S. 60). Wenn man annimmt, dass ein hoher Anteil der W3-Stellen durch W2-Professoren besetzt wird, kommt man auf ca. 1.000 Vakanzen für die derzeitig jährlich ca. 1.200 Berufungsfähigen.

Der Hochschullehrerverbund geht von einem durch Emeritierung bzw. Pensionierung bedingten jährlichen Ersatzbedarf von ca. 500–600 Professuren aus. Die Anzahl der Ausschreibungen für W2- und W3-Professuren (ohne Fachhochschulen) belief sich zwischen 1999 und 2011 bei einem durch die Exzellenzinitiative verursachten Wellenkamm auf jährlich 1.500 (Wirth 2013).

Diese Überlegungen zeigen bereits eine merkwürdige Schiefelage. Über die wissenschaftlichen Werdegänge der Promovierten bis zur Professur gibt es gar keine verlässlichen Daten. Über die Zahl derjenigen, die die gesamte Qualifizierungsphase bis zum Alter von Mitte 40 hinter sich gebracht haben, und darunter über den Anteil jener, die dann tatsächlich berufen werden, kann man nur Vermutungen anstellen. Aus einem kollektiv und institutionell

produzierten Problem werden weithin unsichtbare individuelle Verarbeitungs- und Anpassungswege.

Was aber unbestritten sein dürfte, ist die massive Diskrepanz zwischen dem durch die Ausweitung des Drittmittelsektors forcierten Anstieg an Promovierten und Postdocs in Drittmittelstellen und den für diesen Personenkreis offenen Bestand an Aufstiegspositionen und Dauerstellen (Kreckel/Zimmermann 2014: S. 24; Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013: S. 31 und Fn. 174). Die Handlungsunfähigkeit der Politik auf diesem Feld ist einer der zentralen Kollateralschäden des Föderalismus.

Inzwischen hat der Wissenschaftsrat (2014) in seinen „Empfehlungen zu Karrierezielen und -wegen an Universitäten“ eine weitgehend ähnliche Problemanalyse und mit der Empfehlung von Tenure track-Modellen und einer Ausweitung der Anzahl der Professorenstellen eine gleichgerichtete Problemlösung vorgeschlagen. Da Bund und Länder dieser Empfehlung des Wissenschaftsrates ja zugestimmt haben, mutet es umso grotesker an, dass sich die praktische Politik diesem unmittelbar zu lösenden Problem verschließt.

2. Das Verhältnis außeruniversitärer und universitärer Forschung

Das Verhältnis universitärer und außeruniversitärer Forschung gilt häufig als besonders schädliche Folge der verfassungsrechtlichen föderalen Rahmenbedingungen. Häufig wird unterstellt, es gäbe in Deutschland einen geringeren Anteil außeruniversitärer Forschung, wenn der Bund auch in Hochschulen institutionelle Forschungsförderung betreiben dürfte (siehe Mayer 2013a).

Allerdings gibt es auch positive Effekte des Föderalismus im Sinne der Mitwirkung der Länder in der Forschungsförderung. In den letzten Tagen wurde von Seiten der Max-Planck-Gesellschaft als Drohargument gegen eine Verschiebung des Bund-Länder-Finanzierungsschlüssels das Argument gebraucht, bei einem Rückzug der Länder würde man Max-Planck-Institute weniger regional verstreut ansiedeln.

Der Finanzwettbewerb zwischen den Ländern wirkt sich bei dem Verfahren der Neuaufnahmen von Instituten in der Leibniz-Gemeinschaft als Qualitätspeitsche aus, weil kein Land dem andern einen Zuwachs an dem Gesamtländeranteil gönnt, wenn dies nicht mehrfach überprüft ist (durch die Leibniz-Gemeinschaft, den Wissenschaftsrat und die GWK).

Es steht auch wohl außer Frage, dass die Mitwirkung der Länder bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und auch bei der DFG eines der wenigen Bollwerke gegen das Überborden der top-down-gesteuerten Programmforschung (aber auch des Einflusses primär arbeitsmarktbezogener Einzelländerinteressen) darstellt. Die Autonomie sowohl der Max-Planck-Gesellschaft als auch der Leibniz-Gemeinschaft stützt sich im Wesentlichen auf die Bund-Länder-*multigovernance*.

Als Kollateralschaden des Föderalismus sehe ich aber die Engführung der Diskussion um das Verhältnis zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung auf (verfassungs-)rechtliche und finanzielle Fragen. Sie verstellt den Blick auf die organisatorischen Voraussetzungen unterschiedlicher Typen von Forschung. Die Engführung der Diskussion auf rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen, wie sie derzeit vorherrscht, greift zu kurz. Dies kann man bereits daraus ableiten, dass es auch unter ganz andersartigen verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen, wie z. B. in den USA oder in Frankreich, einen erheblichen und z. T. noch größeren Anteil der außeruniversitären Forschung gibt, als in der Bundesrepublik Deutschland. Offenbar gibt es gute funktionale Gründe für diese institutionelle Differenzierung (Mayer 2013a).

Ich möchte daher das Verhältnis von universitärer Forschung und außeruniversitärer Forschung einmal etwas grundsätzlicher beleuchten. Persönlich bin ich ganz unverdächtig, hier in der einen oder anderen Form Partei zu ergreifen. Ich habe zehn Jahre an Universitäten geforscht und 24 Jahre außeruniversitäre Forschungsinstitute der Leibniz-Gemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft geleitet, bevor ich – sehr bewusst – für sieben Jahre wieder an die Universität zurückgekehrt bin, um mich danach wiederum für die außeruniversitäre Forschung zu engagieren.

Wenn man Universitäten und außeruniversitäre Einrichtungen nämlich einmal weniger als physikalische Orte oder rechtliche Zugehörigkeiten begreift, sondern als komplementäre Organisationsprinzipien der Forschung, dann wird rasch klar, dass beide ihre jeweiligen Eigenarten und Berechtigung haben. Man sieht dann schnell, dass es eben weniger um den lokalen Kontrast „in der Universität“ und „außerhalb der Universität“ geht. Vielleicht sollte man daher auch die Begrifflichkeit leicht ändern und besser von Projekt-forschung einerseits und institutionell geförderter Forschung andererseits sprechen.

Lassen Sie mich mit einem Lobpreis auf die (universitäre) Einzel- und Projekt-forschung beginnen. Sie ist die Norm und der Normalfall und sie soll es sein. Was zeichnet sie aus?

- Die Autonomie in der Auswahl der Themen und die je individuelle Kreativität und Verantwortung dafür;
- die enge Verbindung mit der Lehre und der wissenschaftlichen Ausbildung in der Einheit von Forschung und Lehre;
- die solide Einbettung in disziplinäre Methoden und Diskurse;
- die *communitas academica* als primäres Kommunikationsmedium ohne vorschnelle Verpflichtung an Financiers und *stakeholder* (Themenvorgabe und Nützlichkeitsnachweis);
- Universitätsforschung als Bollwerk gegen die überbordende Programm-forschung, in der Themen und Begrifflichkeit bereits vordefiniert sind (Mayer 2013b).
- Leider gibt es keine guten Daten darüber, welcher Anteil der Forschung von Doktoranden und Postdoktoranden bestritten wird, er dürfte aber erheblich sein.

Freilich gibt es auch eine Kehrseite der Medaille, so u. a.:

- Forschungsthemen sind deutlich mitbestimmt durch das Erfordernis der disziplinären Rekrutierung für die Lehre;
- die Dauerkonkurrenz mit anderen Aufgaben;
- die Bindung an professorale Dienstzeiten, also durchschnittlich von der Erstberufung im Alter von 43 Jahren bis zur Emeritierung.

Projektforschung an Universitäten ist häufig synchrone und/oder diachrone Teilzeitforschung, als Tätigkeit neben den vielfältigen Aufgaben von Lehre und Selbstverwaltung und sie wird schwergewichtig von Jüngeren getragen. Themen werden durch disziplinäre Berufungserfordernisse privilegiert und überdauern selten ein Wissenschaftlerleben – und das ist übrigens meist gut so.

Schließlich werden in projektbezogenen universitären Forschungszentren häufig eine Vielzahl von Professoren mit ihren Forschungsanteilen zusammengebracht – im Gegensatz zu der komprimierteren Form institutionell geförderter Forschung mit einer oder einigen wenigen Leitungspositionen.

Der Kontrast zur institutionell geförderten Forschung wurde vor über 100 Jahren von Adolf von Harnack in seinem schon klassischen Aufsatz von 1905 „Vom Großbetrieb der Wissenschaft“ so formuliert:

„Wissenschaft ist im Grunde und letztlich immer Sache des Einzelnen; daran vermag keine Entwicklung etwas zu ändern. Aber es gibt Aufgaben, deren Bewältigung ein Menschenleben weit übersteigt, es gibt ferner Aufgaben, die so viele Vorbereitungen verlangen, dass der Einzelne bis zur Aufgabe selbst gar nicht vorzudringen vermag, es gibt endlich Aufgaben, die durch ihre Kompliziertheit eine Arbeitsteilung erfordern.“ (von Harnack [1905] 2001: S. 3)

Es geht also in der institutionell geförderten Forschung um Differenzen in der Dauer, der relativen Größe von Forschungseinheiten und dem Grad der Spezialisierung:

- die Langfristigkeit in der Forschungsplanung und Umsetzung,
- die nationale und internationale Sichtbarkeit und der damit verbundene Vertretungsanspruch,
- die Mitgestaltung von nationalen Forschungsverbänden,
- ein hoher Grad an mittel- bis langfristiger Interdisziplinarität und Transdisziplinarität in der internen Arbeitsteilung,
- besondere Chancen der Verbindung von Forschung mit Translation und Transfer.

Hinzufügen möchte ich

- die Autonomie und große Flexibilität in den Entscheidungsprozessen, beim Personal und in den Arbeitsprogrammen,
- eine eigene hochprofessionelle Wissenschaftsverwaltung,
- die Fähigkeit, Forschungsprogramme unabhängig von Fluktuationen, z. B. im Leitungspersonal, durchzuhalten,
- die Finanzierung durch Kernhaushalte, die nicht in der Dauerkonkurrenz mit anderen Aufgaben, z. B. der Lehre, stehen,
- die langfristige Entwicklung und Betreuung von wissenschaftlichen Infrastrukturen und dem dafür erforderlichen entfristeten Personal,
- ein Evaluierungsverfahren, welches sich nicht nur auf den Erfolg von Projekten, sondern auch auf deren institutionelle Voraussetzungen bezieht.

Es geht also um die Bildung kritischer Massen mit stärker arbeitsteiligen und hierarchischen Organisationsformen, die nicht an Lehrstühle gebunden sind und damit um

- das Durchhalten von Forschungsprogrammen über das Interesse einzelner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hinaus,
- die Möglichkeit stärkerer Arbeitsteilung – auch mit Stäben von Nicht-Wissenschaftlern – und Interdisziplinarität,
- die Entwicklung hochspezialisierter Servicestäbe.

Erfolgreiche Forschung braucht eben zwar nicht immer, aber mitunter den langen Atem, es geht dabei nicht zuletzt um interdisziplinär arbeitsteilige *normal science* mittlerer *durée*.

Institutionell geförderte Forschung verweist also darauf, dass es zur Lösung von *small* und *grand challenges* kritischer Massen bedarf, die z. T. auch über mittlere und längere Zeiträume erhalten werden müssen, sowie des uneingeschränkten vollen persönlichen Einsatzes – ohne Lehre und Selbstverwaltung. Dabei ist unbestritten, dass die außeruniversitäre Form der Forschung eine privilegierte wissenschaftliche Lebens- und Organisationsform darstellt, die immer einer besonderen Legitimation und Begründung bedarf, sowie einer sorgfältigen regelmäßigen Evaluierung – nicht zuletzt sind z. B. Leibniz-Insti-

tute immer Institute auf Widerruf – und sie sollten nicht wie die Helmholtz-Zentren *too big to fail* sein. Projektforschung ist aus guten Gründen die Regel und institutionell geförderte Forschung die Ausnahme.

Die typische Art der Forschung an den Universitäten erinnert freilich andererseits die außeruniversitäre Forschung daran, dass es letzten Endes aber doch Einzelne – oft eben jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – oder relativ kleine Gruppen sind, die kreativ und innovativ einen Forschungsgegenstand definieren und erfolgreich bearbeiten; und auch daran, dass eine solide disziplinäre Einbindung und die Anbindung an die nationalen und internationalen disziplinären Kommunikationsarenen unverzichtbar ist. Und Projektforschung erinnert auch daran, dass die institutionalisierte, längerfristige Privilegierung von Forschungsthemen und Personen auch über das Ziel hinaus schießen kann. Forschungsthemen sind oft endlich und sollen es sein, sodass sie meist gut in die Karrierezeit von Einzelforschern passen.

Wenn man also universitäre und außeruniversitäre Forschung als komplementäre Organisationsprinzipien der Forschung begreift, so wird klar, dass beide nicht nur – wie oben gesagt – ihre Eigenarten und Berechtigung haben, sondern auch voneinander lernen können. Sie sollten und können sich daher physisch und institutionell aufeinander zubewegen und vermischen.

Die Diskussion über das Verhältnis außeruniversitärer und universitärer Forschung sollte sich daher weniger auf rechtliche und finanzielle Fragen reduzieren, sondern darauf, für welche Zwecke Projektforschung und für welche Zwecke institutionell geförderte Forschung notwendig und sinnvoll ist und wie man das am besten außerhalb, an oder in Hochschulen organisiert.

Literatur

Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013. Bielefeld: Bertelsmann.

Gülker, Silke (2010): Autonomer, aber weiter unsicher – Neue Führungspositionen haben das Karrieresystem der deutschen Wissenschaft nur wenig verändert. Zeitschrift für Nachwuchswissenschaftler, 2010/2(1).

<http://www.nachwuchswissenschaftler.org/2010/1/88/ZfN-2010-1-88.pdf>.

- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (2013): Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung, 17. Fortschreibung des Datenmaterials (2011/2012) zu Frauen in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Bonn.
- von Harnack, Adolf (1905): Vom Großbetrieb der Wissenschaft. In: Fabian, Bernhard (Hg.) (2001), Adolf von Harnack – Wissenschaftspolitische Reden und Aufsätze. Hildesheim: Olms-Weidmann.
- Kreckel, Reinhard & Karin Zimmermann (2014): Hasard oder Laufbahn. Akademische Strukturen im internationalen Vergleich. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt.
- Leibfried, Stefan (Hg.) (2010): Die Exzellenzinitiative. Frankfurt: Campus.
- Mayer, Karl Ulrich (2013a): Produktive Pfadabhängigkeiten (Wissenschaftspolitik im Dialog 3). 2. Auflage, Berlin.
- Mayer, Karl Ulrich (2013b): From Max Weber's „Science as a Vocation“ (1917) to „Horizon 2020“. European University Institute Florence, Max Weber Lecture Series 2013/06.
- Menke, Cornelis, Schularick, Moritz, Baumbach, Sybille, Wolf, Robert u. a. (2013): Nach der Exzellenzinitiative: Personalstrukturen als Schlüssel zu leistungsfähigeren Universitäten. Positionspapier der AG Wissenschaftspolitik: Nach der Exzellenzinitiative. Die Junge Akademie. Berlin.
- Raatz, Simone (2014), Eckpunkte der SPD-Bundestagsfraktion Arbeitsgruppe zur Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Berlin.
- Seckelmann, Margrit (2012): Das sogenannte „Kooperationsverbot“ und die Mittel zu seiner Behebung – Sollen Art. 91b bzw. 104b GG modifiziert werden? In: Die Öffentliche Verwaltung. Zeitschrift für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft, Sept. 2012, Heft 18, S. 701–709.
- Statistisches Bundesamt (2010): Promovierende in Deutschland. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2012a): Fachserie 11, Reihe 4.2 „Prüfungen an Hochschulen“. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2012): Fachserie 11, Reihe 4.4 „Personal an Hochschulen“. Wiesbaden.
- Wirth, Andrea (2013): Wie groß ist die Berufungschance? Der Stellenmarkt für Hochschullehrer 2011. Forschung & Lehre, Dezember 2013.
- Wissenschaftsrat (2001): Personalstruktur und Qualifizierung: Empfehlungen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Köln, Drucksache 4756/01.
- Wissenschaftsrat (2014): Empfehlungen zu Karrierezielen und -wegen an Universitäten. Köln, Drucksache 4009/14.

Diskussion

MICHAEL ZÜRN Dankeschön, Herr Mayer, die Diskussion ist eröffnet. Der Titel des Vortrags war „Kollateralschäden des Föderalismus“ und das impliziert in der Tat die Frage, ob nicht fehlende Dauerstellen und die Verfügbarkeit von befristeten Projektstellen quasi eine Nebenwirkung ist, die so nicht intendiert war, aber innerhalb gegebener Strukturen repariert werden kann. Ich frage mich aber auch, ob das nicht eine ganz logische Implikation der Umstellung der Förderung der Hochschullandschaft von institutioneller Förderung – um diesen Begriff der klassischen alten Hochschulförderung zu verwenden – hin zu einer Projektforschung ist, in der eben die DFG heute eine ganz andere Rolle spielt als noch vor 30 Jahren. Ist das nicht die logische Implikation dessen, dass man über Drittmittel Wettbewerb stiftet und dieser Wettbewerb natürlich nur über zeitlich befristete Mittel funktioniert, und zeitlich befristete Mittel wiederum dazu führen, dass keine Dauerstellen eingeführt werden können, umgekehrt aber dann natürlich dem System Geld für Dauerstellen an den Universitäten entzogen wird. Also: Ist es nicht eigentlich ein Kollateralschaden der Umstellung auf mehr Wettbewerb und insofern noch viel tiefgreifender als nur ein Kollateralschaden des Föderalismus?

KARL ULRICH MAYER Also ich würde zunächst einmal insofern dagegenhalten, als jedenfalls die Bindung des Bundes, nur über Projekte Mittel in Hochschulen fließen lassen zu können, ja ganz offensichtlich Programme produziert hat, mit denen – ich habe das mal für die Exzellenzinitiative ausgerechnet – in allen drei Förderlinien zusammen über 50 % der Mittel in Promotionen gesteckt werden. Das ist eine unmittelbare Folge. Im Übrigen muss man auch sagen, dass die Ausweitung der DFG-Förderung in den 1960er und 1970er Jahren – das ist jetzt natürlich eine historische Interpretation – ja sicher auch etwas mit dem Misstrauen der Politik in die Hochschulen zu tun hatte, die – und das war damals sicher gar nicht unangemessen – lieber das Geld der DFG gegeben hat, damit die Mittel in einem wettbewerblichen Ver-

fahren ausgegeben werden, als sie den Universitäten direkt zuzuordnen. Auch das hat bereits diese Diskrepanz produziert.

MICHAEL ZÜRN Herr Stock, bitte.

GÜNTER STOCK Wie würde man den Vortrag halten, wenn man glauben würde – was die Politiker ja tun –, dass wir einen europäischen Forschungsraum haben, und wenn wir daran glauben würden, dass auch wir im Förderverhalten und im Antragstellen diesen europäischen Forschungsraum bereits leben? Also: Wie würde man Ihren Vortrag im Hinblick auf die nächsten Jahre, auf ein neues Wissenschaftssystem in einem langsam aber doch signifikant entstehenden europäischen Forschungsraum halten? Was müsste man da anders tun oder anders formulieren?

KARL ULRICH MAYER Ich würde zunächst einmal eine große Gefahr beschreiben, nämlich die Gefahr dessen, was ich als überbordende Programmsteuerung der Forschungsförderung genannt habe. Wir haben ja eine Situation, in der erhebliche Mittel nach Brüssel gehen, die dort eng geführt werden durch eine ganz enge Themensetzung und dann mit einem erheblichen administrativen Abschlag sozusagen als Aufforderung, uns um diese Forschungsmittel zu bewerben, zu uns zurückkommen. Insofern glaube ich, es muss eine Art Umbau der europäischen Forschungspolitik geben, die ähnlich der Differenzierung in der deutschen Forschungspolitik, unterschiedliche Forschungsagenturen mit unterschiedlichen Zweckbindungen definiert, die nicht mittelbar der Politik der Kommission unterworfen sind. Das ist vermutlich eine etwas andere Antwort als Sie das vielleicht antizipiert haben. Aber ich glaube, an dem Punkt wären wir gut bedient, wenn wir die Vorzüge unseres Systems auf europäischer Ebene – auch über das European Research Council hinaus – erhalten würden.

MICHAEL ZÜRN Herr Knobloch und Frau Fischer-Lichte.

EBERHARD KNOBLOCH Herr Mayer, Sie haben in sehr sympathischer Weise die Schwierigkeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses angesprochen und ich möchte das ein bisschen vertiefen mit Blick auf die Trennung in außer-universitäre und universitäre Forschung. Es gibt nämlich eine Verzerrung für den Nachwuchs. Wenn er an den Max-Planck-Instituten tätig ist, wird er

verwöhnt. Das muss man jetzt nicht schlimm finden, aber spätestens, wenn es um die Dauerstellen geht und um die geht es, denn diese Leute haben immer nur befristete Verträge, orientieren sie sich Richtung Universität. Der tüchtige Hochschulassistent aber an der Universität, und ich spreche jetzt auch von meinen eigenen Mitarbeitern, hat noch ganz andere Aufgaben zu erledigen. Wenn jetzt die Lehrkompetenz keine wichtige Rolle spielt – und das tut sie in den Außeruniversitären ja in der Regel nicht, haben diese Wissenschaftler von vornherein ein wenig das Nachsehen. Das Zweite ist jetzt sehr aktuell. Sie haben ja einen in meinen Augen vernünftigen Unterschied gemacht zwischen Projektforschung und institutioneller Forschung. Kürzlich konnte man im Tagesspiegel die in meinen Augen merkwürdigen Vorstellungen des ehemaligen Wissenschaftssenator Turner nachlesen, der Bund sollte sich stärker in den Universitäten organisieren oder engagieren und man könnte doch die Max-Planck-Institute des berlin-brandenburgischen Raums zu einer Bundesuniversität zusammenfassen. Hier scheinen mir sozusagen die Dinge also endgültig durcheinander gebracht worden zu sein. Mich würde interessieren, wie Sie zu diesen Vorstellungen von Herrn Turner stehen, aber vielleicht auch zu der ersten Frage.

ERIKA FISCHER-LICHTE Zunächst einmal herzlichen Dank. Ich möchte gern zu dem ersten Punkt über den Karriereweg etwas sagen. Ich stehe wohl kaum in dem Verdacht, gegen Drittmittelprojekte zu sein, möchte allerdings auf eine Entwicklung hinweisen, die sich gerade in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren deutlich verstärkt hat. In den Universitäten hängen die Möglichkeiten einzelner Hochschullehrer sehr stark davon ab, wie viele Drittmittel sie in das System einbringen. Dadurch haben sich m. E. einige Kolleginnen und Kollegen dazu animieren lassen, größere Verbünde für ein Projekt zu bilden, das sie selbst ebenso gut in mehreren einzelnen kleineren Projekten hätten durchführen können. Auf diese Weise wurde ohne Not eine Fülle von Nachwuchswissenschaftlern, Doktoranden und Postdoktoranden geschaffen, für die der deutsche Markt vor allem in den kleineren Fächern keine Möglichkeiten bietet. Daher würde ich meine Aufmerksamkeit nicht so sehr auf das föderale System richten. Eher stellt sich die Frage, ob diese jungen Leute so gut ausgebildet werden, dass sie auch im europäischen Raum bestehen können. Wie sieht es denn aus mit ihren Fähigkeiten, einschließlich ihrer sprachlichen Fähigkeiten, und den Netzwerken, die sie in dieser Zeit gebildet haben? Ganz viele junge Leute aus unseren Sonderforschungsberei-

chen haben z. B. im Anschluss eine Stelle in England bekommen, einige auch in Frankreich. In England etwa haben sie schon nach der Promotion ganz schnell eine Chance als Lecturer und wenn sie sich bewähren, haben sie dort auch eine längere Perspektive. Daher meine ich, dass wir unseren Blick etwas weiter schweifen lassen sollten, statt nur innerhalb unseres Rahmens und der hier verfügbaren Stellen zu planen, sondern deutlich europäisch oder auch global, weshalb ich die USA und andere Weltregionen, in denen zunehmend Interesse an unseren jungen Forschern besteht, gern einbeziehen möchte.

KARL ULRICH MAYER Zu den drei Punkten. Nachwuchswissenschaftler in der außeruniversitären und universitären Forschung, die relative Benachteiligung der jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Universitäten: Ich denke, das hat sich sehr stark durch die Graduiertenschulen relativiert, in denen es eben zunehmend Programme gibt, wo auch Vollzeit geforscht wird. Im Übrigen darf man nicht übersehen, dass auch viele Mitarbeiter in außeruniversitären Einrichtungen auch noch in Projekte eingebunden sind. Das ist auch eine der Verwerfungen, die wir in unserem System haben, dass noch immer nicht klar ist, was die Bedingungen der Promotion sind in dem Sinne „Ist es Vollzeit oder hat man bestimmte Aufgaben daneben?“. Es ist mit Sicherheit so, dass der Anteil der befristeten Stellen in außeruniversitären Einrichtungen enorm zugenommen hat. Das sind nicht nur die Max-Planck-Stipendien, das sind auch z. B. E13-Stellen. In gewisser Weise ist das ja auch ein durchaus attraktives Modell – es gibt hier unterschiedliche Begriffe: Sprungbrettmodell oder Durchlauferhitzermodell –, in dem Personen qualifiziert werden und danach woanders hingehen, neue interessante Personen kennenlernen, mit denen man dann neue Themen bearbeiten kann. Das führt im Übrigen ja auch dazu, dass der Themenwechsel auch in außeruniversitären Instituten manchmal durchaus eine relativ hohe Rate hat. Ob das wirklich bedeutsam ist, wissen wir nicht. Es wäre übrigens enorm leicht auszuzählen, da man nur in der DUZ nachschauen müsste, wie viele von den neu Berufenen aus außeruniversitären Programmen kommen. Ich habe eine doppelte Wahrnehmung. Die eine Wahrnehmung sind meine eigenen Max-Planck-Mitarbeiter, die alle an Hochschulen sind und da offensichtlich hervorragende Chancen hatten. Aber wenn man die Ausschreibungen, die Besetzungen anschaut, dann scheint es doch insgesamt um einen kleinen Anteil zu gehen.

Bundesuniversität: Das ist letzten Endes doch die Vorstellung, wie wir unter die ersten 50 in der Shanghai-Liste kommen können und ich habe das nie für

eine besonders wichtige Frage gehalten. Ich weiß aber, dass es Politiker und auch andere enorm umtreibt. Es scheint mir aber nicht realistisch zu sein. Eine sozusagen überregionale Graduiertenuniversität zu haben, macht auch gar keinen Sinn. Da fände ich lokale Verbünde, die es in großen Städten ja auch gibt, viel interessanter.

Frau Fischer-Lichte, Sie haben gesagt – und ich will es jetzt mal überspitzen –, wenn die Leute genügend Zeit hätten, wenn die Lehrbelastung nicht so groß wäre wie sie jetzt ist und sie genügend Ausstattung hätten, dann könnten viele an den Universitäten in einzelnen kleineren Projekten forschen, ohne überhaupt Mittel einwerben zu müssen. Verbünde würden lediglich wegen des besseren Prestiges innerhalb der Hochschule angestrebt. Das ist jetzt etwas überspitzt.

ERIKA FISCHER-LICHTE Sehr überspitzt, ja.

KARL ULRICH MAYER Und Sie haben darauf hingewiesen, dass eine der Lösungen die Chancen in Europa seien. Das ist richtig. Aber dann darf das natürlich keine Einbahnstraße sein, d. h. das darf dann nicht nur Chancen für deutsche Wissenschaftler in Europa bedeuten, sondern da müssen wir auch Verhältnisse schaffen, unter denen englische oder französische Wissenschaftler eine Chance haben, an unsere Hochschulen zu kommen.

MICHAEL ZÜRN Noch eine Wortmeldung nehmen wir dazu und dann schließen wir diese Diskussionsrunde ab. Herr Markschies, bitte.

CHRISTOPH MARKSCHIES Sie haben das Verhältnis von universitärer und außeruniversitärer Forschung sehr abgewogen, aber sozusagen ohne große Perspektiven für die Zukunft beschrieben. Ich wollte Sie daher einmal nach möglichen Dynamiken in diesem Verhältnis fragen. Wie beurteilen Sie denn das, was jetzt im Rahmen der beiden Förderphasen der Exzellenzinitiative passiert ist? Da sind ja verschiedene Versuche unternommen worden – etwa der Versuch von Universitäten, eigene Institutes for Advanced Study aufzubauen oder der Versuch, einem spezifischen Thema gewidmete Strukturen aufzubauen. Dann die Frage nach der Zukunft der engeren Kooperationen, die da entstanden sind. Und eine dritte Frage: Ist das denn ein sinnvoller Weg, der da eingeschlagen worden ist? Gibt es aus der Beobachtung der Exzellenzinitiative Hinweise darauf, dass das nicht der Fall ist? Und ich würde

schließlich gern auch noch einmal die Frage stellen, ob nicht die Differenzierung zwischen verschiedenen Formen universitärer, aber auch außeruniversitärer Forschung immer auch an den Themen hängt, die da erforscht werden. Vielleicht können Sie dazu noch ein bisschen konkreter werden. Ich erinnere daran, dass wir ja hier immer auch im Rahmen der BBAW darüber diskutiert haben, ob es unter unseren Akademienvorhaben Projekte gibt, die aus dem Akademienprogramm abgegeben werden müssen, weil sie Daueraufgaben sind und daher an spezifische eigene Institute gehören. An anders finanzierte Akademie-Institute beispielsweise. Wie auch immer: Ich fände es schade, wenn wir in solchen spannenden Debatten um die Zukunftsgestaltung des Wissenschaftssystems unsere ureigenen Anliegen als Akademie hintan stellen und uns nur auf das Monitoring der Themen beschränken, die *andere* Institutionen betreffen. Also: Gibt es nicht auch Aufgaben, die für unser Haus schon länger auf der Agenda stehen und in dieses Paket mit hineingenommen werden müssten?

KARL ULRICH MAYER Also zunächst einmal, ich glaube, ich habe genügend Überblick, um zu sagen, es gibt in dieser Republik wahrscheinlich so irgendwo zwischen 40 und 60 Forschungsunternehmungen, die darauf warten, in irgendeiner Weise verstetigt zu werden. Das fängt z. B. bei den Geisteswissenschaftlichen Zentren an. Das kann „Leibniz-artig“ auf Zeit sein oder in anderer Form, aber dafür muss man eine Lösung finden. Ich bin sehr dafür, dass es dafür eine Lösung gibt, die nicht von vornherein auf das eine oder andere Modell zugeschnitten ist. Meine Lieblingsidee wäre, dass es hier durchaus einen Wettbewerb gibt, auch an welche Institutionen solche Einrichtungen dann gehen können. Von daher glaube ich, es ist wichtig, dass es institutionelle Förderung gibt. Und dann wäre die Frage, wofür man das eigentlich braucht. Dahinter steht die Idee, dass es für bestimmte Aufgaben, die längerfristig sind als ein Wissenschaftlerleben, die hochspezialisiert sind, vielleicht Sinn macht, außeruniversitäre Forschung zu haben. Entweder es sind Aufgaben von einer Art, wo es einfach sinnvoll ist, sie so zu organisieren und dann ist es relativ egal, wo die physisch sitzen. In den USA gibt es eine Vielzahl solcher institutionell geförderten Einrichtungen, die in Unis sitzen und von Unis verwaltet werden. Ich würde mir aber durchaus wünschen, dass auch Universitäten derartige Formen aus sich heraus entwickeln können. Ich glaube, in der Tendenz wird es weiter solche kritischen Massen geben müssen, für die man – und hier wären die Universitäten gefordert – ganz spezifische

Organisationsformen braucht. Das war auch immer die Lektion aus meiner Wissenschaftsratszeit: Man würde es gerne an den Universitäten machen. Dies würde aber einen Bruch mit der Fachbereichsorganisation und der Gleichbehandlung unter den Kollegen bedeuten. Und genau daran scheitert es dann oft. Wenn die Universitäten das könnten – und im Rahmen der Exzellenzinitiative haben sie solche Fähigkeiten ausgebildet –, dann sieht, glaube ich, die Situation ganz anders aus. Ich war in meiner Max-Planck-Philosophie eigentlich immer ein entschiedener Anhänger davon, absolut nur die Dinge in außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu fördern, die man an Universitäten nicht machen kann, die man insbesondere nur allein mit Schreibtischen und Bibliotheken nicht machen kann, und ich bin selbst auch als Direktor aus einem Max-Planck-Institut weggegangen, als ich meine Daten gesammelt hatte. Insofern habe ich das selbst praktiziert. Ich würde heute liberaler sein. Es kann auch enorm produktiv sein – und es gibt dafür auch in diesem Raum gute Beispiele –, bestimmte Themen, die nicht nur an Großgeräte oder an andere materielle Voraussetzungen gebunden sind, für eine Weile auch außeruniversitär oder in ähnlichen Formen in Hochschulen zu privilegieren. Aber insgesamt würde ich immer dafür argumentieren, dass institutionelle Förderung und insbesondere außeruniversitäre Förderung erhebliche Begründungspflichten haben. Das neue Leibniz-Institut für Bildungsverläufe, das nationale Bildungspanel, ist in der Langfristigkeit und in der Bindung von Ressourcen, insbesondere auch in der Zusammenarbeit mit den Universitäten ein gutes Beispiel dafür, dass man nach wie vor Dinge auch außeruniversitär organisieren sollte.

Jürgen Mittelstraß

Was ist, ist vernünftig? – Zur Zukunft des deutschen Wissenschaftssystems

Wer keine Fragen mehr stellt, ist tot. Das gilt auch in der Wissenschaft. Also fragen wir, wenn es um die Zukunft des Wissenschaftssystems, unseres Wissenschaftssystems, geht: Wie vernünftig ist die Unterscheidung zwischen dem Universitären und dem Außeruniversitären, auf die Forschung bezogen und institutionell verstanden? Wie konsistent sind die außeruniversitären institutionellen Identitäten, in sich und gegenüber anderen Identitäten (Max-Planck, Helmholtz, Leibniz)? Gibt es eine Einheit des Außeruniversitären gegenüber dem Universitären, und wie könnte diese aussehen? Wie überzeugend ist angesichts von Doppel- und Dreifachforschung, wiederum institutionell gesehen, der vermeintlich erlösende Hinweis auf die Notwendigkeit von Redundanzen im eigenen System? Gibt es nicht auch ein europäisches Wissenschaftssystem? Und ein globales? Keine dieser Fragen ist wirklich beantwortet; sie werden in der Regel nicht einmal gestellt. Und die Antwort „es ist, wie es ist“ – bekannt als erstes rheinisches Grundgesetz – ist keine Antwort. Was wir angesichts der Stagnation in allem Grundsätzlichen brauchen, ist eine neue *Strukturidee*, und wenn sie auch nur dazu dienen sollte, die wissenschaftlichen Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Dazu einige kurze Bemerkungen, analysierender, empfehlender, jedenfalls kritischer Art.

Wer in Deutschland neue Ideen zur Zukunft des Wissenschaftssystems sucht, richtet seine Aufmerksamkeit zuvörderst auf den Wissenschaftsrat – und wird enttäuscht. Einschlägig sind hier neuerdings die im vergangenen Jahr veröffentlichten „Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems“. Hier sucht der Wissenschaftsrat die Frage zu beantworten, wie ein leistungsfähiges Wissenschaftssystem „in 10 bis 15 Jahren“ aussehen soll (ohne eine sehr kurz gefasste Perspektive, die diesen Namen eigentlich nicht verdient). Viel ist ihm dabei ohnehin nicht eingefallen. Es wird das hohe Lied der Hochschulen gesungen – als wäre deren derzeitige Struktur problemlos und gottgewollt –, wird eine ausreichende Finanzierung beschworen – natürlich nicht

in nachhaltiger, sondern in Paktmanier („Zukunftspakt“) –, wird das Wissenschaftssystem „in seiner jetzigen Form“, wie es ausdrücklich heißt, als selbstverständliche, jederzeit tragfähige Basis, wenn in Teilen auch ein wenig entwicklungsbedürftig, empfohlen. Allgemein werden Fortschritte in der tertiären Bildung (Stichworte: Betreuungsrelation, Durchlässigkeit, Personalentwicklung, Profilierung) und eine Stärkung der Hochschulen im Wissenschaftssystem (Stichworte: Grundfinanzierung, Flexibilisierung, Governance und immer wieder auch hier: Profilierung) angemahnt. Kein Wort zu möglichen Strukturalternativen. Es wird vielmehr nur aufgepackt: „Merian-Professuren“ und „Liebig-Zentren“ als zusätzliche Profilierungselemente – als gäbe es nicht schon genug Sonderprofessuren und mangelte es an Zentrumseinfällen. Den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, hier der Leibniz- und der Helmholtz-Gemeinschaft, wird Konstanz auf eingeschlagenen Wegen empfohlen. Kooperationen in den gegebenen Strukturen sollen, so in Verbundform, verstärkt, die gegebene Forschungsinfrastruktur besser genutzt werden. Und auch hier immer wieder: die Paktrhetorik. Sind wir in einer Militärakademie oder bei den Pfadfindern? In jedem Falle: nichts Neues unter der wissenschaftspolitischen Sonne.

Hinter dem offenkundigen Strukturkonservativismus des deutschen Wissenschaftssystems stehen sich hartnäckig haltende bewahrungsstrategische Vorstellungen. Drei seien genannt.

Erstens: *Redundanz* und *Wettbewerb*. Zu den Argumenten, die von Systemvertretern häufig angeführt werden, um eine schwer verständliche Vielfalt fachlicher und disziplinärer Forschungseinrichtungen vergleichbaren Profils und vergleichbarer Aufgaben aus eigener interessierter Sicht zu rechtfertigen, gehört ein Pochen auf die Vorzüge von Redundanz und Wettbewerb. Redundanz, so heißt es dann, soll sicherstellen, dass zu jeder Zeit, auch über die nationalen Wissenschaftsteilsysteme hinweg, ausreichende Forschungsressourcen bereitstehen, um in der Forschungsentwicklung präsent zu sein; Wettbewerb im eigenen Hause, d. h. in nationalen Grenzen, gegebenenfalls auch nur über die Straße, soll der eigenen Leistungssteigerung dienen. Als gäbe es in der Wissenschaft keine intrinsischen Leistungsmotivationen – Wissenschaft als Lebensform oder meinetwegen auch als Beruf – und keine externen Wettbewerber, europäisch wie global gesehen. Und mit dem Redundanzpostulat verhält es sich ebenso. Reicht es nicht, wenn das, was man nicht oder

in nicht ausreichendem Maße hat, jenseits der eigenen Systemgrenzen und nationalen Grenzen, die auch die Grenzen des eigenen Systems und seiner Teilsysteme sind, zu finden ist? Wenn Wissenschaft in epistemischen Dingen keine Grenzen kennt, sollte das nicht auch von ihren Institutionalisierungen gelten? Sicher keine einfach zu beantwortende Frage, aber gestellt werden sollte sie wohl.

Zweitens: *Wachstum*. Der immer wieder laut werdende Ruf nach noch mehr Wissenschaft und noch mehr Wissenschaftlern ist vor dem Hintergrund des schon Gegebenen ebenso albern wie der Ruf nach immer mehr akademisch, und das heißt hier vor allem: immer mehr universitär Ausgebildeten – in Deutschland zu Lasten der höchst leistungsfähigen beruflichen Bildung. Wollen wir ein einzig Volk von Akademikern werden? Es kommt auch in der Wissenschaft nicht auf bloßes Ressourcenwachstum an (schon jetzt ist Wissenschaft auf eine beängstigende Weise unüberschaubar geworden und kann selbst der fleißigste Wissenschaftler nicht mehr alles lesen, was auch nur in seinem eigenen spezialisierten Fach geschrieben wird), sondern auf die Konzentration auf Leistungsspitzen (ich klopfe da auch an meine eigene disziplinäre Tür: Es gibt heute in den USA allein in der Eastern Division, einer von drei Sektionen, mehr als 3.000 Philosophen – im alten Athen hat eine Handvoll von ihnen mehr geleistet). Auch hier tun Augenmaß und Differenzierung Not, im Strukturellen wie im Qualitativen.

Schließlich drittens: der *Forschungsbegriff*. Aus dem Forscher, wie ihn die Tradition kannte – Forschung war immer die Forschung Einzelner –, ist heute *die* Forschung, eine Institution, geworden. Gleichzeitig wurde der Forschungsbegriff semantisch aufgeblasen. Alles ist heute Forschung: wenn Historiker in Archiven verschwinden, Philosophen Bleistifte spitzen, Chemiker ein Reagenzglas in die Hand nehmen, Soziologen Fragebögen entwerfen. Kein Wunder, wenn da auch halluzinierende Zukunftsdeuter („Zukunftsforscher“) oder Marketingkundige auf dem Siegel Forschung bestehen. Das Inflationäre spült das Besondere weg, auch, *horribile dictu*, in der Wissenschaft.

Noch ein besonderes Wort zur Universität, dem vielbeschworenen Kern unseres Wissenschaftssystems. Diese hat ihr erfolgreiches Paradigma, die Humboldt-Universität, verlassen und treibt seither ohne ein neues Paradigma dahin. Bologna ist hier kein neues Paradigma, sondern nur eine Ablenkung – eklek-

tisch zwischen unterschiedlichen Systemen wählend, forschungsfremd das Studium in eine neue Verschulung führend, bildungsallergisch, das Partikulare an die Stelle des Universalen setzend. Universitätsprobleme werden, wenn überhaupt, als Managementprobleme diskutiert und behandelt, Universitätsgesetze, in Deutschland absurderweise 16 an der Zahl und mit jeder Legislaturperiode neue, verkommen zur Spielwiese der Politik, statt mit auskömmlichen Haushalten wird mit Pakten regiert, an deren Ende die Universität stets als Verliererin dasteht. Das Rad der Ersatzinitiativen mit Verfallsdatum dreht sich aufs Neue. Und auch die Universität selbst tut sich mit einer vernünftigen Selbstbestimmung schwer. Sie streckt sich nach der politischen Decke, stimmt in den Managementchor ein, erträgt geduldig immer neue Evaluations- und Akkreditierungseinfälle und kopiert Fachhochschulstudiengänge (Beispiele: Tourismus- und Pflegestudiengänge). Wer von einer *Idee* der Universität spricht, einer alten oder neuen, gilt als weltfremd oder unverbesserlicher Idealist – als wäre das Idealistische eine Krankheit, die mit empirischer Demut ausgetrieben werden müsste.

Ein Wachstum über alle Maßen, ein bildungsferner Zeitgeist, eine unerwartete Renaissance des verwaltenden und des wirtschaftenden Verstandes werden der Universität zum Verhängnis. Unter den Schlagworten der Exzellenz, der Effizienz, der Innovation und des verschriebenen, in Rating und Ranking gefassten Wettbewerbs mutiert der universitäre Gedanke zum Spiegel einer Gesellschaft, die selbst nicht weiß, wie sie sich verstehen soll – der Überfluss an Soziologenangeboten wie denen einer postindustriellen, postmodernen, einer Wissens-, Informations-, Risiko-, Dienstleistungs- und Freizeitgesellschaft ist ein beredtes Beispiel dafür. Kein Wunder, dass der Universität bei all diesen Beglückungs- und Entglückungsangeboten selbst nichts mehr einfällt, jedenfalls nichts, das aus einer handfesten Identitätskrise herausführen könnte.

Was tun? Resignieren oder doch noch einmal die Frage nach einer neuen Strukturidee stellen und zu beantworten versuchen? Hier – das Gegebene im Blick und eine Idee vor Augen – der Versuch einer optimistischen Antwort in Stichworten. Die Zukunft:

1. *Universitäten* als Forschungs- und Lehrleistungszentren neuer Art, nämlich, verglichen mit heute, wesentlich kleineren Zuschnitts, konzentriert auf (1) eine nicht nur rhetorisch befolgte forschungsnahe Lehre, (2) die Pflege

der Fächer und Disziplinen in ihren auch in inter- oder transdisziplinärer Hinsicht relevanten Teilen und (3) die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses für alle Wissenschaftsteile. Als Modell könnte das Institute for Advanced Study/Princeton dienen, ein universitäres Zentrum besonderer Art, erweitert um ein Masterstudienprogramm der gewohnten Art. Die schleichend übernommene Aufgabe einer akademischen Ausbildung von 40 und mehr Prozent eines Altersjahrgangs macht eine Konzentration auf die genannten, eine Universität im Kern definierenden Aufgaben unmöglich. Kurzum: Vom Humboldt-Paradigma auch in der Universität zu einer anderen Art Harnack-Paradigma, das in diesem Falle auch unverzichtbare Humboldtteile, nämlich die forschungsnahe Lehre und ein Wissenschaftsbewusstsein auch auf Seiten der Studierenden, einschließt.

2. *Fachhochschulen* als Regelhochschulen – mit aus den Universitäten ausgelagerten, nicht unmittelbar forschungsorientierten Teilen. Viele dieser universitären Teile entsprechen schon jetzt eher dem Modell Fachhochschule als dem Modell Universität. Dazu müsste das Fachhochschulsystem erheblich ausgebaut werden, auch zu Lasten der Universitäten bzw. über die Übernahme universitärer Studienteile hinaus.
3. *Helmholtz-Zentren* als Entwicklungskerne europäischer Forschungszentren. Als Modell käme hier z. B. das European Molecular Biology Laboratory (EMBL) in Betracht, ein 1973 gegründetes, durch 20 europäische Mitgliedsstaaten sowie Australien finanziertes Institut der Grundlagenforschung in Heidelberg. Wo eine solche Umwandlung aus politischen Gründen nicht geht oder die ursprüngliche Aufgabe erschöpft ist, Schließung – die Zentren wurden als sterbliche gegründet – oder, verbunden mit einer Redimensionierung, Überführung in Universitäten neuen Zuschnitts oder in eine Max-Planck-Struktur. Das hätte bereits mit Jülich und Karlsruhe nach dem Ende des Kernforschungsprogramms geschehen sollen.
4. *Max-Planck-Institute*, getreu ihrer ursprünglichen Definition, als Schrittmacher an neuen Forschungsfronten, dabei, das Harnack-Prinzip wirklich beherzigend, kleiner – es müssen ja nicht fünf und mehr Direktoren bzw. Abteilungen sein –, flexibler, sterblicher als heute. In ihren derzeitigen Großformaten verwischt sich der strukturelle und systemische Unterschied gegenüber den Helmholtz-Zentren.
5. *Leibniz-Institute*: nach Auflösung einer im Wesentlichen imaginären institutionellen Einheit und partieller Eingliederung von Instituten der Normalforschung in Universitäten Überführung in einzelne objektbezogene

spezielle Forschungsverbände (Beispiele: die fünf forschenden Museen und die fünf forschenden Pädagogik-Institute der Gemeinschaft). Als eigens ausgewiesenes Wissenschaftssystem fehlt der Leibniz-Gemeinschaft nicht nur eine institutionelle, sondern auch eine materiale Idee. Ihr Gründungsprozess macht das deutlich, ihre propagandistisch vorgetragene Idealisierung als Wissenschaftssystem eigenen Typs – institutionelle Pluralität als Einheit bzw. Identität besonderer Art (geht das überhaupt?) – ist ein eher durchsichtiges Manöver und kommt zu spät.

6. Auflösung der Einrichtungen der *Ressortforschung* („Forschung hinter geschlossenen Türen“), sofern diese nicht definierten nationalen (vielleicht auch anders definierten und zu begründenden) Erfordernissen dienen (Beispiel: Robert Koch-Institut, Paul Ehrlich-Institut).
7. *Fraunhofer-Institute* als paradigmatisches Erfolgsmodell unverändert. Hier greift auch der im politischen Diskurs so gern und so unpräzise verwendete Innovationsbegriff. Innovation ist, rechtverstanden, die technikorientierte Entwicklung und Anwendung von forschungsbezogenem Wissen unter gesellschaftlichen Zwecken. Genau das leistet die Fraunhofer-Gesellschaft mit ihren Instituten. Wo der Ausdruck „Innovation“ dagegen unterscheidungslos auf beliebige wissenschaftliche Ergebnisse wie andernorts auf die Umstellung von einer Dreierkette auf eine Viererkette im Fußball oder auf sich hebende oder senkende Rocksäume angewendet wird, wird er sinnlos.

Alle Punkte zusammengenommen könnten zu einer wirklichen Reform unseres Wissenschaftssystems führen, zu einer Reform, die mehr bedeuten würde als nur das Herumschieben altbekannter Systembausteine und Semantiken. Wahrscheinlich ist eine solche Entwicklung nicht. Sie würde, auch von den Systembetroffenen selbst, ein wesentliches Umdenken erfordern – und wer im Gewohnten kann und will das schon. Dabei ginge es nebenbei auch darum, die Definitionshoheit in Sachen Wissenschaft, längst an internationale Entwicklungen verloren, wenigstens zum Teil wieder zurückzugewinnen. Faktisch sind wir von Meistern – noch einmal eine kleine Erinnerung an Humboldt und Harnack – zu Kopisten geworden. Eine Rückgewinnung nicht im Sinne eines neuen Hochmuts, sondern eines tätigen, erfinderischen Realismus gegenüber den wirklichen Erfordernissen, systematisch wie strukturell gesehen. Wer meint, alles sei gut, wie es ist, sitzt einem falschen Hegel – „was ist, ist vernünftig“ – auf. Der richtige hat mehr von Vernunft gehalten, nicht nur in den Köpfen

der Philosophen, sondern auch in der Wirklichkeit, wenn sie sich im Flug der Eule so zeigt.

Wie dem auch sei. Die anfangs gestellten Fragen haben eine Antwort, bescheidenmaßen nicht unbedingt *die* Antwort, gefunden: Die Unterscheidung zwischen dem Universitären und dem Außeruniversitären löst sich mit der neuen Rolle der Universität auf. Zugleich ändern sich die außeruniversitären institutionellen Identitäten und deren vermeintliche Einheit. Redundanzwünsche erübrigen sich im Blick auf internationale Gegebenheiten. Dasselbe gilt von einer kleinkarierten Wettbewerbsideologie.

Begonnen wurde mit einem Hinweis auf den Wissenschaftsrat in der enttäuschten Hoffnung, dieser könnte mit seinen Empfehlungen zur Zukunft des deutschen Wissenschaftssystems so etwas wie Hegels Eule, in diesem Falle mit einem in die Zukunft gerichteten Flug, sein. Mit ihm sei auch – und das wäre zugleich die pessimistische Antwort auf die Strukturfrage – geendet. Der Wissenschaftsrat, wenn er über das Forschungs- und Wissenschaftssystem in Deutschland nachdenkt, hat längst seinen Frieden mit der bestehenden Ordnung gemacht. Dabei ist selbst die Idee des Kompromisses, hier mit dem wissenschaftlich Bestehenden und der Wissenschaftspolitik, missverstanden. Der Kompromiss ist nun schon der Weg, nicht erst die *ultima ratio*, wenn das Vernünftige nicht mehr geht. Bund und Länder sorgen dafür, dass hier nichts Unbequemes oder gar Revolutionäres, jedenfalls nichts das gegebene System Infragestellendes ins Auge gefasst oder empfohlen wird. Die Handschrift der Zukunft bleibt hier, wie auch sonst in den deutschen Wissenschaftsdebatten, unerkennbar.

Diskussion

MICHAEL ZÜRN Herzlichen Dank für diesen schönen und provokativen Vortrag. Ich bin mir sicher, er wird genügend Reaktionen hervorrufen, sodass wir unmittelbar in die Diskussion einsteigen sollten. Mitchell Ash als Erster, bitte.

MITCHELL ASH Vielen Dank. Genau so eine Debatte brauchen wir. Darin sind wir uns sicher einig. Gleichwohl befasse ich mich mit meiner Frage jetzt mit nur einem Teil Ihres Systemneuentwurfes, nämlich mit der Universität, genauer gesagt mit dem Bachelor. Die seinerzeitige Empfehlung unseres Präsidenten Stock haben Sie aufgegriffen und gesagt, die Bachelor-Abschlüsse sollen an die Fachhochschulen. Ich hatte Herrn Stock damals schon gesagt, dann müsste das Fächerspektrum der Fachhochschulen erheblich erweitert werden; wie wäre es z. B. mit den Lehramtsstudien. Also wenn man das will, dann muss man darüber nachdenken, wie man das tatsächlich für das ganze Fächerspektrum entwerfen können soll. Aber muss man das wollen? Das wäre meine eigentlich zu stellende Frage. Ich weise auf etwas hin, was offenbar in der öffentlichen Diskussion niemand zu sagen wagt oder versteht. In keiner Bologna-Erklärung steht meines Wissens irgendein Mandat zu einer Einfachausbildung im Bachelor. Das ist durch keine Bologna-Erklärung verordnet worden. Es ist von uns, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, so umgesetzt worden. Aber das wäre nicht nötig gewesen. Es wäre auch nicht nötig gewesen, das Bachelor auf sechs Semester zu beschränken. Das wurde aus finanziellen Gründen so gemacht, aber nicht, weil es in einer Bologna-Erklärung steht. Da steht „mindestens sechs Semester“. Es gibt ein Bachelor-Modell, das keine Einfachausbildung darstellt und das ist ironischerweise genau das Bachelor-Modell, von dem in den Medien behauptet wurde, das würde in Bologna übernommen – nämlich das der USA. Das Major in den USA stellt selten die Hälfte der Stunden dar. Ich weise nur darauf hin, was tatsächlich übernommen wurde. Hinter dem Stichwort „angelsächsisch“ steht

nicht das amerikanische, sondern das englische Bachelor. Das ist in der Tat sehr eng und einfach mit einem kleinen Erweiterungs-Curriculum oder Minor dazu. Das ist übernommen worden, aber das war nicht zwingend. Ich denke also, wenn wir eine Systemdebatte wirklich wollen – und ich bin Ihrer Meinung, dass wir eine solche brauchen –, dann müsste auch über die grundständige Ausbildung neu gesprochen werden.

MICHAEL ZÜRN Herr Ziegler, bitte.

GÜNTER M. ZIEGLER Das war natürlich brillant formuliert, Herr Mittelstraß. Aber ich empfand es in Teilen ziemlich apokalyptisch und ich finde mich an meiner kleinen Freien Universität in dieser Beschreibung auch nicht wirklich wieder. Also da ist ein Stück weit dann schon diese falsche Alternative von „Wir müssen das von oben herab völlig neu als System aufbauen“ und „Alles ist gut“ – ich würde beides nicht unterschreiben. Bei Ihrer Beschreibung der Punkte 1) bis 6) habe ich mich gleich bei Punkt 1) eingehakt. Wie soll die Universität denn eigentlich aussehen, die Sie da sozusagen im Kern belassen wollen? Da sind in meinem Kopf auf der einen Seite die Vokabel Lehrleistungszentrum und auf der anderen Seite das Institute for Advanced Study in Princeton kollidiert. Und da habe ich den Eindruck, da passt doch einiges nicht zusammen. Aber vielleicht habe ich es auch nicht verstanden.

JÜRGEN MITTELSTRASS Gut, zunächst zu Ihren Fragen, Herr Ash. Fachhochschulen als Regelhochschulen: Wir hatten in den 1960er und 1970er Jahren in einer großen Gründungswelle eine riesige historische Chance. Man hat Universitäten gegründet, viele, Fachhochschulen hier und da auch. Man hätte genau das Umgekehrte tun sollen, viele Fachhochschulen, hier und da wohl auch ein neue Universität. Damit wäre man erstens den tatsächlichen Studierwünschen besser nachgekommen und hätte zweitens die Universitäten ihrem eigentlichen Kern, nämlich einer wirklich forschungsnahen Lehre, einer intensiven Pflege der Fächer und Disziplinen und der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, wieder näher gebracht. Wir dürfen ja nicht vergessen: Wir reden, wenn wir heute von der Universität reden, wenn wir sie verteidigen, noch immer, als hätten wir relativ kleine, überschaubare Universitäten vor Augen, so wie sie etwa in den 1960er, 1970er Jahren waren. Universitäten mit 10.000 Studierenden galten damals schon als relativ groß. Diese Situation hat sich mit einer anderen Welle, der Akademisierungswelle, radikal verändert.

Vor allen Dingen vom politischen Willen getragen haben sich Universitäten heute zu Großeinrichtungen entwickelt, in denen man rhetorisch zwar immer noch auf die alten Formeln stößt, die Wirklichkeit aber eine völlig andere ist. Bologna hat dann den Rest gegeben. Wir müssen hier einfach nur den gegebenen Wirklichkeiten, den gegebenen Entwicklungen in die Augen sehen und uns überlegen, was zu tun ist. Hätten wir ein System oder könnten wir langsam umschalten auf ein System, in dem der Fachhochschulsektor wächst, der Universitätssektor zugunsten der eigentlichen universitären Idee schrumpft, verbunden mit fachlichen Auslagerungen aus der Universität in die Fachhochschulen, dann wären wir, denke ich, auf dem richtigen Weg. Sie haben Recht, ich habe bewusst von Bologna kaum gesprochen. Wer die alten Papiere liest, der weiß, dass Bologna auch eine Idee war, vielleicht sogar ein gute, jedenfalls keine vorgegebene Struktur. Dazu haben wir Bologna erst gemacht, auf eine fatale Rosenpickereiweise: aus jedem fremden System ein bisschen – aus dem amerikanischen Bachelor/Master-System ein bisschen, aus dem englischen Bachelor/Master-System ein bisschen und das wieder vermengt mit deutschen Elementen. Derartige Hybridkonzeptionen gehen immer schief. Das dazu. Im Grunde, Herr Ziegler, verbindet sich Ihre Frage mit der eben beantworteten oder zu beantworten versuchten. Ich schlage kein System von oben vor. Ich will nur die Dinge in Bewegung und Ideen in Umlauf bringen. Ideen können von Einzelnen stammen, sie können von Einrichtungen und sie können aus dem politischen Raum stammen, woher auch immer. Man bezeichne das nicht, wenn Ideen denn realisiert würden, als Revolution von oben. Es geht nur darum, den Dingen in die Augen zu schauen, unvoreingenommen zu prüfen, ob das, was ist, auch wirklich vernünftig ist und dann gegebenenfalls Veränderung. Das mit Princeton war der Kürze geschuldet. Über jeden einzelnen meiner sieben Punkte müsste man einen eigenen Vortrag halten. Das war nur so eine, allerdings sehr ernst gemeinte, Idee: die Universität als eine bestimmte Form eines Institute for Advanced Study, erweitert um eine (in der neueren Terminologie) Master-Ausbildung. Das war übrigens einmal die ursprüngliche Idee von Konstanz. Konstanz sollte nicht als eine normale Universität gegründet werden, sondern in einer Form, die erst mit der Magisterausbildung, wie es damals hieß, einsetzte. Ich weiß natürlich auch, dass es in Princeton das Institute for Advanced Study und die Universität gibt, dass nicht beides das gleiche ist. Worauf es in einer wieder auf ihre Kernaufgabe zurückgeführten Universität anderen Zuschnitts ankommt: wirklich forschungsnahe Lehre (nicht nur in der üblichen Universitätsrhetorik), wirklich die Pflege von Fächern und

Disziplinen (die wird noch am ehesten realisiert) und Konzentration auf die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses: für sich selbst und für alle Wissenschaftssysteme oder wissenschaftsnahen Berufe in der Gesellschaft.

MICHAEL ZÜRN Ich habe jetzt noch fünf Wortmeldungen und würde damit auch abschließen. Herr Bolt.

HARALD BOLT Ich denke, dass es natürlich auch um die Frage geht, was Forschung leisten kann im Hinblick auf die großen gesellschaftlichen Themen. Kann Forschung z. B. Beiträge leisten zum Thema Energie, zur Lösung des Energieproblems, oder zu einem Thema wie neurodegenerative Erkrankungen. In der Forschungslandschaft zur Energieforschung gibt es bestimmt 300 Orte in Deutschland, wo gute, aber fragmentierte Forschung betrieben wird. Ich glaube schon, dass es in so einem System wichtig ist, Zentren zu haben, an denen man Themen zusammenbringt, bündelt und dann auch mit einem längeren Atem programmartig bearbeiten kann. Daher fügt sich dies in Ihren Punkt 3) ein und passt als Grundidee zur Helmholtz-Gemeinschaft.

MICHAEL ZÜRN Herr Markschies, Herr Schwarz und Herr Bredekamp.

CHRISTOPH MARKSCHIES Ich wollte Ihnen in einem Punkt emphatisch zustimmen und bei einem anderen vorsichtig Vorbehalte anmelden. Sie haben natürlich vollkommen Recht mit der Kritik, dass bestimmte Grundlagenreflexionen in unserem Wissenschaftssystem fehlen. Sie haben beschrieben, dass die wenigen, die das versuchen, als weltfremd oder als unverbesserliche Idealisten gelten. Der vielleicht schmerzlichste Testfall für die Angemessenheit dieser Beschreibung, das schmerzlichste Beispiel für die mal herablassende, mal aggressive Verachtung der selbst ernannten Pragmatiker gegenüber der Grundlagenreflexion ist das Evaluationsverfahren, das an den meisten Universitäten hierzulande der leistungsgesteuerten Mittelvergabe zugrunde liegt: Weil bei dessen Einführung Grundlagenreflexion fehlte, hat man häufig rein auf Zahlen als Indikatoren beruhende Systeme eingeführt. Mit einem solchen System bekommt man es natürlich überhaupt nicht hin, geisteswissenschaftliche Monographien angemessen zu bewerten, weil man diese nicht wie Drittmittel oder Studierendenzahlen mathematisieren kann. Ein solches, im Grunde unbrauchbares Ergebnis kommt zustande, wenn man vor der Entwicklung eines Systems der leistungsgesteuerten Mittelvergabe sich nicht

sehr präzise über Grundfragen von Qualität und ihrer Messung in unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen verständigt. Wir haben jüngst über diese Zusammenhänge in der IAG „Zitat und Paraphrase“ gesprochen; man kann das dann auch in näherer Zukunft nachlesen. Meine leise Kritik richtet sich auf das Folgende: Sie haben ja, lieber Herr Mittelstraß, nur die zwei klassischen Alternativen von Universität und Fachhochschule genannt. Ich fand in meiner eigenen universitätsleitenden Tätigkeit immer, wir müssen uns mal sehr gründlich mit der Frage beschäftigen, ob wirklich ein einziger Typus von Universität als das Gegenüber zur Fachhochschule ausreicht. Wir haben ja bislang als öffentlich finanzierte Universität praktisch nur diesen einen einzigen Typus eines *mixtum compositum*, bei der einerseits die Landesregierungen ganz souverän darüber entscheiden, wie viele „Landeskinder“ in die Universitäten hineingestopft werden können, andererseits aber erwarten, dass an diesen „Landesuniversitäten“ exzellente Forschung stattfinden soll, die im weltweiten Maßstab Beachtung findet. Ich frage mich immer mehr, warum wir es hierzulande einfach nicht hinbekommen, stärker zu differenzieren zwischen verschiedenen Typen von Universität – meint: mindestens zwischen klassischen „Landesuniversitäten“ für „Landeskinder“ einerseits und wirklichen Eliteuniversitäten andererseits unterscheiden können, die sich ihre Studierenden selbst frei auswählen dürfen wie anderswo auch. Für eine solche Differenzierung würden sich natürlich vor allem Bundesländer eignen, in denen es mehrere Universitäten gibt, vielleicht sogar (wie in Berlin oder im Ruhrgebiet) Städte oder Stadt-Verbünde mit mehreren relativ ähnlichen Universitäten. Mir ist bewusst, dass es sozusagen mehr als ein Geschmäcke hat, wenn ich auf diese Weise als Mitglied der Humboldt-Universität einen Plan aufgreife, den nach der Wiedervereinigung Manfred Erhardt zugunsten eben dieser Universität und auf Kosten der Freien Universität zu verfolgen versuchte. Vermutlich haben die Berliner Erfahrungen ebenso wie der Exzellenzwettbewerb auch gezeigt, dass sich in unserem Land eine Differenzierung von unterschiedlichen Universitätstypen und die Auflösung des klassischen deutschen *Mixtum compositum* mit den bestehenden Einrichtungen nicht durchführen lässt, sondern dazu Neugründungen von Bundesuniversitäten nach Schweizer Vorbild notwendig sind. Auch wenn auf diesem Weg noch viele Bedenken und Schwierigkeiten auftauchen werden – ich finde, dass wir neben dem Dual „die Universität im klassischen Sinne und die Fachhochschule auch im klassischen Sinne“ eine weitere Differenzierung des Hochschulsystems hierzulande brauchen, und zwar ganz dringend.

HELMUT SCHWARZ Nur zur Erinnerung: Anfang der 1990er Jahre hat der Wissenschaftsrat sich sehr stark dafür gemacht, die Fachhochschulen enorm auszubauen und die Universitäten kleiner zu machen. Es waren die Universitäten und nicht die Politik, die Universitäten, die es im Wesentlichen nicht wollten. Das Besitzstandsdenken, der Artenschutz, der dort betrieben worden ist, der ist nirgendwo ausgeprägter wie eben in Universitäten. Hier muss man, glaube ich, sehr deutlich unterscheiden, wo die Schuldigen sind. Das nur als Hinweis. Im Prinzip stimme ich Ihnen voll und ganz zu, Fachhochschulen müssten vielleicht verfünffacht werden und die Universitäten klein werden, um den Auftrag zu forschungsgeleiteter Lehre wirklich betreiben zu können.

HORST BREDEKAMP Eine große Sympathie für den Horizont, den Sie eröffnet haben. Die Argumentation, dass die Universitäten kleiner werden sollten: Man mag das befürworten, aber das, was aus ihnen an Innovation herauskommt, wird dadurch, dass sie extrem unterfinanziert werden, verhindert. Ein Beispiel: Ich bin einer der Sprecher eines Exzellenzclusters, das es sich zur Aufgabe gestellt hat, Bilder im nicht illustrativen Sinn zu verstehen. Bilder bilden nicht ab, sondern haben einen eigenen Input, der die Forschung genuin mitsteuert. Wir sind 22 Disziplinen von Chemie über Medizin bis zu Geisteswissenschaften. Wir haben vermutlich erstmals in der Universitätsgeschichte Teile der Hochschulen für Gestaltung, also der Kunsthochschulen, mit hinein genommen. Das ist eine Horizonterweiterung genau in Ihrem Sinn. Man braucht jedoch zwei Jahre, um sich überhaupt nur zu verstehen, man braucht ein weiteres Jahr, um produktiv werden zu können. Was passiert, wie so oft? Was dem Symbol „Berliner Hauptbahnhof“ geschah: Damit er nicht schön wurde, hat man ihn um 60 m gekappt. Die DFG hat bei dem zweiten Exzellenzvorhaben ein Drittel aller großen Exzellenzcluster getilgt. Wir konnten doch nicht bei Beginn ein Drittel der Projekte abschneiden, nachdem wir sie soeben gemeinsam gewonnen hatten. Der Effekt ist, dass wir jetzt nach zwei Jahren ein Drittel der Projekte, die gerade erst begonnen haben, wieder abschneiden müssen. Hinzukommt, dass die Postdocs, die wir gezielt hinein genommen haben, um nicht dem Jugendwahn der Doktorandenförderung weiter Schub zu geben, nicht mehr lehren dürfen, weil das auf die Lehrkapazität angerechnet wird. Sie haben gar keine Möglichkeit, sich zu qualifizieren. Dies ist die zweite Hemmung, die Sie auch erwähnt hatten. Und die dritte – Herr Schwarz hatte keine Antwort auf die Frage bekommen: Rückwirkend werden die Bedingungen, die gewährt wurden und unter denen man angetre-

ten ist, wieder zurückgenommen. Aus Mutlosigkeit und mangelnder Finanzierung wird das Gelingen dessen, das Sie fordern, systematisch unterminiert. Das sind die Gründe, warum die großen Visionen scheitern. Und dennoch: wir arbeiten unverdrossen, aber nicht in Einlösung der Versprechungen, sondern trotz ihrer Nicht-Realisierung.

JULIA FISCHER Ich freue mich ja immer, wenn jemand die Türen und Fenster aufreißt und frischen Wind rein lässt. Aber ich möchte jetzt einmal die Frage stellen: Brauchen wir wirklich andere Strukturen? Ich erlebe es, dass unabhängig von den Strukturen, wenn die Bedingungen nur halbwegs gut sind, die Leute Möglichkeiten haben zu reflektieren, darüber nachzudenken, was sie eigentlich forschungsmäßig wollen, und dann auch etwa innerhalb eines Bologna-Systems eine hervorragende Ausbildung möglich ist. Wir erleben das in Göttingen, wo wir das Privileg der vielen außeruniversitären Institute haben und wo wir zum Teil in den Master-Studiengängen Betreuungsrelationen von 1:1 haben. Das ist ganz wunderbar. Die Leute kommen im zweiten Studienjahr in die Labore rein, sie werden wissenschaftsnah ausgebildet und ich möchte keine weitere Strukturreform erleben, sondern die Ruhe haben, mich mit diesen jungen talentierten Leuten hinzusetzen, mit ihnen zu forschen. Das ist wirklich begeisternd. Ich bin dagegen, meine halbe Lebenszeit zu investieren, um darüber nachzudenken, ob wir jetzt eine neue Promotionsordnung brauchen oder eine neue Geschäftsordnung für einen neuen Cluster. Ich sehe die große Gefahr, dass wir uns in der Begeisterung für neue Strukturen letztendlich in Organisationsfragen und Machtkämpfen verlieren, statt über Inhalte nachzudenken. Diese ganzen Kosten werden mir nicht genügend berücksichtigt, wenn wir darüber nachdenken, wie wir das System weiterentwickeln wollen.

JÜRGEN MITTELSTRASS Ich versuche kurze Antworten. Kooperation war ein Stichwort. Was mir durch den Kopf ging und was ich so im Einzelnen auszudrücken versucht habe, war ja gerade, dass die beschriebene Strukturreform, jedenfalls eine neue Strukturidee, Kooperation gerade fördern soll, und zwar über alle Systemteilgrenzen hinweg. Das ist das Entscheidende. Und zu Frau Fischer: Die Spielräume sind zweifellos gegeben, aber wir suchen und finden sie meistens nur im eigenen Teilsystem. Es wird schon schwierig, institutionell schwierig, wenn man diese Spielräume auch zwischen den Teilsystemen sucht. Ich will, was Sie wollen, aber ich sehe den limitierenden Cha-

rakter des Bestehenden, der sich nicht rechtfertigen lässt. Ich will ja nicht den Strukturwandel um des Strukturwandels willen, sondern eine nüchterne ehrliche Analyse des strukturell Gegebenen und Veränderung, wo sich diese mit guten Gründen nahe legt. Und dazu sind, Herr Markschies, sehr grundsätzliche Überlegungen – Wohin geht die Wissenschaft? Wohin soll sie gehen? Wie soll sie sich organisieren? – nun einmal notwendig. Wir würden ja das Wissenschaftssystem wie ein naturwüchsig gegebenes und naturwüchsig wachsendes System ansehen, wenn wir uns so verhielten, als sei das – und das war ja mein Stichwort –, was ist, auch von vornherein vernünftig. Die Differenzierung muss weitergehen, auch das ist richtig. Aber das war ja das mit meinem Versuch, als Idee skizziert, Gewollte: die Grenzen zwischen den Wissenschaftsteilsystemen flüssig machen. Sie sind es nicht, da kann man mir noch so viel erzählen, wie man will, wie die Max-Planck-Institute, die Helmholtz-Zentren mit und in den Universitäten arbeiten. Systemisch sind die Grenzen fest, schrecklich fest, was sich ja auch in den Finanzierungsmodalitäten immer wieder manifestiert. Die Politik liebt nun mal das Außeruniversitäre; deren Finanzierung wird erst einmal sichergestellt, dann kommen andere und hintenan die Universitäten, verbunden mit dem bedauernden Hinweis auf störende Länderzuständigkeiten. Herr Bredekamp, das ist, wenn Sie so wollen, auch eine Teilantwort auf das, was Sie sagten. Ich will ja gerade diese verquere Paktideologie ersetzen durch eine langfristig gesicherte Grundfinanzierung, insbesondere der Universitäten. Dann können auch Projekte, die auf dem Boden der Exzellenzinitiative gewachsen sind, weitergeführt werden. Dann können – und hier noch einmal das Stichwort Flexibilisierung oder Flüssigmachung der Grenzen zwischen den Wissenschaftsteilsystemen –, andere Teilsysteme an dieser Weiterführung mitwirken. Ich will hier nicht mitteilen, wie es mit den Teilsystemen in Zukunft weitergeht bzw. im Detail weitergehen soll. Ich sehe nur mit einem gewissen Entsetzen, dass niemand wirklich ernsthaft und interessenfrei darüber nachdenkt, nicht einmal der Wissenschaftsrat. Da ist der Kompromiss schon bei der Fragestellung und der Bildung der Arbeitsgruppen eingeplant. Das wiederum kann doch nicht die gewünschte oder freudig tolerierte Grundeinstellung eines Wissenschaftslandes sein, das sich bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts dadurch ausgezeichnet hat, über Bildung und Wissenschaft nicht nur in Gelehrtenkreisen nachzudenken, sondern auch institutionell zu bauen. Und genau das müssen wir wieder lernen.

Michael Zürn

Schlussbemerkung

Herzlichen Dank, Herr Mittelstraß, das war sehr inspiriert und sehr inspirierend und insofern sicherlich sehr gut. Es bleibt keine Zeit mehr für eine Zusammenfassung, aber lassen Sie mich abschließend noch folgendes festhalten. Ich habe schon den Eindruck, dass sich die Debatte, gerade jetzt nach dem politischen Kompromiss, letztlich um drei Themen herum strukturiert. Das eine Thema ist die Frage des Umgangs mit den hochqualifizierten Postdocs, die in den neuen Forschungszusammenhängen auf befristeten Stellen agieren. Das zweite betrifft die Frage der Gesamtarchitektur, nämlich das Verhältnis der Außeruniversitären und Universitären generell, aber auch die Frage, wie das im Wettbewerb Geschaffene an den Stellen, wo es notwendig ist, auf Dauer gestellt werden kann, aber dort, wo es nicht notwendig ist, eben nicht. Da ist eben drittens die Leitidee, die Strukturidee gefragt, die die Maßnahmen kohärent und konsistent zu bearbeiten in der Lage ist.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit und die interessante Debatte.

Die Autorinnen und Autoren

ASH, Mitchell, geb. 1948; Geschichte der Neuzeit/Wissenschaftsgeschichte; Ordentlicher Professor für Geschichte der Universität Wien, Leiter der Arbeitsgruppe Wissenschaftsgeschichte, Sprecher des multidisziplinären Doktoratskollegs „Naturwissenschaften im historischen, philosophischen und kulturellen Kontext“

GAHTGENS, Peter, geb. 1937; Physiologie; Professor (emeritus), 2003 bis 2005 Präsident der Hochschulrektorenkonferenz

LEIBFRIED, Stephan, geb. 1944; Politikwissenschaft, Soziologie sowie Rechtswissenschaft und Sozialgeschichte; Forschungsprofessor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Politikfeldanalyse und Sozialpolitik an der Universität Bremen im Institut für Politikwissenschaft des Fachbereichs Sozialwissenschaften, zugleich Sprecher des Sonderforschungsbereiches (597) „Staatlichkeit im Wandel“ (2003–2014), Ko-Direktor des Zentrums für Sozialpolitik und Mitträger der Bremen International Graduate School of Social Sciences der Universität Bremen (Feld „Welfare State“); ferner Forschungsprofessor an der Jacobs University Bremen

MAYER, Karl Ulrich, geb. 1945; Soziologie; Direktor Emeritus, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin, Stanley B. Resor Emeritus Professor of Sociology, Yale University, ehemaliger Präsident der Leibniz-Gemeinschaft

MENKE, Cornelis, geb. 1973; Philosophie; Dilthey Fellow der VW-Stiftung, Universität Bielefeld, Abteilung Philosophie und Institute for Interdisciplinary Studies of Science, Universität Bielefeld, Mitglied der Jungen Akademie

MEYER, Hans, geb. 1933; Jurist, Professor (emeritus), Humboldt-Universität zu Berlin (HUB), 1996 bis 2000 Präsident der HUB

MITTELSTRASS, Jürgen, geb. 1936; Philosophie; em. Ordinarius der Philosophie (1970–2005), Direktor des Konstanzer Wissenschaftsforums, Präsident der Academia Europaea, der Europäischen Akademie der Wissenschaften mit Sitz in London (2002–2008) und Vorsitzender des Österreichischen Wissenschaftsrates

PEUKERT, Wolfgang, geb. 1958; Verfahrenstechnik, Chemie- und Bioingenieurwesen; Inhaber des Lehrstuhls für Feststoff- und Grenzflächenverfahrenstechnik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen

SIMON, Dagmar, geb. 1954; Politikwissenschaften; Leiterin der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

ZÜRN, Michael, geb. 1959; Politikwissenschaften; Direktor der Abteilung Transnationale Konflikte und internationale Institutionen am Wissenschaftszentrum Berlin